

Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



Kabinett beschließt
neues Bundesamt

4-03



BUNDESVERWALTUNGSAMT

Zentralstelle für Zivilschutz





Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Ende Oktober hat sich in Berlin der Bundesminister des Innern, Otto Schily, mit seinem amerikanischen Amtskollegen Tom Ridge zu einem Arbeitsbesuch getroffen. Ridge leitet das nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA gegründete „Department of Homeland Security“ (DHS, Ministerium für Heimatsicherheit).

Neben den Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung sind die beiden Minister auch für die Strukturen des Bevölkerungsschutzes in ihren Heimatländern verantwortlich.

Ridge und Schily betonten die gute Zusammenarbeit ihrer Häuser und vereinbarten, vor allem in den Bereichen „Schutz Kritischer Infrastrukturen“ und „Bevölkerungsschutz“, die Zusammenarbeit weiter auszubauen.

Anlässlich der Festveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) am 8. Dezember 2003 in Bad Neuenahr wird neben Bundesinnenminister Otto Schily auch ein Vertreter des DHS sprechen.

Mit der am 5. November d.J. im Bundeskabinett beschlossenen Einrichtung des neuen Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat die Bundesregierung ihre Entschlossenheit bekräftigt, die im Juni 2002 durch die Innenministerkonferenz verabschiedete „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“ umzusetzen. „Der zivile Bevölkerungsschutz wird mit der neuen Behörde nun auch organisatorisch als wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem herausgestellt,“ so Minister Schily nach dem Kabinettsbeschluss.

Das BBK wird aus der Zentralstelle für Zivilschutz im Bundesverwaltungsamt aufgebaut, Dienstsitz bleibt Bonn. Der Entwurf des Errichtungsgesetzes mit der Begründung ist nachzulesen auf den Internetseiten des Bundesministeriums des Innern.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2004!

Ihr
Redaktionsteam

Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz 2

Politik und Gesellschaft

ZMZ im Gesundheitswesen 3
12. Forum Zivil-militärische Zusammenarbeit in Bad Neuenahr-Ahrweiler

Gemeinsame Ausbildungskonzepte entwickeln 10
Internationales Symposium der DLRG zur Wassersicherheit

Aus-und Weiterbildung

Tag der offenen Tür 14
AKNZ stellt sich der Öffentlichkeit vor

Gute Ansätze für E-Learning 16
Eine Zwischenbilanz

Einsatzübungen am Computer 21
Wie die Feuerwehren virtuell löschen wollen



Vom 9. bis 11. Oktober fand in der neuen Messe in Halle die FLORIAN statt (s.S. 31). Diese Fachmesse für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz wurde speziell für die neuen Bundesländer konzipiert und fand mittlerweile zum sechsten Male statt.

INHALT 4-2003

Technik und Wissenschaft

Alarm auf dem Nachttisch

Feldversuch zur Nutzung des Langwellenfunks DCF 77

25

Mitteilungen der

Fachinformationsstelle der ZfZ

27

Aus der Praxis

FLORIAN 2003

Fachmesse für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz in Halle

31

Bahnunfälle

5. Berliner Rettungsdienstsymposium

32

Rettungshubschrauber aus dem Nachbarland

Impulse für die europäische Luftrettung

36

Aus den Organisationen

Arbeiter-Samariter-Bund

38

Deutsche

Lebens-Rettungs-Gesellschaft

40

Deutscher Feuerwehrverband

41

Deutsches Rotes Kreuz

44

Johanniter-Unfall-Hilfe

45

Malteser Hilfsdienst

47

Verband der

Arbeitsgemeinschaften der Helfer

in den Regieeinheiten/-einrichtungen

des Katastrophenschutzes in der

Bundesrepublik Deutschland e.V

49

Technisches Hilfswerk

50

Rubriken

Rundblick

52

Für Sie gelesen

54

Kopfnuss

55

Termine

56

Kulturgutschutz in Deutschland

57



Viel Mühe und Geduld sind erforderlich bis aus einem verspielten Familienhund ein leistungsfähiger Rettungshund geworden ist. (Fotos: Stein)

DFV stellt Vizepräsidenten des Weltfeuer- wehrverbandes

Mit Ralf Ackermann (45) stellt der Deutsche Feuerwehrverband ab sofort einen Vize-

dem Hintergrund terroristischer Gefahren vorgeschlagen.“ Und Oberbranddirektor Dieter Farrenkopf, Vorsitzender der Bundesgruppe Berufsfeuerwehr im DFV, berichtete: „Wir wollen das Thema Feuerwehr und Terrorismusbekämpfung auf europäischer Ebene vorantreiben.“

Deutsche Vertreter nahmen an den Beratungen der Kommissionen zur EU, zu Gefahr-

der THW-Länderbeauftragte für Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, Manfred Metzger, an Klaus Schultze, den Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg, und an Brandenburgs Landesbrandmeister Jürgen Helmdach das THW-Ehrenzeichen in Bronze. Mit dieser hohen Ehrung bedankt sich das THW für eine langjährige und konstruktive Zusammenarbeit.

In seiner Ansprache hob Metzger hervor, dass Klaus Schultze sich seit der Wiederbegründung des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg im Jahr 1990 immer für die Einbindung des THW in die Katastrophenschutzübungen der Landkreise eingesetzt und mit seinem Engagement einen wesentlichen Beitrag für die Sicherung eines flächendeckenden und modernen Brand-schutzes im Land geleistet hat.

Jürgen Helmdach habe sich seit der Wiedervereinigung um die Etablierung und Entwicklung der THW-Ortsverbände im Land Brandenburg verdient gemacht und in besonderer Weise die Interessen des THW und die Bedeutung der Zusammenarbeit von Feuerwehr und THW in der Öffentlichkeit vertreten und damit zum hohen Ansehen des THW in der Bevölkerung beigetragen, so der Länderbeauftragte.



CTIF-Präsident Francois Maurer (l.) gratuliert Ralf Ackermann zur Wahl als Vizepräsident. (Foto: Herbert Becker)

präsidenten des Weltfeuerwehrverbandes CTIF. Ackermann ist im DFV für die Bereiche internationale Zusammenarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Jugendarbeit und Wettbewerbe verantwortlich. Er ist außerdem Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Hessen. Hauptberuflich verantwortet der Fachdienstleiter als Kreisbrandinspektor den Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz im Kreis Offenbach.

Bei der CTIF-Delegiertentagung in der ungarischen Hauptstadt Budapest zog sich das Thema Terrorismus als roter Faden durch den fachlichen Teil. Branddirektor Dr. Hans-Dieter Nüssler (Aachen): „Wir haben dem Exekutiven Rat Einsatzkonzepte für Massenvernichtungswaffen vor-

gütern, zu Waldbränden, zu Wettkämpfen und an der Geschichtskommission teil. Außerdem unterstützt der DFV die Öffentlichkeitsarbeit des Weltfeuerwehrverbandes in der Arbeitsgruppe der Europäischen Feuerwehr-Fachpresse. sö

THW ehrt Vertreter der Feuerwehr

Anlässlich der 6. Delegiertenversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg e.V. am 25.10.2003 in Brandenburg/Havel übergab



Klaus Schultze und Jürgen Helmdach wurden mit dem THW-Ehrenzeichens in Bronze geehrt. (Foto: THW)

ZMZ im Gesundheitswesen

12. Forum Zivil-militärische Zusammenarbeit in Bad Neuenahr-Ahrweiler

von Oberstarzt Dr. Heinrich Knoche, AKNZ

Nach elf im Stiftssaal der Basilika St. Margareta in Düsseldorf durchgeführten Foren „ZMZ im Gesundheitswesen“ wurde die Reihe nach einjähriger Unterbrechung mit dem 12. Forum unter dem Motto „Neue Aspekte – neue Strukturen – neue Schnittstellen“ am 03. und 04. September 2003 im Dorint-Hotel Bad Neuenahr-Ahrweiler fortgesetzt.

Ziel war es, die erheblichen Veränderungen, die sich in den letzten beiden Jahren im zivilen wie im militärischen Bereich ergeben haben, bekannt zu machen, um auch in Zukunft eine gute Zusammenarbeit gerade im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes sicherzustellen.

Der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie – Vereinigung deutscher Sanitäts-offiziere (VdSO), Generalstabsarzt a. D. Dr. Hans Dieter Schmidt, wies in seiner Eröffnung auf die weltweiten Anschläge in den letzten Jahren hin. Die Welt ist ganz neuen Bedrohungen und Risiken ausgesetzt. „Die Deutsche Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie hat sich sofort bereiterklärt, ein neues Forum bei gleicher Thematik mitzubegründen.“

Notwendigkeit der Zusammenarbeit

Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit kam in den Grußworten des Präsidenten des Bundesverwaltungsamtes, Dr. Jürgen Hensen, und des Inspektors des Sanitätsdien-

tes der Bundeswehr, Admiral-oberstabsarzt Dr. Karsten Ocker, klar zum Ausdruck.

Dr. Hensen im Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Dr. Schmidt, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße es sehr, dass mit der heute beginnenden Tagung zur zivil-militärischen Zusammenarbeit im Gesundheitswesen eine Veranstaltungsreihe mit Tradition neu begründet wird. Damit verfügen wir über ein bewährtes Forum für ein wichtiges Zukunftsthema und setzen gleichzeitig ein weiteres Signal für die Bedeutung des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie die Notwendigkeit des partnerschaftlichen, professionellen Zusammenwirkens der beteiligten Kräfte nicht nur im medizinischen Bereich.

Den Zivil- und Katastrophenschutz in unserem Land sehe ich auf einem guten Weg. Vieles ist in der letzten Zeit initiiert oder schon erreicht worden, und die von Bund und Ländern beschlossene Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung gibt uns die erforderliche Orientierung für die Aufgaben, die vor uns liegen. Das BVA und seine Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) leisten dazu ihren Beitrag.

Aus heutiger Sicht war es deshalb für uns eine gute Entscheidung des BMI, das BVA ab Januar 2001 mit den Aufgaben des früheren Bundesamtes für Zivilschutz zu betrauen. Damals, das räume ich ein, waren wir eher skeptisch: die rückläufige Entwicklung in

den 90er Jahren hatte Spuren hinterlassen. Aber wir haben zugepackt und uns vorgenommen, die ZfZ thematisch, organisatorisch und personell so auszurichten, dass sie den Anforderungen eines modernen Schutzkonzepts gerecht wird.

Dabei ging es zunächst darum, bestimmte Projekte schnell zu realisieren. Dazu gehörte z.B. die Auslieferung des ABC-Erkunders, der Start des satellitengestützten Warnsystems und der Aufbau des Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystems deNIS. Wie wichtig das war, zeigte sich dann sehr rasch am 11. September, der natürlich eine besondere Dynamik auslöste und uns zwang, auch die konzeptionelle Arbeit für die Neuausrichtung des Zivilschutzes erheblich zu forcieren.

Organisatorisch haben wir die ZfZ neu geordnet. Mit den Zentren für Krisenmanagement, Zivilschutzforschung, Zivilschutztechnik und Ausbildung wurden Schwerpunkte gebildet, die sich ganzheitlich und interdisziplinär mit den relevanten Themen befassen. Abgerundet wurden die Maßnahmen durch die Einstellung zusätzlicher hochqualifizierter Fachkräfte aus unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen, so dass wir heute über eine breite Wissensbasis in exzellenten Teams verfügen.

Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Weitere Zentren für den Schutz kritischer Infrastrukturen, Katastrophenmedizin usw. werden aufgebaut und es ist mehr als erfreulich, dass der Haushaltsentwurf

2004 dafür zusätzliche 50 Stellen vorsieht.

Die politische Bedeutung unserer Tätigkeit wird in besonderer Weise durch die Entscheidung von Bundesinnenminister Schily unterstrichen, die ZfZ als Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) weiterzuführen. Dabei wird durch eine Verwaltungsgemeinschaft sichergestellt, dass dem neuen Amt auch künftig das Management- und IT-Potential des BVA zur Verfügung steht. Auch das entspricht dem Wunsch des Ministers.

Meine Damen und Herren, es ist mir ein persönliches Anliegen, die Bedeutung der ZfZ bzw. des künftigen BBK weiter wachsen zu sehen: Bedeutung im Sinne von, so meine ich das, starker Partner. Unsere Strategie war von vornherein darauf angelegt, partnerschaftlich zu arbeiten, d.h. mit qualifizierten Dienstleistungsangeboten alle zu unterstützen, die im Zivil- und Katastrophenschutz operative Verantwortung tragen.

Das wird nicht zuletzt durch die vielfältige Arbeit der AKNZ deutlich, die in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen feiert und in unserem Gefahrenabwehrsystem eine wichtige Vernetzungs- und Wissenstransferfunktion hat. Wir wollen sie qualitativ und kapazitiv weiterentwickeln zu einem Kompetenzzentrum für das Bund - Länder - Krisenmanagement, zu einem Forum für den wissenschaftlichen Austausch und zu einer Begegnungsstätte für Experten aus dem In- und Ausland.

Bei der programmatischen Ausrichtung der AKNZ waren wir uns immer bewusst, dass Katastrophen größeren Ausmaßes ein enges Zusammenwirken ziviler und militärischer Kräfte bedingen. Bundeswehr, Polizei, Gefahrenabwehrbehörden in Bund, Ländern und Kommunen sowie private Hilfsorganisationen haben aber unterschiedliche Aufgaben; daraus folgen auch unterschiedliche Strukturen und Führungs-

grundsätze. Daher habe ich es sehr begrüßt, dass sich das Verteidigungsministerium mit dem Vorschlag an mich gewandt hat, in Bad Neuenahr-Ahrweiler alle mit der zivil-militärischen Zusammenarbeit befassten Angehörigen der Bundeswehr gemeinsam mit Vertretern ziviler Behörden und Organisationen auszubilden. Am 18. Oktober 2002 konnten der heutige Stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr, Vizeadmiral Heise, und ich die Verwaltungsvereinbarung unterzeichnen. Die neuen ZMZ-Lehrgänge, an denen Dozenten der Bundeswehr und der AKNZ mitwirken, sind ein unverzichtbares Instrument, wenn wir das Ziel, Katastrophenhilfe im In- und Ausland aus einem Guss zu leisten, erreichen wollen. 15 Seminare haben wir schon durchgeführt; mittelfristig sind 40 ZMZ-Seminare pro Jahr angestrebt.

Die ZMZ-Ausbildung an der AKNZ ist breit angelegt. Neben der Katastrophenhilfe im In- und Ausland umfasst sie auch die Bereiche Katastrophenmedizin und Gesundheitsvorsorge sowie ABC-Vorsorge und -Schutz. Darüber hinaus sind ZMZ-Inhalte schon lange Bestandteil vieler Seminare und das wollen wir ausbauen. Daher kommt uns sehr gelegen, und dafür bin ich dankbar, dass Herr Dr. Knoche, dessen Bemühungen um die ZMZ im Gesundheitswesen Ihnen bestens bekannt sind, uns über seine aktive Dienstzeit hinaus erhalten bleibt. Die ständige Präsenz von Dozenten der Bundeswehr wie auch anderer Organisationen ist eine Bereicherung für die AKNZ!

Meine Damen und Herren,

der Deutschen Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie - Vereinigung deutscher Sanitätsoffiziere und ihrem Präsidenten, Generalstabsarzt a.D. Dr. Schmidt, danke ich dafür, dass sie dieses Forum „ZMZ im Gesundheitswesen“ in unmittelbarer Nach-

barschaft zur AKNZ veranstaltet. Ein gutes Zeichen für die weitere Zusammenarbeit, denn, wie ich weiß, wird am 13. und 14. Forum in Bad Neuenahr - Ahrweiler schon gearbeitet.

Ihnen allen wünsche ich eine ertragreiche Diskussion !“

AdmOSA Dr. Karsten Ocker gab zu bedenken: „Wir alle leben mit stark begrenzten Mitteln und die Schwierigkeiten unserer Sozialsysteme mit ihren fast unlösbaren Problemen überschatten eigentlich inzwischen alle anderen Dinge. Gleichzeitig werden wir gezwungen in der Sicherheitspolitik, in der Krisenvorsorge, in der Vorbereitung auf Katastrophen und Großschadensereignisse und in der Abwehr möglicher terroristischer Gefahren völlig neue Wege zu gehen. Wir werden gezwungen, alte Dogmen durch flexible Planungen und Konzepte zu ersetzen.“ und ergänzte später: „Katastrophenschutz in Deutschland geht uns alle an.“, womit er zur Zusammenarbeit aller Verantwortlichen, aller Behörden und Organisationen aufrief. Er stellte die primäre Zuständigkeit der zivilen Seite für die Katastrophenbewältigung heraus und betonte das nach wie vor für die Bundeswehr verbindliche Subsidiaritätsprinzip.

Der Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Vizeadmiral a.D. Hans Frank, leitete die Veranstaltung mit einem Übersichtsvortrag über aktuelle deutsche Sicherheitspolitik ein. Er skizzierte die Risiken der heutigen Zeit, so den Terrorismus, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die organisierte Kriminalität und den weltweiten Drogenhandel „... immerhin hat beispielsweise der Drogenhandel inzwischen die finanziellen Dimensionen des internationalen Handels von Eisen und Stahl bereits überholt ...“.

Terrorangriffe können, so Frank, nicht auf Distanz gehalten werden. Terrororganisationen seien selbständige Gruppen. Sie zu erkennen sei schwierig. Gegen Bedrohun-

gen dieser Art könne in drei Stufen vorgegangen werden: Identifizierung und Festsetzung mit nachrichtendienstlichen und polizeilichen Mitteln; Zerschlagung des logistischen Netzes mit militärischen Mitteln in Ländern, die sich an der Bekämpfung des Terrorismus nicht beteiligen wollen und schließlich die Verbesserung des Schutzes der eigenen Gesellschaft.

In diesem Kontext sei der Ansatz für die Zivil-militärische Zusammenarbeit gegeben. Der Einsatz der Bundeswehr setze aber einen eingetretenen Schaden voraus. Ein prophylaktischer/präventiver Einsatz sei jedoch nicht zulässig.

Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung

Deutschland hat ein leistungsfähiges Hilfeleistungssystem, so leitete MinRat Dr. Klaus-Georg Meyer-Teschendorf, Bundesministerium des Inneren, unter Hinweis auf die letzten großen innerdeutschen Katastrophen seinen Vortrag „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung“ ein und nannte Zahlen: 1,2 Mio Aktive in freiwilligen Feuerwehren, eine halbe Million ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in fünf Freiwilligenorganisationen und 75.000 freiwillig tätige Helferinnen und Helfer des THW – ein in der Welt einzigartiges System. Defizite gebe es trotzdem. Man habe sich nach Ende des Kalten Krieges in einer trügerischen Sicherheit gefühlt. Der 11. September 2001 wurde so zur Zeitenwende. Auch die großen Flutkatastrophen haben sich ausgewirkt und „...den Prozess des Umsteuerns, der Umstrukturierung, des neuen Nachdenkens über intelligenter und effizientere Lösungen noch einmal beschleunigt und verstärkt.“

Die neue Rahmenkonzeption für den Zivil- und Katastrophenschutz firmiert unter der Überschrift „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“. Philo-

sophie ist der Gedanke der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern für außergewöhnlich dimensionierte Gefahren- und Schadenslagen. Diese Neukonzeption zielt auf eine bessere Verzahnung der Hilfspotentiale von Bund und Ländern und neue Koordinationsinstrumentarien im Bereich des Informationsmanagements und beim Nachweis von Engpass-Ressourcen. Kern dieses Rahmenkonzepts ist die Entwicklung eines Stufensystems für die Gefahrenabwehr mit den Eckpunkten:

- flächendeckende Regelversorgung mit der alltäglichen Gefahrenabwehr, wie sie in den Kommunen jetzt schon von Feuerwehren und Rettungsdiensten garantiert ist,
- flächendeckende Grundversorgung für besondere Lagen,
- erhöhter Schutz für gefährdete Regionen (Ballungsgebiete) und Einrichtungen (etwa Chemieanlagen, Kernkraftwerke, Tunnel) sowie
- Sonderschutz mit Hilfe von Spezialeinsatzkräften (Task Forces) für besondere Gefahren, insbesondere im B- und C-Bereich.

Als besonderen Beitrag des BMI stellte Meyer-Teschendorf das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum (GMLZ) des Bundes und der Länder vor, das bei der Zentralstelle für Zivilschutz eingerichtet wurde. Es soll ständig die nationale und internationale Sicherheitslage auswerten und als Zentrum für Ressourcenmanagement zur Verfügung stehen. Damit ist das GMLZ organisatorisch-institutionelles Fundament der Interministeriellen Koordinierungsgruppe.

Eine weitere Maßnahme, die Einrichtung des Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem „deNIS“ als Informationsportal für den Bürger, steht seit Mai 2002 online zur Verfügung.

Für die Warnung der Bevölkerung stehe jetzt auch ein satellitengestütztes Warnsystem

zur Verfügung, in dem Warn-durchsagen über die öffentlich-rechtlichen und später auch über private Rundfunkanstalten verbreitet werden können.

Die Rolle der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler hob er hervor und nannte als Ziel,



Dr. Jürgen Hensen, Präsident des Bundesverwaltungsamtes.

„die Akademie zu einem Kompetenzzentrum für das gemeinsame Krisenmanagement von Bund und Ländern, zu einem Forum für den wissenschaftlichen Austausch sowie zu einer Begegnungsstätte und Ideenbörse für Experten aus dem In- und Ausland auszubauen.“

Zusätzliche Maßnahmen des Bundes seien ein neues technisches Ausstattungskonzept für den ergänzenden Katastrophenschutz, die Auslieferung moderner Krankentransport- und ABC-Erkundungskraftwagen, die Aufstockung der Mittel für die Zivil- und Katastrophenschutzforschung und die Einlagerung von 100 Mio Dosen Pockenimpfstoff.

Als organisatorische Konsequenz aller Zivil- und Katastrophenschutz-Überlegungen werde das neue Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) errichtet, womit der zivile Bevölkerungsschutz als wichtige Säule des nationalen Sicherheitssystems hervorgehoben wird.

Schließlich würdigte Meyer-Teschendorf die besonderen Leistungen des THW und seiner 75.000 Mitglieder. 24.563 von ihnen erbrachten mit 2,15 Mio Dienststunden im Elbehochwassereinsatz den bisher größten Einsatz in seiner 50-jährigen Geschichte.

Mit den Worten „Der Bund steht zu seiner Zivilschutzaufgabe. Er weiß um seine Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung. Er nimmt diese Verantwortung sehr ernst.“ beendete er seine Ausführungen.

MinRat Dr. Johannes Blasius, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS), ergänzte diese Ausführungen aus Sicht des BMGS.

Nach der Darstellung der „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung“ und der Sicht der Bundesregierung folgten die Vorträge der Länderebene.

MinDirig Hans-Joachim Beltz referierte über den neuen Katastrophenschutz aus Sicht des Landes Rheinland-Pfalz. Er ging ebenfalls auf das Konzept „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung“ ein, in dem die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für außergewöhnliche Gefahrenlagen niedergelegt ist.

Zu einer vernetzten Gefahrenabwehrplanung gehört ein Verbundsystem aller Aufgabenträger und ein einheitliches Führungssystem, das von den Gemeinden, Kreisen, kreisfreien Städten und Hilfsorganisationen bis zum Land, Bund und der EU reicht.

Leitprinzipien des neuen Katastrophenschutzes sollen sein: mehr gegenseitige Information, bessere Kommunikation, abgestimmte Vorsorgeplanung, effizienteres Krisenmanagement und Verbesserung der Warnmöglichkeiten.

Erste Säule ist ein Verbundsystem örtlicher und überörtlicher Aufgabenträger. Die Feuerwehr ist dabei der Hauptträger des Katastrophenschutzes.

Die zweite Säule bilden zentrale Maßnahmen der Länder

in der Unterstützung der kommunalen Aufgabenträger. Kernstück sind hier die Rahmenalarm- und Einsatzpläne für verschiedene Gefahrenlagen. Rheinland-Pfalz hat die Vorräte der landeseigenen Depots für Arzneimittel und Medizinprodukte soweit aufgestockt, dass jetzt die Notfallmedizinische Versorgung von 5.000 Patienten möglich ist.

Er unterstrich die Notwendigkeit eines bundeseinheitlichen Führungssystems und bezeichnete die im Jahr 2000 erschienene DV 100 „Führung und Leitung im Einsatz – Führungssystem“ als ausgezeichnete Grundlage dazu. Wesentlich sei auch regelmäßiges Üben der betroffenen Stäbe: „Nur wer sich kennt und regelmäßig übt, arbeitet auch in außergewöhnlichen Lagen reibungslos zusammen.“

Die dritte Säule des Hilfeleistungssystems wird aus den Maßnahmen des Bundes gebildet, die die in den Ländern getroffenen Katastrophenschutzmaßnahmen ergänzen. Hierzu gehören u. a. eine im Abstimmungsprozess befindliche neue „Strategische Neukonzeption der ergänzenden technischen Ausstattung des Katastrophenschutzes im Zivilschutz“, das GMLZ und deNIS. Die Bedeutung des THW wurde besonders erwähnt.

Die Unterstützung der Bundeswehr sei heute ein unverzichtbarer Bestandteil der Katastrophenvorsorge. Ihre „Hilfeleistungen haben eine neue Qualität gewonnen“, wenn sie auch nicht mehr in dem früher gewohnten Umfang zur Verfügung stehen kann.

In seinem Ausblick forderte er, die „Kultur der Reaktion“ durch eine „Kultur der Prävention und Transformation“ zu ersetzen.

MinDirig. Klaus Bösche aus Nordrhein-Westfalen, ging in seinem Referat auf die gegenwärtige Organisation der medizinischen Versorgung im Rahmen des Katastrophenschutzes in NRW ein. Er beleuchtete in diesem Zusammenhang ausführlich die Rolle der Kran-

kenhäuser und der Rettungsdienste. Über NRW verteilt stehen sieben Rettungshubschrauber und zusätzlich zwei Intensivtransporthubschrauber zur Verfügung. Bei größerem Bedarf sind zusätzliche Rettungsmittel aus benachbarten Regionen anzufordern.

Verteilt über das Land NRW werden an 29 Krankenhäusern mit einer Krankenhausapotheke Vorräte von Arzneimitteln und Medizinprodukten für Großschadensereignisse vorgehalten.

Der Wandel der Szenarien hat seine Spuren hinterlassen: rechnete man in Zeiten des „Kalten Krieges“ noch mit 50 bis 300 Verletzten bei einem Massenanfall (MANV), so kann man es in dichtbesiedelten Ballungsregionen schnell mit Tausenden von Verletzten zu tun haben. Hier müssen andere Vorhaltungen getroffen werden. Insbesondere Kommunikation, Koordinierung und Kooperation lassen sich verbessern. So wird z. B. in den Regierungsbezirken Köln und Düsseldorf ein neues Konzept entwickelt, das Behandlungseinheiten vorsieht, die jeweils 50 Patienten versorgen können. In einem Großschadensfall könnten so durch Zusammenwirken von zehn Kommunen 500 Patienten versorgt werden. Bösche trat für eine aktive Zivil-militärische Zusammenarbeit ein und schlug zur Vermeidung von Überraschungsmomenten in der Anfangsphase von Schadensereignissen gemeinsame Übungen vor.

„Ziel aller Anstrengungen muss ein integriertes System sein.“, bemerkte er in seiner Zusammenfassung.

Der zweite Vortragsblock dieses Nachmittags war mehrheitlich militärischen Themen gewidmet und wurde eingeleitet durch Generalstabsarzt Dr. Hartmut Siebertz, dem stellvertretenden Befehlshaber des Sanitätsführungskommandos, der zur neuen Struktur des Sanitätsdienstes vortrug. Außer der neuen Organisationsstruktur erläuterte er einerseits die

Notwendigkeit, zivile Patienten in Bundeswehrkrankenhäusern zu behandeln, dies sei relevant für die Qualität der medizinischen Versorgung der Soldaten in den verschiedenen Einsatzgebieten, und andererseits die schon bestehenden bzw. geplanten Kooperationen der Bundeswehrkrankenhäuser mit zivilen Kliniken bzw. Instituten wie z. B. zwischen dem Bundeswehrkrankenhaus Hamburg und dem Bernhard-Nocht-Institut in Hamburg. Als weitere Beispiele der Zusammenarbeit nannte er den Einsatz der ADAC-Rettungshubschrauber an den Bundeswehrkrankenhäusern Ulm, Koblenz und demnächst auch Hamburg.

Oberstarzt Dr. Stefan Kowitz ging auf den strategischen Lufttransport Kranker und Verletzter ein. Die Planung derartiger Akuteinsätze erfolge im Sanitätsführungskommando, das ständig medizinische Besatzungen für diesen Zweck in Bereitschaft hält. Er schilderte anhand von Realeinsätzen die Verfahrensweise und den zeitlichen Ablauf. Die Möglichkeiten des strategischen Lufttransports Kranker und Verletzter der Bundeswehr stehen auch den Bundesbürgern zur Verfügung wie er an den Beispielen Djerba und Dresden zeigte.

Oberstarzt Dr. Dieter Harms ging anschließend auf die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen des Lufttransports Kranker und Verletzter durch die Luftwaffe ein. Airbus A 310, Challenger, Transall, UH1-D stehen seitens der Luftwaffe für diese Aufgabe zur Verfügung. Der MEDEVAC-Airbus ist das modernste Asset dieser Art innerhalb der NATO. Er kann bis zu 38 liegende Patienten und zusätzlich gleichzeitig sechs beatmungspflichtige Patienten aufnehmen. Die Challenger steht in besonderen Fällen für einen Einzeltransport zur Verfügung. Transalls stehen in Deutschland und - für die Sicherstellung der sanitätsdienstlichen Versorgung der in Afghanistan eingesetzten Soldaten - in Ter-

mez, Usbekistan, in Bereitschaft.

Unter der Federführung des Sanitätsführungskommandos wurden 2002 429 und in 2003 bis August 235 Soldaten aus den Einsatzgebieten in die Heimat zurückgeführt. Beim Elbehochwasser wurden ca. 1300 Patienten per Lufttransport evakuiert, wobei die Altersspanne der Patienten von drei Tagen bis 103 Jahren reichte. Mit der Bell UH1-D wurden in 2002 einschl. der Krankentransporte ca. 5000 Einsätze geflogen.

Der Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe und ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Gen. A. D. Hans-Peter von Kirchbach, berichtete über die Ergebnisse einer Kommission, die unter seiner Leitung



MinRat Dr. Klaus-Georg Meyer-Teschendorf, Bundesministerium des Innern.
(Fotos: U. Elbracht)

drei Monate lang die Erfahrungen aus der Bewältigung des Elbehochwassers untersuchte und analysierte. Die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit der verschiedenen in die Bewältigung des Elbehochwassers eingebundenen Organisationen und Dienststellen haben gezeigt, dass Zusammenarbeit praktiziert werden muss, um im Schadensfall zu funktionieren. Er verdeutlichte seine Schilderungen an verschiedenen Beispielen. Gerade im Bereich der Kommunikation gab es Probleme mit zu langen und umständlichen Meldewe-

gen, wodurch dringende Informationen unnötig lange verzögert wurden. Unterschiedliches Führungsverständnis verschiedener hierarchischer Ebenen war ein anderer Problembereich. Die Koordination eigener und zugereister Kräfte sowie das ebenengerechte Verhalten von Reserven bereitete ebenfalls Schwierigkeiten.

Den Einsatz von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei bewerte er positiv. Die Bundeswehr kann auf ein leistungsfähiges und eingespieltes Führungssystem zurückgreifen - „uniformierte Profis“, wie er es nannte, und empfahl, in ähnlichen Lagen der Bundeswehr einen großen regionalen Sektor des betroffenen Gebietes zur selbständigen Erledigung zuzuweisen.

Ergänzt wurden diese Ausführungen durch einen Beitrag zu sanitätsdienstlichen-medizinischen Aspekten dieses Einsatzes von OFA Dr. Steffen Hartwig. 1610 Sanitätssoldaten waren im Einsatz. 22.500 Impfungen seien für den zivilen Bereich vorgenommen worden.

Zum Abschluss des ersten Veranstaltungstages referierte Colonel Dr. Alain Rimoux, derzeit französischer Verbindungsoffizier im Sanitätsführungskommando, über Zivilschutz und Zivil-militärische Zusammenarbeit in Frankreich. Die in Deutschland übliche Trennung von Zivil- und Katastrophenschutz gebe es in seiner Heimat nicht. Die Streitkräfte seien eine der tragenden Säulen des Katastrophenschutzes in Frankreich. So seien sowohl in Paris als auch in Marseille jeweils eine Pionierbrigade als Feuerwehr mit integriertem Rettungsdienst eingesetzt. Am Beispiel einer C-Waffenräumung machte er sowohl Vorgehen als auch das Zusammenspiel der beteiligten Kräfte deutlich.

Dr. Michael Popovic trug zu den Veränderungen im Zivil- und Katastrophenschutz aus Sicht einer Landesärztekammer vor. Ausdruck der Bemühungen um eine Verbesserung des Bevölkerungsschutzes des Lan-

des Hessen sei das Konzept „Medizinischer Katastrophenschutz“, das am 15. Juli 2003 per Erlass eingeführt wurde. Alle Überlegungen und Übungen im Zusammenhang mit vorbereitenden Maßnahmen für einen eventuellen Pockenfall in Deutschland hätten sich im Rahmen SARS schon positiv ausgewirkt.

Der „neue“ Zivil- und Katastrophenschutz wurde vom Bereichsleiter Ehrenamtliche Dienste beim Malteser Hilfsdienst, Benedikt Liefänder, kritisch beleuchtet (dazu Beitrag auf S.47 dieses Magazins).

Der stellvertretende Leiter der AKNZ, Dipl.-Ing. Gerd Fröhlich, stellte die AKNZ, die in diesem Jahr auf ihr 50-jähriges Bestehen zurückblicken kann, mit ihren Aufgaben, Zielen, Partnern, netzwerkähnlichen Verbindungen zu anderen Institutionen im In- und Ausland als Kompetenzzentrum für das Bund-/Länder-Krisenmanagement und ihrer Rolle im Rahmen der Zivilen Sicherheitsvorsorge vor. Die Zahl der Seminarteilnehmer sei in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Sie liege in diesem Jahr bei 10.000. Für 2004 und später werden noch höhere Teilnehmerzahlen erwartet. Die Zahl der in diesem Jahr vorgesehenen 400 Seminare werde in ein bis zwei Jahren 500 erreichen und weiter steigen.

Vier Themenkreise wurden in Gruppensitzungen besprochen: ABC-Schutz, Seuchenschutz, Medikamenten-/Antidotbevorratung und Tierseuchenbekämpfung.

Chairmen der Sitzung „Seuchenschutz“ waren Prof. Dr. Rüdiger Fock vom Robert-Koch-Institut und Oberstarzt Dr. Heyl vom Sanitätsamt der Bundeswehr. Fock selbst gab eine Einführung in Biologisches Krisenmanagement und referierte über die in Frage kommenden Agenzien, die Beurteilung der Lage in einer durch biologische Agenzien verursachten Krisensituation und die anschließende Schadensbewältigung.

Die Rolle der Ständigen Arbeitsgemeinschaft der Kompetenz- und Behandlungszentren (StAKoB) führte Dr. Thomas Grünwald vom Kompetenzzentrum Leipzig, Abt. für Infektionskrankheiten des Klinikums St. Georg, aus. Die Kompetenzzentren sind in puncto Beratung und auch Behandlung betroffener Patienten ein unverzichtbarer Teil in der Bewältigung besonderer Schadenssituationen.

Bis zu welchem Grad Experten interdisziplinär vernetzt sind und welche Weiterentwicklungen möglich und wünschenswert sind, war Thema des Vortrags von Dr. Andreas Bergholz, Oberarzt am Robert-Koch-Institut.

Abschließend referierte Dr. Ulrich Koch, Leiter des Gesundheitsamtes Pirmasens, über „Aufgaben und Möglichkeiten eines Gesundheitsamtes im biologischen Krisenmanagement“. Er ging ausführlich auf die seuchenhygienischen Maßnahmen des Gesundheitsamtes als Fachbehörde ein und forderte ein Informationsnetzwerk. Einen breiten Raum nahm in seinem Vortrag das Infektionsschutzgesetz ein, bevor er zum Thema Schutzimpfungen und Einrichten und Betrieb einer Impfstätte kam. Eine lebhaft Diskussions beschloss die Sitzung.

Ein besonderes Problem von Großschadenslagen ist die Bevorratung und zeitgerechte Verfügbarkeit von geeigneten Medikamenten/Antidoten und Medizinprodukten. Diese Thematik lag der Gruppensitzung Medikamenten-/Antidotbevorratung zugrunde, die von Prof. Dr. Peter Sefrin und Wolfgang Wagner, Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin (DGKM), und Oberfeldapotheker Norbert Reiber, BMVg, geleitet wurde.

Wagner referierte über Sanitätsmaterialbevorratung im Zivil- und Katastrophenschutz. Er erläuterte ausführlich die gültigen Definitionen, ging dann auf den Bedarf und die Bedarfsermittlung ein, bevor er auf die Bevorratung an

sich zu sprechen kam. Augenblicklich befasst sich eine Studie mit der Verfügbarkeit von Sanitätsmaterial, die unter Federführung von Prof. Dr. Sefrin erarbeitet wird. Sefrin gab einen Einblick in Rahmenbedingungen und Umfang der Studie. Mit Ergebnissen wird spätestens in 2004 gerechnet.

OFAp Norbert Reiber zeigt die Unterstützungsmöglichkeiten der Bundeswehr auf und betonte die Bereitschaft im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten jederzeit zu helfen.

Eine Podiumsdiskussion über Möglichkeiten der Mitwirkung bei der Bevorratung und Versorgung mit Sanitätsmaterial für den Zivil- und Katastrophenschutz beschloss diese Sitzung.

Als gelungenes Beispiel zivil-militärischer Zusammenarbeit präsentierte Leutnant (Sanitäts-offizieranwärter) cand. med. Thomas Benner das Rettungszentrum Regensburg vor, wo sich zivil-militärische Zusammenarbeit tagtäglich in der Ausbildung wie in der praktischen rettungsdienstlichen Tätigkeit bewährt.

Es war eine rundherum gelungene Veranstaltung, die bei den Teilnehmern guten Anklang fand.

Die durch die Referenten freigegebenen Beiträge sind über die Homepage der VdSO im Internet zu finden unter www.vdso.org.

Zum Abschluss des Forums lud der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie, GenSA a. D. Dr. Schmidt ein zum 13. Forum ZMZ im Gesundheitswesen am 09. und 10.07.2004 im Dorint-Hotel Bad Neuenahr. Die Schwerpunktthemen: „Medizinische Aspekte der Zivilschutzforschung und evtl. Berührungspunkte zur wehrmedizinischen Forschung - Anforderungen an eine Quarantänestation in Aufbau und Betrieb - Konzept zur Dekontamination Verletzter“ mit internationalen Beiträgen.

Aus Anlass ihres 50-jährigen Bestehens veranstaltet die **Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz**, eine Einrichtung des Bundesverwaltungsamtes – Zentralstelle für Zivilschutz, vom 8.-9. Dezember 2003 im Dorint-Hotel Bad Neuenahr-Ahrweiler den

Kongress

„Zivile Sicherheitsvorsorge in Deutschland – Strategien und Umsetzung“

Montag, 8. Dezember 2003

- 13.30 h Eröffnung des Fachkongresses
Dipl.-Ing. Dietrich Löpke, Leiter der AKNZ
- 13:45 h Mögliche Gefahren für die Bevölkerung bei Großkatastrophen und Krisen“
Prof. Dr. Lars Clausen, Vorsitzender der Schutzkommission beim BMI
- „Gefährdungen und Risiken eines modernen Industriestaates“
Prof. Dr. Wolfgang Kroeger, ETH - Zürich
- 15:00 h Parallele Foren zu den Themen:
- A „Krisenmanagement“
Risiken und Gefährdungen in Deutschland, gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge, äußere und innere Sicherheit
- B „Notfallplanung“
kritische Infrastrukturen, Energieversorgung, Informations- und Kommunikationstechnik, Gesundheitsversorgung
- C „Zivil- und Katastrophenschutz“
Führungsorganisation bei Großschadensereignissen, Führungsunterstützungskomponenten, gemeinsame Einsatzleitung, polizeiliche Strukturen

Dienstag, 9. Dezember 2003

- 08:30 h Präsentation der Ergebnisse
- 10:30 h „Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“
Michael Brown, U.S. Department of Homeland Security
- 11:00 h Diskussion
- 11:30 h Abschlusserklärung

Kosten:

Für die Teilnahme am Fachkongress wird ein Kostenbeitrag von € 80,00 erhoben. Dieser Betrag umfasst anteilig das Abendessen am 1. Tag (ohne Getränke), sämtliche Kaffeepausen und eine Übernachtung mit Frühstück vom 8.12. auf den 9.12.2003. Für eine Übernachtung mit Frühstück vom 7.12. auf den 8.12.2003 wird ein zusätzlicher Kostenbeitrag in Höhe von € 40,00 erhoben.

Aktuelle Informationen und den Anmeldevordruck finden Sie im Internet unter www.zivilschutz-online.de



Gemeinsame Ausbildungskonzepte entwickeln

Internationales Symposium der DLRG zur Wassersicherheit

Von Martin Janssen und Peter Sieman

Mit einem Internationales Symposium zur Wassersicherheit hat die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft ihren 90. Geburtstag gefeiert. 250 Fachleute und Gäste aus 17 Nationen, unter anderem auch aus Sri Lanka und der Ukraine, waren der Einladung der DLRG gefolgt, um vom 15. bis 17. Oktober über Perspektiven und neue Konzepte zur Sicherheit im und am Wasser zu beraten. Die Schirmherrschaft über das Symposium, das unter dem Motto stand „Wasserrettung zwischen humanitärer Verpflichtung und politischer Anerkennung“ hatte Bundesinnenminister Otto Schily.

In seiner Eröffnungsansprache warb DLRG-Präsident Dr. Klaus Wilkens für ein breites Bündnis:

„Es muss ein gemeinsames Anliegen aller Beteiligten sein, den Ertrinkungstod in Deutschland und der Welt zu bekämpfen, des Staates und seiner nachgeordneten Ämter und Einrichtungen, der Länder und Gemeinden, der Rettungs- und Hilfsorganisationen, der Verwaltungen, der öffentlichen und privaten Betreiber von Gewässern sowie der internationalen Gremien und Organisationen.“ „Weltweit“, so Wilkens weiter, „rangiert das Ertrinken nach Angaben der World Health Organisation (WHO) hinter den Verkehrsunfällen an zweiter Stelle. Allein im Jahr 2000 starben 410.000 Menschen im Wasser.“

Mit dem ersten Kongress dieser Art in Deutschland, der das gesamte Themenspektrum umfasst, kam die größte Was-

serrettungsorganisation der Welt einem vielfach in nationalen und internationalen Gremien und Organisationen geäußerten Wunsch nach, die vielfältigen Aspekte der „Wassersicherheit“ in einer Tagung zusammen zu führen.

„Mit der Veranstaltung wollten wir diesem ganzheitlichen Ansatz ein geeignetes Umfeld bieten, das sowohl die Mög-

rettungsgeräte, Ausbildungsfragen und die Bewertung von Sicherheitsrisiken an Stränden und in Einsatzgebieten,“ benannte der DLRG-Präsident Aufgaben und Inhalte des Symposiums. Zudem solle der Kongress dazu beitragen, Differenzen in Sachfragen zu überwinden, Konsens zu schaffen und gemeinsam neue Leitlinien und Prüfkriterien zu



Eine große technische Ausstellung mit Fahrzeugen, Booten, Kommunikationstechnik und Rettungsgeräten flankierte das Symposium.

lichkeit zum Gedankenaustausch über die politischen Fragen, wie die des Stellenwertes des Wasserrettungsdienstes im Zivil- und Katastrophenschutz, über neue Strukturen im Katastrophenschutz sowie die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit gibt, als auch Raum lässt für Fragen aus der alltäglichen Praxis, wie etwa den Einsatz moderner

entwickeln, um die Sicherheit der vielen Millionen Menschen, „die mit dem Wasser leben müssen oder im und am Wasser Erholung suchen“ zukünftig zu verbessern.

Namhafte Referenten

Die DLRG hatte unter der Leitung von Ortwin Kreft, zuständig für den Bereich Ein-

satz im Präsidium, namhafte Referenten aus Ministerien, nationalen und internationalen Hilfs- und Rettungsorganisationen, aus Gemeinden und Verwaltungen gewinnen können, unter anderen den in der Abteilung Innere Sicherheit im BMI für Zivil- und Bevölkerungsschutz zuständigen Referatsleiter, Dr. Klaus-Georg Meyer-Teschendorf, den ehemaligen Abteilungsleiter im BMI, Ministerialdirektor a.D. Klaus Henning Rosen, den Präsidenten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), Dr. Georg Thiel, Albrecht Bromme, Landesbranddirektor (LBD) in Berlin und Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), Prof. Dr. Hans-Jürgen Vogel, stellvertretender Vorsitzender des Bundesausschusses Wasserwacht im Deutschen Roten Kreuz (DRK), Kapitän Udo Fox von der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) und Dr. Reiner Lemke, Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe.

Zu den internationalen Themen referierten Chris Brewster, Präsident der International Lifesaving Federation America und Vizepräsident des Weltverbandes ILS, Frank Nolan (Irland), Vizepräsident der International Life Saving Federation of Europe (ILSE), der Generalsekretär der ILS, Harald Vervaecke (Belgien), Warwick Waters, Geschäftsführer der Royal Life Saving Society Australia, Anthony Handley (Großbritannien), Mitglied des Exekutivkomitees des European Resuscitation Councils (ERC), Daniel Hartmann (Israel), vom Institut für Geografie und Umweltentwicklung an der Ben-Gurion Universität und Martin O'Sullivan (Irland), Vorsitzender der ILSE-Rettungskommission.

Umfangreiches Tagungsprogramm

Mit 35 Referaten und Vorträgen in elf Themenblöcken war das Kongressprogramm,

zusammengestellt und organisiert von Peter Sieman, Referatsleiter in der DLRG Bundesgeschäftsstelle, prall gefüllt.



Ministerialdirektor Joachim Steig, Abteilungsleiter Innere Sicherheit im BMI, hielt stellvertretend für den Parlamentarischen Staatssekretär Fritz Rudolf Körper die Festrede.

Es wurde ergänzt durch acht Workshops mit den Themen:

1. Neue Wege zur Absicherung von Badestellen,
2. Zukunftssicherung des Wasserrettungsdienstes,
3. Rettungssport - Selbstzweck oder Teil des Wasserrettungsdienstes?
4. Wasserrettung als Teil der Gefahrenabwehr in Deutschland,
5. Lifesaving education all over the world,
6. (Para-) Medical Qualifications in water Rescue Services,
7. Zusammenarbeit von Staaten, Ländern und Gemeinden,
8. Beach risk assessment and Training process assessment programs.

Auf besonderes Interesse bei den 250 Kongressteilnehmern stieß der Workshop vier, in dem es um den Stellenwert und die Integration der Was-

serrettung in die Gefahrenabwehr ging. Moderiert wurde das Thema vom Ministerialdi-

rektor a.D. Klaus Henning Rosen.

Eine Posterausstellung sowie eine Material- und Geräteschau rundeten das Symposium ab.

Nachfolgend sind einige wesentliche Ergebnisse und Forderungen ausgewählter Workshops aufgeführt. Eine ausführliche Dokumentation des Symposiums erscheint voraussichtlich im ersten Quartal 2004 und kann über die DLRG Bundesgeschäftsstelle (05723 / 955 420) angefordert werden. Ein erster Überblick der Referate und Ergebnisse findet sich demnächst im Internet unter www.dlrg.de/Symposium.

Neue Wege zur Absicherung von Badestellen und Zukunftssicherung des WRD

Qualitätssicherung im Wasserrettungsdienst durch mehr hauptberufliche Wach- und



Abschnittsleiter mit längerer Einsatzzeit, war eine der diskutierten Lösungen, um in Kombination mit ehrenamtlichen Rettungsschwimmern dem Problem rückläufiger Helferzahlen entgegen zu wirken. Das Prinzip der Ehrenamtlichkeit wird dabei nicht in Frage gestellt, sondern durch diese (Semi-) Professionalisierung im Sinne eines dualen Systems ergänzt. Erste erfolgreiche Pilotprojekte an der Nordsee bestätigen dies.

licher für den Wasserrettungsdienst durch ein „Netzwerk Jugend/Technik“ der rückläufigen Entwicklung entgegen wirken. Die Jugendarbeit im Verband muss stärkeren „Einsatzbezug“ bekommen.

Die Ausbildung der Wasserretter soll besser auf das jeweilige Aufgabenprofil zugeschnitten werden, muss aber in einigen Bereichen erweitert werden; hier wurden der sanitätsdienstliche Bereich („Paramedics“) und neue (Wasser-)

So gilt es künftig, verbandsübergreifende Aus- und Fortbildungskonzepte zu entwickeln, die hinsichtlich ihres zeitlichen Aufwandes potenzielle ehrenamtliche Helfer nicht verprellen, sie aber in Zusammenarbeit mit professionellen Führungskräften und Ausbildern in die Lage versetzen, unter optimalen Rahmenbedingungen qualitativ hochwertigen Dienst am Mitmenschen zu leisten.

Wasserrettung als Teil der vernetzten Gefahrenabwehr in Deutschland

Podiumsdiskussion mit Dr. Klaus Wilkens, Klaus Henning Rosen, Albrecht Broemme, Dr. Meyer-Teschendorf, Thomas Benner (Rettungszentrum Regensburg)

Einigkeit bestand darin, dass der Arbeit der nach dem Prinzip der Ehrenamtlichkeit agierenden Hilfsorganisationen im deutschen Hilfeleistungssystem eine besondere Bedeutung zukommt. Die demografische Entwicklung und der zunehmende Rückzug der Bundeswehr machen dies deutlich. Der Bund soll sich die Hilfsorganisationen mehr als Partner nehmen und so die Zusammenarbeit von Organisationen und Verwaltungen auf allen Ebenen künftig unter dem Motto „Zutrauen statt Misstrauen“ (Zitat K. H. Rosen) intensivieren.

Das Prinzip der Ehrenamtlichkeit soll weiter gestärkt werden in Form konkreter Unterstützung und Anerkennung. Hierzu gehört etwa ein einheitliches Helferrecht für alle Helfer, gleich welcher Organisation. Ein neues Ethos ehrenamtlicher Betätigung muss definiert und von allen Beteiligten gelebt werden.

Materialbeschaffungen dürfen im Zuge knapper Mittel beziehungsweise leerer Kassen nicht mehr unabgestimmt erfolgen. Eine stringente, verbandsübergreifend koordinierte, also subsidiär und an den jeweiligen Aufgaben orientierte Beschaffungspolitik ohne



Podiumsdiskussion (v.l.): Dr. Klaus-Georg Meyer-Teschendorf (BMI), Dr. Klaus Wilkens, Klaus-Henning Rosen, Thomas Benner, LBD Albrecht Broemme.

Eine Standardisierung der notwendigen Infrastruktur von Wasserrettungsstationen auf Basis von Gefährdungsanalysen, rechtlich abgesichert durch einheitliche, möglichst Länder übergreifende Badstellenverordnungen unter Einbindung der Blauen Flagge war eine weitere Forderung. Die daraus resultierende Werbemöglichkeit: „bewachter Strand gemäß Empfehlungen der ILS“, verbunden mit einer europaweiten Vereinheitlichung der Signalgebung stellt das zweite wichtige Standbein dar. Die Werbung über Reiseveranstalter soll auch den Touristikunternehmen Vorteile verschaffen.

Innerverbandlich soll die verstärkte Akquisition Jugend-

Sportarten genannt. Auf eine einheitliche, organisationsübergreifende Basisausbildung sollten Spezialausbildungen in Abhängigkeit regionaler sowie aufgabenspezifischer Erfordernisse aufgesetzt werden.

Die rechtlichen Grundlagen für den Wasserrettungsdienst müssen, beispielsweise durch die flächendeckende Einbindung in die Rettungsdienstgesetze der Länder, verbessert werden.

Mehr Handlungssicherheit für Verantwortliche würde eine bundeseinheitliche Definition der „Rettungsfähigkeit“ geben.

Trotz aller Forderungen nach besserer Qualifizierung darf allerdings der Aspekt der ehrenamtlichen Leistbarkeit nicht vernachlässigt werden.

falsche Egoismen soll Bund, Länder und Gemeinden, aber auch die Organisationen finanziell entlasten.

Gemeinsame, länderübergreifende Übungen müssen geplant, finanziert und durchgeführt werden, um die Zusammenarbeit auf der Kommandoebene zu optimieren. In Zusammenarbeit der Bundeschulen der Organisationen mit der AKNZ soll die Führungsausbildung noch stärker als bisher harmonisiert werden.

Zusammenarbeit von Staaten, Ländern und Gemeinden

Ergänzend zum Workshop 4 wurde hier die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen im föderalen System beleuchtet und in den vorangegangenen Referaten den „dienstleistenden“ Stellen wie dem GMLZ und der Hochwasserschutzzentrale der Stadt Köln Gelegenheit zur Vorstellung gegeben.

Die Ergebnisse ergänzen die des Workshops 4: Der Bund muss im Bereich Zivil- und Katastrophenschutz mehr Rahmenkompetenz bekommen und wahrnehmen; gleichzeitig sollten im Sinne eines integralen Hilfeleistungssystems in der Bundesrepublik Deutschland die Katastrophenschutz- und Rettungsdienstgesetze der Länder stärker harmonisiert werden. Gleiches gilt für die Ausbildung von Helfern, hier vor allem von Führungskräften.

Informationen über die Potenziale der Hilfsorganisationen müssen kommuniziert und in Gemeinden und Kreisen auch angewendet werden.

Bundesweite und regionale Risikoanalysen müssen möglichst schnell erarbeitet werden, um daraus Schutzziele zu formulieren.

Mit Blick auf das Thema Wasserrettung im Allgemeinen und den weiterhin zu erwartenden Hochwassersituationen im Besonderen empfahlen die Teilnehmer, für jeden Stab ei-

nen Fachberater Wasserrettung vorzusehen und in Übungen entsprechende Lagen einzubauen und zu bearbeiten.

Internationale Themenblöcke

Die internationalen Themenblöcke und Workshops spiegelten viele Forderungen, wie sie für den nationalen Bereich auch formuliert wurden wider. So bestand Einigkeit in einer möglichst weltweit einheitlichen Basisausbildung für Wasserretter, auf die verbandsspezifische und/oder regional notwendige Zusatzausbildungen aufgesetzt werden sollen.

Jeder Rettungsschwimmer muss (europaweit) mindestens

tausch zwischen Vertretern der Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe (BAGEH) und dem European Resuscitation Council (ERC) unter dem Motto „BAGEH meets ERC“. Dem ERC konnte das Ausbildungssystem für die Erste Hilfe in der Bundesrepublik durch die Hilfsorganisationen ASB, DRK, JUH, MHD und DLRG näher gebracht werden und ein gegenseitiger intensiverer Informationsaustausch vereinbart werden.

Auch die Praktiker kamen auf ihre Kosten

Abgerundet wurde das Symposium von einem Themenblock zum Einsatz moderner



Interessierte Gäste aus Sri Lanka.

(Fotos: DLRG)

über eine Erste Hilfe Ausbildung (Basic Life Support) verfügen, die auch den Einsatz von Sauerstoff umfasst.

Die Ausbildung in Frühdefibrillation soll verstärkt in die Erste Hilfe- und Rettungsschwimmerausbildung eingebunden werden.

Eine einheitliche Signalgebung an allen bewachten Bädern wurde ebenso vorgestellt wie die Ergebnisse von Forschungsprojekten hinsichtlich der Definition einheitlicher Parameter zur Risikobewertung von Gewässern (Beach Risk Assessment).

Am Rande des Symposiums erfolgte ein Informationsaus-

tausch im Wasserrettungsdienst, bei dem die Praktiker auf ihre Kosten kamen. Referiert wurde zur Verwendung von Jet-Skis in der Wasserrettung am Beispiel Cuxhaven, der Verwendung leichter Schlauchboote in der Brandungsrettung am Beispiel Irlands, dem effektiven Einsatz von Kommunikationsmitteln in der Wasserrettung, dem Einsatz von Rettungshubschraubern in der Wasserrettung mit einem neu entwickelten Leichttauchgerät der bayerischen Feuerwehren sowie der Nutzung verschiedener Einsatzmittel für die Flächensuche unter Wasser.

Tag der offenen Tür

AKNZ stellt sich der Öffentlichkeit vor

von Nikolaus Stein

„Seit 50 Jahren besteht in Ahrweiler die zentrale Ausbildungsstätte des Bundes für die Aufgaben des Bevölkerungsschutzes, eine einmalige Einrichtung. Was 1953 in Marienthal als technische Ausbildung begann, das wird seit 1974 an der heutigen Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) auf Godeneltern fortgesetzt.

Inzwischen besuchen bis zu 10.000 Seminarteilnehmer jährlich unsere Seminarveranstaltungen. Sie kommen aus allen Bundesländern und zunehmend auch aus zahlreichen europäischen Staaten nach Ahrweiler an die Ramersbacher Straße.

Unseren Geburtstag möchten wir gern mit Ihnen gemeinsam mit einem bunten Programm feiern.“

Diese Einladung an die Bevölkerung lag im August/September in Bad Neuenahr-Ahrweiler und Umgebung vielerorts aus. Bei strahlendem Son-



Technik und Ausstattung des Zivilschutz-Hubschraubers fanden ebenso reges Interesse wie das Selbsthilfe-Quiz und die punktgenaue Landungen der Fallschirmspringer des BGS.

nenschein und tropischen Temperaturen ließen sich dann am 20. September auch zahlreiche Bürger nicht zweimal bitten und machten teilweise aus dem Besuch einen Familienausflug.

Und in der Tat, das versprochene bunte Programm bot für viele Interessen etwas: angefangen bei Fallschirmabsprüngen und Nahkampfvorführungen von Beamten des Bundesgrenzschutzes oder Vorführungen der Einsatz- und Leistungsfähigkeit von Feuerwehr, THW und Hilfsorganisationen über moderne Führungstechnik, Rettungs-

Aus- und Weiterbildung



Aufbau und Organisation eines Flüchtlingslagers führte das Deutsche Rote Kreuz vor.



Programm für Groß und Klein: diese Zuschauer beobachten die Vorführung einer Rettunghundestaffel.



Diese Gruppe der THW-Jugend demonstrierte ihr Können bei der Bergung eines Verletzten aus der Höhe.

hubschrauber und Fernmeldeeinrichtungen bis hin zu Rettunghundestaffeln und einer großangelegten Einsatzübung mit Behandlungsplatz für den Massenansturm von Verletzten gab es überall Sehens- und Staunenswertes. Eine Kletterwand und ein Selbsthilfequiz boten den Besuchern die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden und ihren Kenntnisstand zu überprüfen.

Da auch für das leibliche Wohl der Besucher bestens ge-

sorgt war und die Veranstaltung insgesamt glänzend organisiert war, hat dieser Tag der offenen Tür sicher mitgeholfen, das Interesse für die Belange des Zivil- und Katastrophenschutzes zu wecken und eine Einrichtung wie die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern.



Publikumswirksame
Dynamik:
Nahkampfvorführung
des BGS.

(Fotos:
Elbracht/Stein)

Gute Ansätze für E-Learning

Eine Zwischenbilanz

Von Klaus H. Fehlrlage

Was ist E-Learning - und was bringt es?

„E-Learning findet statt, wenn Lernprozesse in Szenarien ablaufen in denen gezielt multimediale und (tele)kommunikative Technologien integriert sind.“ So ein einschlägiges Fachlexikon (Seufert/Mayr: Fachlexikon E-Learning).

E-Learning individualisiert das Lernen für jeden Einzelnen: ehrenamtliche Helfer, Ausbilder oder Führungskraft. Selbstbestimmt lassen sich Vorbildung, Lerntyp und Lerngeschwindigkeit berücksichtigen.

Flexibel sind Lernzeit und Lernort optimal wählbar. Eingebunden in soziale Lernprozesse mit anderen Lernenden und kombiniert mit

klassischen Präsenzphasen, betreutem Lernen in virtuellen Klassenräumen und unterstützt von Teletutoren findet E-Learning hohe Akzeptanz. Durch eine intensive Selbstkontrolle der Lernergebnisse sichert E-Learning spielerisch ohne Lerndruck, Tests und Kontrolle den Erfolg.

Die intelligente Kombination mit traditionellen einsatznahen Arbeitsformen (Übungen, Workshops) und die Vernetzung der E-Learning-Module über Wissensmanagement-Portale (z. B. THW-in) ermöglichen darüber hinaus eine hohe Transferleistung in die Einsatzpraxis.

„Lernen ist wie rudern gegen den Strom – wer aufhört zu rudern, treibt zurück“

Die Zeitspanne, in der einmal erworbenes Wissen genutzt werden kann, wird immer kürzer. Gleichzeitig nimmt die Menge der angebotenen Informationen ständig zu. Insbesondere wissenschaftliche und technologische Informationen verdoppeln sich heute fast jährlich.

Um mit der Entwicklung Schritt halten zu können, sind neue Konzepte und Strategien des Lernens gefragt. Die früher und zum Teil auch heute noch typischen Lebensmodelle mit einer mehrjährigen Lernphase in Schule und Berufsausbildung, gefolgt von einer langen Anwendungsphase des einmal erworbenen Wissens im Arbeitsleben, sind heute in den meisten Berufsfeldern überholt.

Permanentes Lernen und häufiger Wechsel der Aufga-

ben oder des Berufs sind heute vielmehr die Merkmale des Arbeitslebens, denn nur Lernen und konkretes Anwenden erzeugen oder erweitern Wissen.

Dabei haben die Möglichkeiten der Vernetzung und der Nutzung des Internets Bewegung in die Entwicklung neuer Selbstlernkonzepte gebracht und die technischen Voraussetzungen geschaffen für arbeitsplatznahes, selbstgesteuertes und praxisbezogenes Lernen „just in time“.

Aber: Neue Technologien allein sind keine Selbstläufer. In Unternehmen, Organisationen und Bildungseinrichtungen müssen die organisatorischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen entwickelt werden, in der die permanente Weiterentwicklung von Qualifikationen und neue, flexible Formen des Lernens im Mittelpunkt stehen. Interne Strukturen müssen so angepasst werden, dass das Ler-

nen Einzelner zielgerichtet und eigenständig möglich ist und ein durchgängiger Informationsfluss, nach innen wie nach außen, entstehen kann.

Hilfsorganisationen prüfen Einsatz von E-Learning in der Ausbildung

Es ist daher nur konsequent, dass auch bei den verschiedenen Hilfsorganisationen im Zivil- und Katastrophenschutz gegenwärtig strukturelle, personelle und materielle Weiterentwicklungen des Ausbildungsangebots und der Einsatz von Informationstechnologie für den Informations- und Wissensaustausch überlegt werden.

Die in diesem Bericht zu Grunde liegenden Arbeiten wurden im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Die Auftraggeberin übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter.

Aus- und Weiterbildung

Die Basis für die Einsatzfähigkeit aller Hilfsorganisationen stellt das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitglieder dar. Um auch künftig den gestiegenen Anforderungen (Flutkatastrophen, Terroranschläge etc.) gerecht werden zu können, muss eine flexible und besonders leistungsfähige Ausbildung geboten werden. Denn: Die ausreichende Anzahl motivierter und gut ausgebildeter ehrenamtlicher Helfer ist für die Einsatzfähigkeit eine entscheidende Größe.

Für die Ausbildung der Helfer steht jedoch immer weniger Zeit zur Verfügung. Die Helfer stellen höhere Anforderungen an die Qualität und die Effizienz

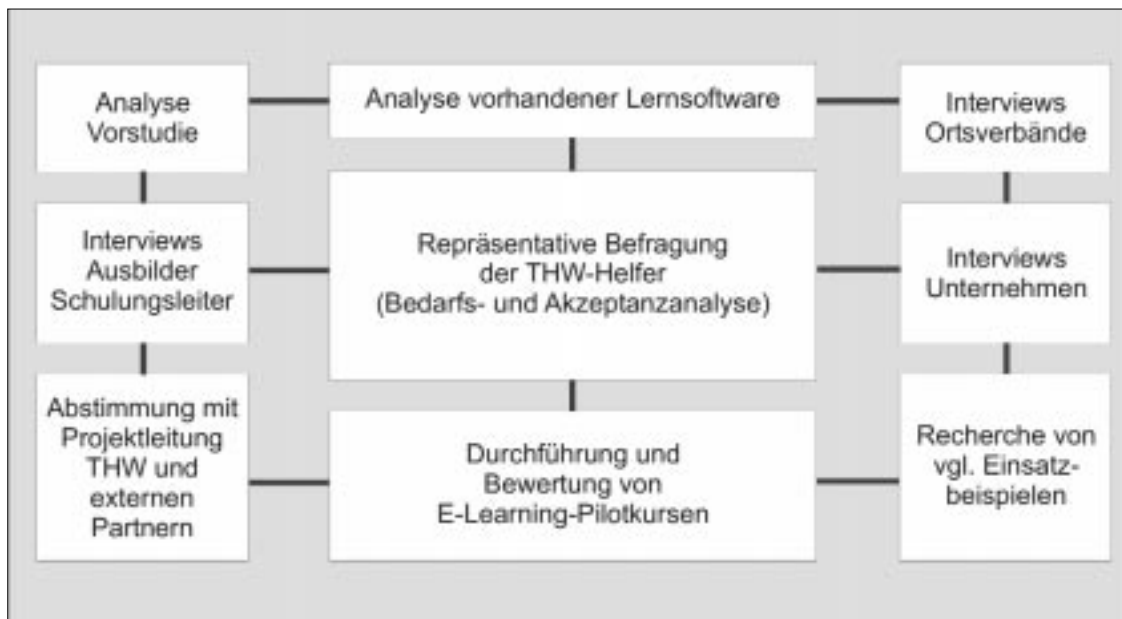
zur Akzeptanz- und Effektivitätssteigerung der Ausbildung im THW“ einen deutlichen Impuls erhalten hat. Diese Vorstudie der Universität Stuttgart, Institut für Berufs-, Wirtschafts- und Technikpädagogik, sollte die Möglichkeiten und Risiken des Einsatzes von PC-unterstützten Lernverfahren zur Ergänzung des Lehrgangsangebots am Beispiel des THW aufzeigen, die dafür anfallenden Kosten transparenter machen und Möglichkeiten der Akzeptanzverbesserung durch multimediale und interaktive Angebote aufzeigen.

Die Vorstudie veranschaulicht die Bedeutung der Nut-

senschaftliche Untersuchung der Potenziale und der Akzeptanz für PC-gestützte Lernformen in Hilfsorganisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes und in der Führungsebene gefordert ist.

Breite Untersuchung der Potenziale und Akzeptanz von E-Learning

Vor diesem Hintergrund wurde die Kommunikation & Wirtschaft GmbH (K&W), Oldenburg, im Rahmen einer Ausschreibung aus einer Vielzahl von Bewerbern für ein Folgeprojekt ausgewählt. Aufgrund der langjährigen Erfahrungen von K&W im E-Lear-



Modell für einen multi-perspektivischen Auswertungsansatz.

enz der Ausbildung. Sie erwarten den Einsatz moderner Netz- und Multimediatechnologien und den Einsatz neuer Medientechnik sowie interaktiver Lernsoftware in der Ausbildung. Lernen soll auch Spaß machen, die Effektivität steigern und bei Helferinnen und Helfern mehr Akzeptanz erzeugen.

So ist der Hintergrund des Forschungsvorhabens zu beschreiben, der bereits durch die Diskussion einer „Vorstudie für die Entwicklung PC-unterstützter Lernverfahren

zung PC-unterstützter Lernverfahren in der Ausbildung des Zivil- und Katastrophenschutzes. Sie hat die Diskussion in den THW-internen Fachkreisen belebt und die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema beschleunigt. Aber: Der Einsatz neuer Technologien kann die bestehenden Ausbildungsmöglichkeiten nur in Teilen unterstützen und ergänzen, nicht aber ersetzen oder gar ablösen!

Die Auswertungsergebnisse der Vorstudie unterstreichen deutlich, dass eine breite, wis-

ning-Markt und den speziellen Erfahrungen mit Zielgruppenanalysen und Evaluationen, wurde von K&W und seinem E-Learning-Competence-Center erwartet, dass eindeutige Erkenntnisse hinsichtlich der Akzeptanz und der Handhabung zukünftiger Ausbildungsprogramme bei ehrenamtlichen Helfern gewonnen werden und schlüssige Aussagen zu einer konkreten Verbesserung der Ausbildung und der Akzeptanz interaktiver Ausbildungsprogramme im Katastrophenschutz getroffen werden.

Aus- und Weiterbildung

Am Beispiel des THW wurde die Fragestellung analysiert und konkretisiert:

- Bietet PC-unterstütztes Lernen aus Sicht der THW-Helferschaft eine Ergänzung/Alternative zur klassischen Präsenzschiulung? Welche Nutzungsrate ist zu erwarten? Welche THW-Helfer würden solche Ausbildungsangebote nutzen? Wie lassen sie sich näher beschreiben, z. B.

- Welche organisatorischen Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, um das Ausbildungsangebot des THW um PC-unterstützte Ausbildungsmaßnahmen zu erweitern? Welche Konsequenzen entstehen auf Sei-

den Einsatz von PC-unterstützten Lernverfahren in der Ausbildung des Zivil- und Katastrophenschutzes zulässt.

Eine Orientierungsgrundlage entsteht - Kursmodelle werden geprüft

Dazu wurde zunächst in Gesprächen mit der Projektleitung und der projektbegleitenden Arbeitsgruppe, in der Vertreter anderer Hilfsorganisatio-



Die Leiter der Bundesschulen aus Neuhausen und Hoya, Vertreter der Arbeitsgruppe Ausbildungs-Neukonzeption und das K&W-Projektteam in Oldenburg verknüpfen die parallelen Arbeitsaufgaben.

Lernmotivation, technische Ausstattung?

- Welche THW-Lerninhalte können mithilfe PC-unterstützter Ausbildungsmaßnahmen vermittelt werden? Wie müssen PC-unterstützte Ausbildungsmaßnahmen für das THW aufgebaut und gestaltet sein? Wie kann das derzeitige Ausbildungsniveau hinsichtlich Qualität und Lernbereitschaft auch bei PC-unterstütztem Lernen erreicht bzw. eventuell sogar gesteigert werden?
- Eignen sich die Ausbildungen in den Bundesschulen und auf Standortebeue gleichermaßen für die Anwendung PC-unterstützter Aus-

ten der Lerner, der Ausbilder und des THW (z. B. Rollenverständnis der Ausbilder, Selbstlern- und Medienkompetenz beim Lerner, Umstellung der Ausbildungsabläufe)? Mit welchem finanziellen und zeitlichen Rahmen ist zu rechnen? Wie sollte eine Einführung von PC-unterstützten Ausbildungsmaßnahmen aussehen?

Zur Erreichung der vorgegebenen Zielsetzung hat K&W einen ganzen Fächer an Einzelzielsetzungen erarbeitet, der für die Entscheider der Hilfsorganisationen eine Auswertung und Beratung der Ergebnisse, eine Entscheidung über

nen (Feuerwehr, AKMZ, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanner-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst, DLRG) mitarbeiten, eine differenzierte Orientierungsgrundlage geschaffen und ermittelt, ob und wo sich im Bereich der Hilfsorganisationen bereits Ansätze oder Pilotvorhaben auffinden lassen, um ggf. mehr Breite in die Erprobungsphase zu bringen und „Räder nicht neu erfinden zu müssen“.

Um die genannte Zielsetzung zu erreichen, entwickelte K&W einen multi-perspektivischen Analyseansatz:

Bereits vorhandene Selbstlernprogramme wurden durch Expertenbeurteilung einem

Qualitätstest unterzogen. Dabei wurden die softwareergonomischen Kriterien bei der Gestaltung der Benutzeroberfläche, der Informationsdarstellung und die Dialoggestaltung (nach DIN EN ISO 9241) begutachtet.

Während sich das Programmfragment „Basisausbildung Führungskräfte“ als nicht ausreichend für eine weitere Evaluation im Rahmen der Forschungsarbeit darstellte, wird das Programm „THW interaktiv“ in einem weiteren Analyseschritt auf seine pädagogisch-didaktischen Aspekte geprüft. Neben mehreren fachlichen und fachdidaktischen Aspekten und der Mediendidaktik sind dies mit der Projektleitung in Bezug auf Zielsetzung, Inhalt und Zielgruppe festgelegte Kriterien wie: starker Praxisbezug, hohe Transferleistung, individuelle Lernkontrolle etc. An einer ausgewählten Zahl von Testpersonen wird die Programmqualität überprüft.

Für die weitere Erprobung wird ein Selbstlernprogramm zum Thema „Führung als Prozess“ produziert. Zusätzlich zur Theorievermittlung des „Führungsmodells“ und der „Lagefeststellung“ werden in dem Konzept klare Übergänge zur praktischen Anwendung geschaffen. Dabei bauen die geschlossenen Lerneinheiten aufeinander auf (Einführung, Vermittlung, Vertiefung, Simulation). Durch anschauliche Visualisierung, parallel angelegte Wahrnehmungsebenen (Text, Bild/Grafik, Ton) und vor allem starken Bezug zur THW-Praxis sowie durch Interaktivität und Selbstlernkontrollen (z. B. durch ein strukturiertes Planspielszenario) werden die Lerner aktiviert. Eingebettet in einen klassischen Lehrgang an einer Bundesschule wird der Testlehrgang evaluiert.

Aber auch für die Führungskräfte des THW werden gemeinsam mit dem Deutschen Beamtenbund bereits E-Learning-Module zum Themenbereich „Managementtechniken“

in Pilotkursen bis Ende des Jahres erprobt. K&W ist in die Auswertung der Lernergebnisse und Erfahrungen der Teilnehmer und Ausbilder/Tutoren eingebunden, um Rückschlüsse zur Einsatzplanung unmittelbar in das Forschungsvorhaben einzubeziehen.

Zielgruppenanalyse und Akzeptanzuntersuchungen - Entscheidender Erfolgsfaktor

Entscheidend zur Erreichung der Projektzielsetzung ist die genaue Kenntnis über Merkmale der Zielgruppe, wie z. B. soziodemografische Zusammensetzung, Lernmotivation etc. und die Einstellung der Zielgruppe gegenüber PC-unterstützten Lernverfahren, um Rückschlüsse auf eine zukünftige Nutzung entsprechender Ausbildungsangebote beim THW ziehen zu können.

Zur qualitativen Erfassung von Zielgruppenmerkmalen wurden fallstudienartig einzelne THW-Helfer, zukünftige Führungskräfte, aber auch Ortsbeauftragte, Gruppenführer in mehreren Ortsverbänden befragt*. Ziel war es, Aussagen über persönliche Eindrücke, Erfahrungen, Einschätzungen, Probleme etc. beim Einsatz von PC-unterstützten Lernformen zu erhalten und diese intensiv mit den Befragten zu erörtern. Als Erhebungsmethode wurde das Leitfadeninterview angewendet.

Überwiegend positive Ansätze

Als Zwischenbilanz können aus der qualitativen Auswertung überwiegend positive Ansätze für E-Learning gewonnen werden. Von THW-Helfern und Ausbildern wird E-Learning als sinnvolle Ergänzung der Ausbildung gesehen. Eine sinnvolle Nutzung von E-Learning wird von den Helfern unterstützt (z. B. zur Theorievermittlung) oder nachbereitend zur klassischen Ausbil-

dung (Wiederholungen etc.) gesehen. Deutliche Vorteile werden bei der Veranschaulichung, beim Lernen zuhause und der Berücksichtigung des individuellen Lerntempos gesehen. Aber auch Befürchtungen werden geäußert, dass nicht alle Helfer über ausreichende PC-Kenntnisse verfügen oder nicht die Selbstdisziplin aufbringen, über mehrere Lernstunden eigenverantwortlich das Selbstlernen mit multimedialen Lernprogrammen durchzuhalten. Bedenken sehen die Helfer darin, dass E-Learning den bisherigen sehr guten Austausch untereinander in der Ausbildung gefährden könnte. Insgesamt wird ein deutlicher Verbesserungsbedarf beim Ausbildungsbedarf und der Koordination gesehen. Auch die Ausbilder sehen die Problematik der Motivation in Selbstlernverfahren und der fehlenden durchgängigen technischen Ausstattung für E-Learning. Sie sehen jedoch gleichfalls gute Nutzungsmöglichkeiten für E-Learning, z. B. zur Lehrgangsvorbereitung von praktischer Ausbildung oder als begleitendes Medium im Unterricht sowie für die Kombination von Praxis-/Präsenzs Schulungen mit E-Learning. Die Ausbilder sind darüber hinaus bereit, sich aktiv an der Einführung und Umsetzung von E-Learning in die Helfer-Ausbildung zum Beispiel als Tutor oder Autor zu beteiligen.

Um aussagefähige (wissenschaftlich valide und objektive) Ergebnisse zu erhalten, muss jedoch - aufbauend auf den Ergebnissen der Interviews - eine repräsentative Erfassung der Zielgruppenmerkmale durch eine breite Befragung der THW-Helfer erfolgen. Eine bundesweite Befragung bei 22 zufällig ausgewählten Ortsverbänden mit ca. 1.300 Helfern ist bereits eingeleitet.

* Für die Unterstützung des Forschungsvorhabens bedanken wir uns besonders bei den Ortsverbänden Bremen Ost, Wilhelmshaven, Oldenburg, Wardenburg und Varel.

Aus- und Weiterbildung

Mit Hilfe der repräsentativen Akzeptanzuntersuchung wird die Einstellung der THW-Helfer gegenüber kombinierten Ausbildungsmaßnahmen (Selbstlernen am PC und Präsenzphase) beim THW ermittelt. Zusätzlich wird eine detaillierte Beschreibung der

mit Ausbildungsverantwortlichen verschiedener Ebenen geführt.

Aufgrund des Umstands, dass bereits eine interne „Arbeitsgruppe Ausbildungs-Neukonzeption“ an der Neuausrichtung der Ausbildung beim THW seit Sommer 2002 arbei-

die Orientierung deutlich, das THW auch unter zukünftigen von Freiwilligkeit bestimmten Bedingungen für junge Menschen attraktiv zu gestalten. In der Neukonzeption wird die Notwendigkeit PC-unterstützte Lernformen einzusetzen, bereits berücksichtigt.

Daher wird mit Nachdruck daran gearbeitet, die Ergebnisse des Forschungsvorhabens mit den bereits laufenden Planungen beim THW zu verzahnen. Der bisher erreichte Dialog hat eine hohe Qualität. Die umfassende Befragung der Helfer, die Interviews mit Ausbildern und Verantwortlichen Organisationsebenen binden die Mitarbeiter des THW mit ein und machen so aus Betroffenen Beteiligte. Mit dem Forschungsvorhaben wird so allen eine breite Datenbasis und eine plausible sachliche Fundierung zugleich für ein Ausbildungskonzept geschaffen, das E-Learning in die Ausbildung der Hilfsorganisationen integrieren kann. Flexibilitäts- und Qualitätsvorteile werden mittelfristig mit einer nachhaltigen Kostensenkung verbunden. Zugleich können auch Motivation und Akzeptanz der Helfer gesteigert werden, wenn durch E-Learning eine bessere Vereinbarkeit der Ausbildung mit familiären und beruflichen Erfordernissen gelingt oder sich der Nutzen der Ausbildung auch privat oder beruflich besser verwerten lässt. Durch die deutliche Ausrichtung der Ausbildung auf Anwendungs-, Handlungsorientierung und Einsatzperspektiven wird mit multimedialen E-Learning-Programmen eine höhere Attraktivität der Ausbildung, von Motivation und Identifikation der Helfer mit der jeweiligen Hilfsorganisation erreicht. Damit werden insgesamt gute Ansätze für E-Learning in der bisherigen Analyse sichtbar.



Zur qualitativen Erfassung von Zielgruppenmerkmalen wurden fallstudienartig einzelne THW-Helfer, zukünftige Führungskräfte, aber auch Ortsbeauftragte und Gruppenführer in mehreren Ortsverbänden befragt. (Fotos/Grafik: K&W-Projektteam)

Zielgruppe (potenzielle Anwender von E-Learning) und wichtiger Planungskriterien (wie Zugang zur technischen Ausstattung, Lernbereitschaft in der Freizeit, Medienkompetenz etc.) geleistet. Daraus werden Empfehlungen abgeleitet, in welchem Umfang kombinierte Ausbildungsmaßnahmen mit E-Learning-Anteilen oder eigenständige Selbstlernangebote gemacht werden können und welche Lernszenarien sich anbieten.

Analyse der organisatorischen Rahmenbedingungen der Ausbildung beim THW

Um die Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Einsatz von Selbstlernmedien grundlegend zu erfassen, wurden neben der Dokumentenanalyse von Vorschriften, Lehrplänen und Schulungsmaßnahmen vor allem das Gespräch

tet, wurde versucht, die Relevanz dieser Arbeitsergebnisse für die konzeptionellen Aufgaben im Rahmen des Forschungsvorhabens auszuwerten.

Um das in der Dokumentenanalyse erworbene Verständnis für die THW-Ausbildungssituation und Ausbildungsrealität zu überprüfen und zu schärfen, wurden mehrere Gespräche mit der Projektleitung, der internen Arbeitsgruppe, den Schulleitern der Bundesschulen Neuhausen und Hoya sowie mit Ausbildungsverantwortlichen, Lehrkräften und Ausbildungsreferenten geführt. Dabei wurde deutlich, dass die zukünftige Ausbildungssituation des THW tiefgreifende Änderungen erfahren wird.

Mit den Leitzielen, Ausbildung für die Helfer im THW flexibler zu gestalten, Ausbildung insbesondere der Führungskräfte zeitlich zu straffen und Kosten zu senken, wird

Einsatzübungen am Computer

Wie die Feuerwehren virtuell löschen wollen

von Jochen Maaß

Hochwasser, Sturm, Großveranstaltungen, Gefahrstoffe – die Anforderungen an einen funktionierenden Bevölkerungs- und Katastrophenschutz wachsen. Landräte, Bürgermeister und Dezernenten sehen sich immer häufiger mit für sie neuen Forderungen der Feuerwehren und der Hilfsorganisationen konfrontiert. So entsteht ein flächendeckendes System von „heißen“ Übungsanlagen für die Feuerwehren. Früher wurden einmal im Monat auf dem Kirmesplatz die Schläuche ausgerollt. Die Zeiten sind vorbei. Bei (fast) jedem Brand muss Atemschutz getragen werden, was körperlich sehr anstrengend ist und bis zur sicheren Beherrschung geübt wird. Wärmegewöhnung und das Erlernen von Strahlrohrtechniken zur Beherrschung der Rauchdurchzündung (Flash-Over) gehen nur mit richtigem Feuer. Während die Kommunen noch auf der Suche nach dem dafür notwendigen Geld sind, kommt bereits die nächste Notwendigkeit: Training von Gruppen- und Zugführern in virtuellen Übungsanlagen, sprich durch Computersimulation. Diese Führungskräfte kommandieren im Einsatz je nach Organisation zwischen etwa zehn und einhundert Einsatzkräfte. Die Mannschaften müssen zum Training verfügbar sein, was sehr aufwändig ist. Doch es geht auch anders, eben durch Computersimulation. Dabei kann eine bestimmte Situation so lange wiederholt (und auf verschiedene Weise bewältigt) werden, bis der Übende die

„optimale“ Durchführung erlernt hat. In anderen Bereichen mit Gefahr ist das Training am Computer seit Jahren üblich: Piloten gehen in den Flugsimulator, Techniker der Schaltzentralen von Kraftwerken und Chemieunternehmen üben am Computer das Verhalten bei Störfällen und Polizisten trainieren schwierige Situationen im „Schießkino“. Die elektronische Ausbildung begann dort bereits als noch sehr teure Hochleistungsrech-

de die Simulation bislang fast nur in den Leitstellen eingesetzt. Die Anbieter von Leitstellensystemen schufen für ihre komplexen Anlagen einen Übungsmodus, damit neue Disponenten angelehrt werden können ohne direkt die gesamte Gefahrenabwehr durch Probealarme durcheinander zu bringen.

Wozu kann die inzwischen verfügbare Technik genutzt werden? Einsatz- und Führungskräfte brauchen



Der Ausbilder, hier Projektleiter Brandoberrat Carl-Werner Schmidt, wählt das Übungsszenario aus. Veränderlich sind u.a. Lichtverhältnisse (Tag/Nacht), Wetterverhältnisse (Sonne, Regen, Nebel), die Anzahl der zu rettenden Menschen und ihre Verletzungen.

ner dafür benötigt wurden. Heute wird für Simulationen im Wesentlichen der Computer gebraucht, mit dem die Kinder zuhause ihre Spiele im so genannten 3-D-Format abspielen lassen. Bei den Feuerwehren, im Rettungsdienst und Katastrophenschutz wur-

Übungsmöglichkeiten zur Steigerung der Lernwirksamkeit, der verbesserten Umsetzung von theoretischem Wissen in praktisches Handeln. Der „taktische Regelkreis“ lässt sich im wirklichen Einsatz nicht durch Auswendiglernen umsetzen. Wegen des bereits geschilder-

Aus- und Weiterbildung

ten Personalaufwandes bleiben die Übungen deshalb auf das sensomotorische Training der Mannschaften beschränkt, auch bleiben die Szenarien fast

macht? Die beschriebenen Führungsdefizite wurden nach dem Hochwasser im vergangenen Jahr vielfältig beschrieben. Benötigt wird also eine neue

Sie umfasst alle Wunden, Verletzungen und Erkrankungen, die bei Einsätzen auftreten können (verschiedene Patienten). Die Übungsleiter können Kategorien zur Einteilung der Patienten nach der Schwere ihrer Verletzungen definieren. ITLS basiert in erster Linie auf den NATO Medical Support Principles and Policies (MC 326/1). Dazu gehören

- Die "Principles of Battlefield Advance Trauma Life Support (BATLS), ATLSO und PHTLS
- die NATO Medical Support Principles and Procedures nach COMEDS
- die Standard Agreements (STANAGs) der NATO.

Die angehenden Notärzte oder Leitenden Notärzte können somit im Lehrgang wiederkehrend üben



So sieht der Übende die Einsatzstelle zuerst. Wie bei einem echten Einsatz steht das Löschfahrzeug am Straßenrand. Der Gruppenführer geht zur Erkundung vor, dabei begegnet ihm ein Zeuge oder Geflüchteter.

immer im Bereich der üben Organisation. Andere Fachdienste müssen sich die Übungen vorstellen. Fachleute sind sich darüber einig, dass die Führungskräfte intensiver den Entscheidungsprozess (taktischer Regelkreis) üben müssen. Dazu gehört, dass auch mehrere Varianten durchgespielt werden und dass auch andere Fachdienste (Polizei, Feuerwehr, Rettungs- und Sanitäts- und Bergungsdienst) einbezogen werden müssen. Nur so kann die beste Lösung erkannt werden. Bei so genannten Stabsrahmenübungen wird das Zusammenspiel eines Stabes, jedoch nicht die einzelne Führungskraft trainiert. Ausserdem ist es stets sehr schwierig eine detaillierte Auswertung vorzunehmen. Wegen des Aufwandes unterbleibt bei Schulungen von Notärzten und Leitenden Notärzten die realistische Unfalldarstellung mit Mimen zum Erlernen der Triage. Der Ernstfall wird dann für alle direkt auch zur Übung für den nächsten Einsatz - doch wer möchte schon von jemandem operiert werden, der das zum ersten Mal

Art des Trainings, die mit wenig Aufwand und letztendlich geringen Kosten funktioniert. Hier hilft die Computersimulation:

Dem Programm ITLS (Interactive Trauma Life Support) liegt eine VictimBase-Daten-

- Situationsbeurteilung, Behandlung und Stabilisierung,
- Einteilen der Patienten nach der Schwere ihrer Verletzungen bei normalen und bei Massenszenarien,
- Evakuierung,
- Patienten-Management.



Simulierter Gefahrstoffunfall im Güterbahnhof.

bank zugrunde, die momentan etwa 1000 Patientenmodelle in den unterschiedlichsten Gesundheitszuständen enthält.

DiaboloVR ist ein 3-dimensionales Trainingsprogramm, mit dem in einer realistischen Umgebung gelernt werden

Aus- und Weiterbildung

kann, Vorfälle zu beurteilen und die Vorgehensweise zu üben.

Standardsituationen sind: Ein umgekippter LKW mit chemisch brennbaren Stoffen, ein Unfall in einem Tunnel, eine einstürzende Fabrikhalle und ein Feuer innerhalb eines Betriebs, eine Explosion in einer belebten Innenstadt. „Wichtig ist, dass die Perspektive der Computersimulation viel realistischer ist als im Planspiel“, sagt Winfried Glass, Sachverständiger für Bevölkerungsschutz, Notfallvorsorge und Gefahrenabwehr. Er beschäftigt sich in seinen Fachbüchern „Übungshandbuch für Katastrophenschutz-Einheiten“ und „Katastrophenschutz: Handbuch für EDV-gestützte Übung“ intensiv mit den Fragen der Wissens- und Fähigkeitsvermittlung. Beim bisher üblichen Planspiel mit Modellen wird jede Situation vom Übenden aus der Vogelperspektive betrachtet. Auf dem Bildschirm wird jedoch die realistische Sicht dargestellt, zum Beispiel neben dem Rettungswagen stehend oder auf der Böschung der Autobahn. Wie im wirklichen Le-

rio, durch Tastendruck werden auftauchende Türen von Fahrzeugen oder Gebäuden geöffnet und der Blick auf dahinter liegendes frei. Der Übende kommuniziert mit virtuellen

plett ersetzen wird“. Die noch junge Firma sitzt in Delft. Durch die Nähe zur Hochschule, an der u.a. die Führungskräfte der Feuerwehren studieren, entstanden erste



Verkehrsunfall mit Verletzten.

Opfern, Helfern und anderen wichtigen Beteiligten. Verkehrsgeräusche, knisternde Flammen, Hilferufe, Schmerzáußerungen und vieles andere kann eingeblendet werden. Steven Lohmann von der nieder-

Szenarien für den Katastrophenschutz. Selbst dargestellte Fahrzeugwracks wurden von Gutachtern der niederländischen Polizei und des International Center for Emergency Techniques (ICET) überprüft und als geeignet befunden. Durch die Beratung von Praktikern konnten viele für die Praxis wichtige Punkte berücksichtigt werden:

- Die einzelnen Elemente können laufend verändert werden. Opfer oder Helfer können laufen, stehen oder sich auf verschiedene Arten (kriechen, humpeln, rennen) von einem Punkt zum anderen bewegen.
- Die virtuelle Situation verändert sich im Laufe der Zeit und durch die Aktionen des Übenden. Klickt der Sanitäter z.B. den Feuerlöscher seines Rettungswagens und dann das brennende Auto an, wird gelöscht – sonst wird der Brand größer.
- Es können auch „Fallen“ eingebaut werden: So kann sich plötzlich ein Airbag auslösen, wenn der übende Helfer ein eingeklemmtes



Pkw im Wasser, Kühe an der Einsatzstelle.

ben bleiben dem Erkunder viele Dinge verborgen. Mit einem so genannten Joystick bewegt sich der Erkunder in allen Richtungen durch das Szenario

ländischen Firma E\Semble ist deshalb sicher, dass „Virtual Reality das herkömmliche Planspiel mindestens ergänzt, in vielen Bereichen sogar kom-



Aus- und Weiterbildung

Opfer unprofessionell anfasst.

- Die Software speichert alle Aktionen und den Weg des Helfers durch das Szenario.

Es gibt bereits ausgearbeitete Szenarien. Der Ausbilder wählt zunächst Übungslandschaft oder das Gelände (Autobahnabschnitte, Bahnübergänge, Plätze in großen Städten oder Tunnelanlagen) aus.



Autobahnunfall, Erkundung der Einsatzstelle durch Rettungswagen-Team.

Er gestaltet dann die Details, indem er mit der „drag and drop“-Funktion bewegliche Opfer, Retter, Fahrzeuge und andere Elemente anklickt und auf das Szenario zieht. Damit alles möglichst realistisch ist, können Fahrzeugdesign und Uniformen „wie daheim“ aussehen. Je nach Umfang der Ausstattung beginnt die Investition bei 2.500 Euro und geht bis etwa 12.500 Euro.

Es können spezielle Programme entwickelt werden. Besondere Gebäude, im Bereich liegende Tunnelanlagen, Bahnhöfe und Flughäfen können als Szenario eingerichtet werden. Wie teuer das für den Besteller ist, hängt von seinem eigenen Beitrag ab. Für viele moderne Bauten besitzen die Architekten ohnehin 3-D-Animationen. Diese sind in der Regel verwendbar und werden dann nur weiter bearbeitet. Teurer wird es, wenn eine Serie

spezieller Luftbilder erstellt werden muss, um eine Geländestruktur aufzunehmen. Die Preisbreite liegt deshalb zwischen 25.000 und 100.000 Euro.

Die Kosten hängen von den Übungsmöglichkeiten ab: In der einfachsten Ausstattung kann ein Teilnehmer vom Ausbilder kontrolliert üben. Das entspricht der Umsetzung des üblichen Planspiels auf den

Computer. Die anderen Kursteilnehmer können dann mit Videoprojektor-Darstellung einbezogen werden und dem Beispiel folgen.

Möglich ist jedoch auch, dass zehn Übende mit vernetzten Computern arbeiten und unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen haben. Jeder hat seine eigene Perspektive auf dem Bildschirm, der Ausbilder betrachtet alle aus der Vogelperspektive. Das Programm speichert alle Aktionen, die einzeln ausgewertet und im Lehrgang besprochen werden können. Die Observer-Video-Software analysiert die Daten und erstellt Statistiken über das Verhalten des oder der Übenden innerhalb des Szenarios. Die Kursteilnehmer können sich die Übungen aus verschiedenen Kamerapositionen noch einmal ansehen, um die Wirkung ihrer eigenen Aktionen besser zu erkennen.

Für die Ausbildungsstätten liegen weitere Möglichkeiten im System. Da alle Übungen gespeichert sind, ergibt sich ein Überblick über die gesamte Ausbildung. Es kann analysiert werden, welche Fehler in den letzten 10, 20 oder 30 Lehrgängen immer wieder gemacht wurden. Das deckt Schwächen in den Unterrichten oder Unterlagen auf, die dann beseitigt werden können.

In zwei Jahren ist eine Internet-Plattform geplant, von der Standard-Übungslagen heruntergeladen werden können. Bildungsstätten, die zusammenarbeiten, können mittels Email den Austausch von Szenarien betreiben.

Die Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz (LFKS) in Koblenz nutzt DiaboloVR bei der Ausbildung der Gruppen- und Zugführer der Feuerwehr als erste deutsche Einrichtung. Die Kosten sowie die Pflege und Weiterentwicklung der Übungsszenarien legen es nahe, die Computersimulation auf Landes- oder Regionalebene in einer Organisation einzuführen. An den Ausbildungseinrichtungen können die Lizenzen quasi stationär und ehrenamtfreundlich auch mit einer mobilen Ausrüstung vor Ort eingesetzt werden. Bildungsstätten, die zusammenarbeiten, können mittels Email oder Datenträger den Austausch von Szenarien betreiben.

Information zur Verwendung der Computersimulation in Koblenz unter www.lfks-rlp.de.

Zum Programm und den Szenarien www.e-semble.com.

Über das Atemschutztraining wurde unter Führung der Feuerwehr Mönchengladbach ein Videolehrfilm erstellt. Das Video kann auf der Internetseite www.feuerwehr-mg.de bestellt werden. Der Reinerlös geht an Dolphin-Aid, eine Stiftung für verhaltensgestörte Kinder, denen durch eine Schwimmtherapie mit Delfinen geholfen werden kann.

Alarm auf dem Nachttisch

Feldversuch zur Nutzung des Langwellenfunks DCF 77

von Jürgen Schulz, ZfZ

„Alarm auf dem Nachttisch“, „Funkwecker geben Katastrophenalarm“, nur zwei Schlagzeilen, die das Interesse der Bevölkerung und viele Fragen nach dem Hintergrund der Aktivitäten des Bundes im Bereich der Bevölkerungswarnung weckten. Was steckt dahinter?

Seit 2001 wird in Deutschland ein neues satellitengestütztes Warnsystem (SatWaS) zur Warnung der Bevölkerung betrieben. Dieses System verbreitet Warnmeldungen über Satellit an die Rundfunkanstalten und andere Medienbetreiber.



Funk-Tischwecker.

Allerdings, nur wer gerade Radio hört, fern sieht oder im Internet surft kann diese Warnmeldungen empfangen. Um diese Lücke zu schließen, hat das Bundesministerium des Innern die Zentralstelle für Zivilschutz beauftragt, nach vorhandenen TK- Systemen zu suchen, die für die Warnung der Bevölkerung mitbenutzt

werden und einen Weckeffekt sicherstellen können.

Ein Ergebnis dieser Untersuchungen ist der Vorschlag, die fast in jedem Haushalt aber auch in der Industrie und bei



Funk-Armbanduhr.

Energieversorgern vorhandenen Funkuhren zukünftig für die Warnung mitzubedenken. Diese Uhren werden durch ein Funksignal des Langwellensenders DCF77 gesteuert, der im Raum Frankfurt/Main steht



Funk-Wanduhr.

und mit einer Reichweite von mehr als 1500 km Mitteleuropa abdeckt und die Funkuhren mit hochgenauer Normalzeit beliefert. Das Funksignal die-

ses Senders ist gantztägig verfügbar, die darin enthaltene Zeitinformation belegt jedoch nur 46 Sekunden jeder Minute. Die restlichen 14 Sekunden können zur Alarmierung der Bevölkerung genutzt werden. Die für den Warnempfang benötigten Funkalarmuhren können handelsübliche Funkuhren sein, die durch Modifikation der Software die Zusatzfunktion Alarmempfang enthalten. Die Funkalarmuhr liefert im Gefahrenfall ein akustisches und optisches



Funk-Großuhr.

Alarmsignal, das den Bürger darauf hinweist, unverzüglich das Radio, den Fernseher oder das Internet einzuschalten (Weckfunktion), um dort Informationen zur Art der Gefahr und zur Verhaltensweise zu erhalten. Die Gleichzeitigkeit beider Informationen, Funkalarm und Rundfunkdurchsage, wird dadurch erreicht, daß beide Meldungen



gleichzeitig über das neue Satellitengestützte Warnsystem SatWaS des Bundes und der Länder abgeschickt werden.

steuerung des DCF77 Senders, Einbinden des Senders in das SatWaS und Anpassung einer Reihe typischer Funkuhren für

auch alarmieren können, an ca. 600 Versuchsteilnehmer in Deutschland aber auch im benachbarten Ausland verteilt. Die Versuchsteilnehmer melden ihre Ergebnisse bei Testalarmen an eine zentrale Auswertestelle. Der Versuch endet Mitte Dezember 2003.

Die Auswertung und Bewertung soll dann Grundlage für die Entscheidung liefern, ob das Funkalarmsystem den Weckeffekt für die Bevölkerungswarnung sicherstellen kann.

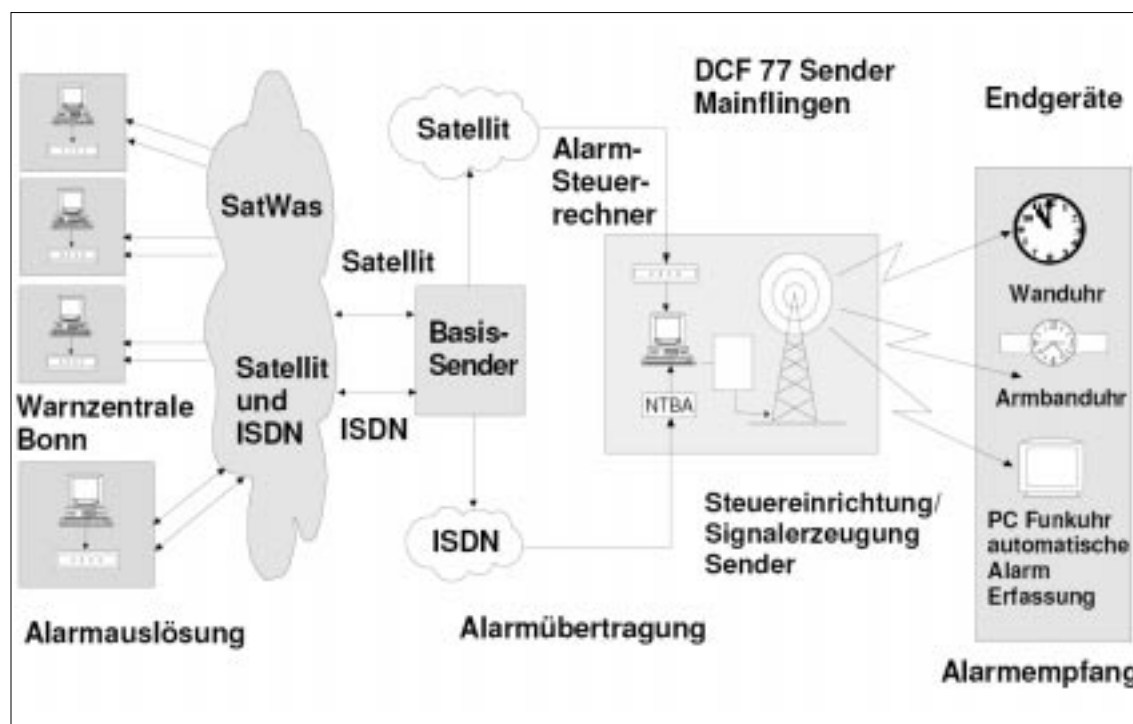
Bei positivem Ausgang ist es dann Ziel, künftig in alle handelsüblichen Funkuhren die Zusatzfunktion Funkalarm zu integrieren. Der Bevölkerung stände dann ein preiswertes Warnmittel mit Weckfunktion zur Verfügung. Die Sirene auf dem Dach könnte dann durch die „Funksirene“ am Arm oder auf dem Nachttisch abgelöst werden.

Industrie-Funkuhr.



Um die Funktion, Leistungsfähigkeit und die Nutzungssicherheit dieses Systems

die Alarmierung. Es wurde eine Kleinserie von ca. 1000 Funkuhren gebaut. Neben



Systemübersicht Feldversuch.

(Fotos und Grafik: ZfZ)

zu prüfen, führt die Zentralstelle für Zivilschutz seit dem 13. Oktober 2003 einen breit angelegten Feldversuch durch. Zunächst wurden die Grundlagen für den Versuch entwickelt: Modifikation der An-

Funkalarm-Armbanduhr sind dies Konsumergeräte wie Wecker, Wanduhren oder auch Industrie- und PC-Funkuhren. Für den Feldversuch wurden diese Funkalarmuhren, die neben ihrer Normalfunktion

Mehr zum Feldversuch und zu den Funkalarmuhren steht im Internet unter:

www.bevoelkerungswarnung.de.

Neue Aufsätze und Vorschriften

Bundesverwaltungsamt
Zentralstelle für Zivilschutz

Fachinformationsstelle für
Zivil- und Katastrophenschutz

Deutschherrenstraße 93-95

53177 Bonn

*Bitte im
Fensterbriefumschlag
absenden oder
per Fax übermitteln:
01888-358-5808*

Ich bitte um kostenlose Zusendung der unten angekreuzten Titel an meine Anschrift:

Name _____ Vorname _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

Dienststelle/Firma _____ Funktion im ZS/KatS _____

Tel.nr. für Rückfragen _____

(BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN oder ggf. Stempel verwenden)

INFO-SERVICE

Zivilverteidigungs-, Zivilschutz- und Katastrophenschutzrecht

Bestellnummer 4/03/132

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Beschaffungsmaßnahmen von Fahrzeugen der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen. RdErl. d. MI v. 28.7.2003 / Ministerium für Inneres und Sport

In: Niedersächsisches Ministerialblatt 53 (2003), 26, S. 563

Bestellnummer 4/03/133

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Ausstattung und Ausbildung von Katastrophenschutzeinheiten privater

Träger. RdErl. d. MI v. 28.7.2003 / Ministerium für Inneres und Sport

In: Niedersächsisches Ministerialblatt 53 (2003), 26, S. 564

Bestellnummer 4/03/19

Verordnung über die Zulassung von Ausnahmen von Vorschriften des Arzneimittelgesetzes für die Bereiche des Zivil- und Katastrophenschutzes, der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes sowie der Bereitschaftspolizeien der Länder (AMG-Zivilschutzausnahmereverordnung) vom 17. Juni 2003 / Die Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung. Die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

In: Bundesgesetzblatt : Teil I (2003), 25, S. 851 - 853

Bestellnummer 4/03/18

Verordnung zur Abgabe von kaliumiodidhaltigen Arzneimitteln zur Iodblockade der Schilddrüse bei radiologischen Ereignissen (Kaliumiodidverordnung - KIV) vom 5. Juni 2003 / Die Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung

In: Bundesgesetzblatt : Teil I (2003), 25, S. 850

Bestellnummer 4/03/32

Verordnung über öffentliche Hochwasserschutzanlagen (Deichordnung - DeichO) vom 27.05.2003

In: Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt (2003), 23, S. 151 - 154

□ Bestellnummer 4/03/128

Das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern. Ein neues Element im Krisenmanagement / Thomas Mitschke

In: Im Einsatz 10 (2003), 4, S. 21 - 23

sorge für Selbsthilfe im Notfall ist eine gute und vernünftige Idee ; das gilt völlig unabhängig von akuten Krisen (wie zum Beispiel Krieg im Mittleren Osten) oder Notlagen (wie zum Beispiel einer Sturmflut) / Hamburg / Behörde für Inneres

Ausdruck aus dem Internet vom 17.6.2003, 2 S.

Zivilschutz

□ Bestellnummer 4/03/21

Abwehr von Gefahren. Konsequenzen aus dem Maßnahmenkatalog der Innenminister; Handlungsbedarf bei biologischen und chemischen Risiken; Verbesserung der Notfallplanung in der Gesundheitsvorsorge / von Wolf-Dietrich Schutz

In: Brandwacht 58 (2003), 3, S. 76 - 78

□ Bestellnummer 4/03/4

Katastrophen- und Zivilschutz stärken, Krisenmanagement verbessern: der Landtag hat in seiner 128. Sitzung am 23. Januar 2003 folgende Entschließung angenommen

In: Drucksache / Niedersachsen / Landtag 14/4110 vom 23.1.2003, 3 S.

□ Bestellnummer 4/03/69

Stellungnahme der AGBF zur „Strategischen Neukonzeption der ergänzenden technischen Ausstattung des Katastrophenschutzes im Zivilschutz“ des BMI vom März 2003 / Karl-Heinz Knorr, Arbeitsgruppe des AK Grundsatzfragen

In: Brandschutz 57 (2003), 7, S. 503 - 506

□ Bestellnummer 1/04/5

Aktuelle Entwicklung im Bereich Zivil- und Katastrophenschutz / Vortrag von Ministerialdirigent Reinhard Klee, Leiter der Abteilung 5 (Katastrophenschutz, Feuerwehr, Ordnungsrecht) im Innenministerium Baden-Württemberg anlässlich der Sonder-sitzung des Innenausschusses des Landtags von Baden-Württemberg am 18. Juni 2003 an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal

In: Brandhilfe 50 (2003), 8, S. 272 - 275

□ Bestellnummer 4/03/10

Neu in Hamburg: das Feuerwehr-Informationszentrum. Neukonzeption der Bevölkerungsaufklärung im Brand-, Zivil- und Bevölkerungsschutz / Stephan Wenderoth

In: Brandschutz 57 (2003), 6, S. 429 - 433

□ Bestellnummer 4/03/63

Wirksamen Zivil- und Katastrophenschutz schaffen. Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU / zu Protokoll gegebene Reden der Abgeordneten Reichenbach, Philipp [u.a.] und des Parlamentarischen Staatssekretärs Körper

In: Stenographischer Bericht 15/57 / Deutscher Bundestag vom 4.7.2003, S. 4808-4809; 4823-4828

□ Bestellnummer 4/03/100

Presse- und Bürgerinformation zur Neuorientierung des Zivil- und Katastrophenschutzes in Deutschland. Stand: August 2003 / Deutschland / Bundesministerium des Innern [Hrsg.]

In: BMI-Pressemitteilung vom 8.8.2003, 6 S.

□ Bestellnummer 4/03/54

Neue Strategie für die zivile Sicherheitsvorsorge / Klaus-Georg Meyer-Teschendorf

In: Notfallvorsorge 34 (2003), 2, S. 5 - 8

Katastrophenschutz

□ Bestellnummer 4/03/122

Aspekte der Eigensicherung bei Einsätzen anlässlich „Größerer Gefahren-

□ Bestellnummer 4/03/12

Vorsorge und praktische Tipps für den Notfall. Vor-

/Schadenslagen und Katastrophen“ / Bernhard Jäger

In: Polizei und Wissenschaft (2003), 3, S. 50 - 60

□ Bestellnummer 4/03/38

Aus den Innenministerien: in dieser neuen Rubrik werden wir künftig die Meldungen aus den Innenministerien bzw. der Innenpolitik der Bundesländer zu Themen des Brand- und Katastrophenschutzes zusammenfassen

In: Feuerwehrfachzeitschrift FFZ (2003), 7, S. 440 - 442

□ Bestellnummer 4/03/58

DISMA: auf den Katastrophenschutz zugeschnittene IT-Verfahren ermöglichen effektive Lösungen / Harald Simeit

In: Notfallvorsorge 34 (2003), 2, S. 19 - 22

□ Bestellnummer 4/03/86

Erkundung mit dem ABC-ErkKW. Taktische und technische Einsatzmöglichkeiten / Verf.: A. Schild, U. Cimolino [u.a.]

In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2003), 8, S. 507 - 513

□ Bestellnummer 4/03/130

Das Fahrzeug „Technischer Dienst“ in der Einsatzinheit. Spezialfahrzeuge für die Hilfsorganisationen in Baden-Württemberg / Wolfgang Schmidt

In: Im Einsatz 10 (2003), 4, S. 38 - 41

□ Bestellnummer 4/03/27

European Commission: Community Mechanism and the Monitoring and Information Centre MIC / Horst Miska

In: Strahlenschutzpraxis 9 (2003), 2, S. 43 - 48

□ Bestellnummer 4/03/129

Wer die Wahl hat, hat die Qual! Beschaffung von SEG-Gerätewagen / Hans-Joachim Bielke

In: Im Einsatz 10 (2003), 4, S. 35 - 37

□ Bestellnummer 4/03/131

Großschadensfall. Krise in den Stäben? Eine Analyse der Hauptprobleme und deren Ursachen / Ulrich Cimolino

In: Feuerwehrfachzeitschrift FFZ (2003), 9, S. 530 - 538

□ Bestellnummer 4/03/71

35 RTW für den Katastrophenschutz / Text: Peter Freier

In: Florian Hessen (2003), 7/8, S. 7

□ Bestellnummer 4/03/24

Hilfe im Auftrag des Bundes Das Technische Hilfswerk - moderne Einsatzorganisation des Bundes / Dr. Georg Thiel, Präsident des THW

In: Innenpolitik. Informationen des Bundesministeriums des Innern (2003), 2, S. 16

□ Bestellnummer 4/03/57

Konstruktiver Dialog im Zivil- und Katastrophenschutz / Winfried Glass

In: Notfallvorsorge 34 (2003), 2, S. 17 - 19

□ Bestellnummer 4/03/119

Schutz kritischer Infrastrukturen. Aktivitäten in Deutschland / Willi Stein ; Stefan Ritter

In: KES : Zeitschrift für Kommunikations- und EDV-Sicherheit (2003), 4, S. 41 - 44

□ Bestellnummer 4/03/36

Hochwasser 2002 Sachsen-Anhalt. Auswertung des Katastrophenschutzmanagements (2. Teil)

In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2003), 7, S. 414 - 421

Medizin, Rettungsdienst

□ Bestellnummer 4/03/7

Schadet Föderalismus dem Rettungswesen? Rettungsdienst beim Großschadensfall in der Schusslinie / Hans Rosarius

In: RETTmobil 2 (2003), 2, S. 16 - 21

□ Bestellnummer 4/03/125

Erweiterung der landeseigenen regionalen Depots für Arzneimittel und Medizinprodukte und eines Spezialdepots für Antidota in

Rheinland-Pfalz / M. K. Schäfer, B. Hiller, Claus Brucker

In: Notfall- und Rettungsmedizin 6 (2003), 5, S. 337 - 344

Bestellnummer 4/03/25

Erfahrungen mit den Milzbrand-Einsätzen in den Jahren 2001 und 2002 in der Stadt Essen / W. Popp [u.a.]

In: Das Gesundheitswesen 65 (2003), 5, S. 321 - 326

Bestellnummer 4/03/15

Unsichtbare Gefahr. Seit 1979 gelten Pocken als ausgerottet ; die Angst vor den Viren kursiert jedoch weiterhin ; Mediziner in Deutschland bereiten sich deshalb auf den Ernstfall einer neuen Seuche vor / Eva von Scharper

In: Y. : Magazin der Bundeswehr 3 (2003), 6, S. 67 - 70

Technik, Feuerwehrwesen

Bestellnummer 4/03/121

Gemeinsame Regelungen des Bundes und der Länder

zur Durchführung des Such- und Rettungsdienstes für Luftfahrzeuge v. 9.7.2003 / Gem. RdErl. d. Ministeriums für Verkehr, Energie und Landesplanung u. d. Innenministeriums

In: Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen (2003), 31, S. 796 - 798

Bestellnummer 4/03/123

Handlungsempfehlungen zur Umsetzung des § 5 (4) der Trinkwasserverordnung 2001. Das neue DVGW-Arbeitsblatt W 290 / Burkhard Wricke, Dirk Schoenen, Rainer Ließfeld

In: gwf Wasser, Abwasser 144 (2003), 7/8, S. 519 - 521

Bestellnummer 4/03/47

150 Jahre Deutscher Feuerwehrverband / Rede von Bundesminister Otto Schily bei der 150-Jahr-Feier des Deutschen Feuerwehrverbandes am 5. Juli 2003 in Ulm

In: BMI-Pressemitteilung vom 5.7.2003, 4 S.

Bestellnummer 4/03/109

Kommentar zur Empfehlung Maßnahmewerte (MW)

für Stoffe im Trinkwasser während befristeter Grenzwert-Überschreitungen gem. § 9 Abs. 6-8 TrinkwV 2001 / H.H. Dieter ; M. Henseling

In: Bundesgesundheitsblatt 46 (2003), 8, S. 701 - 706

Bestellnummer 4/03/110

Maßnahmewerte (MW) für Stoffe im Trinkwasser während befristeter Grenzwert-Überschreitungen gem. § 9 Abs. 6-8 TrinkwV 2001. Empfehlung des Umweltbundesamtes nach Anhörung der Trinkwasserkommission des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung beim Umweltbundesamt

In: Bundesgesundheitsblatt 46 (2003), 8, S. 707 - 710

Bestellnummer 4/03/127

Wie kauft man ein Einsatzfahrzeug? Beschaffung und Normung / Helmut Pietzschmann

In: Im Einsatz 10 (2003), 4, S. 10 - 13

Den gesamten Bestand der Fachinformationsstelle finden Sie im Internet in

deLiKat

der **deutschen Literaturdatenbank** für Zivil- und **Katastrophenschutz**

<http://194.95.178.104/>

FLORIAN 2003

Fachmesse für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz in Halle

von Nikolaus Stein

Die FLORIAN, die größte Fachmesse für Feuerwehr, Ret-

der Brandschutz, Schutzbekleidung und -ausrüstung, Notfall-

medizin, Rettungstechnik, Katastropheneinsatz sowie Umweltschutz.

Begleitend zur Fachmesse fand ein Kongress mit mehr als 50 Vorträgen zu den Themen Führungsorganisation im Rettungsdienst, Zivil- und Katastrophenschutz, ABC-Schutz, Airbag, IT-Konzepte, Baulicher Brandschutz, Brandsimulationsanlagen, Einsatztaktik, Verbrennungen und Infektionen sowie Aktuelle Entwicklungen im Rettungsdienst.

Im angrenzenden Freigelände wurden Fahrzeuge und Gerätschaften von Feuerwehren, Rettungsdiensten und des



tungswesen und Katastrophenschutz in den neuen Bundesländern fand in diesem Jahr vom 9. bis 11. Oktober in der neuen Messe in Halle statt.

Auf einer Fläche von 8.000 Quadratmetern boten 110 Aussteller aus Deutschland, Österreich und den Niederlanden Einblick in aktuelle Technik und informierten über Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr. Schwerpunkte der Ausstellung waren Fahrzeuge und Ausstattung, Funk- und Leitstellentechnik, vorbeugen-



Reges Interesse fand der Info-Stand der ZfZ (o.), die einer der ideellen Träger der Messe war. Bei zahlreichen Vorführungen konnten die Besucher Einblick nehmen in Arbeits- und Funktionsweise von Mannschaften und Gerät.

(Fotos: U. Elbracht)



THW nicht nur ausgestellt, sondern auch eindrucksvoll vorgeführt.

Die FLORIAN, die unter der Schirmherrschaft von Bundesinnenminister Otto Schily stand, fand zum sechsten Mal statt und hat sich mittlerweile als Fachmesse in den neuen Ländern etabliert.

Bahnunfälle

5. Berliner Rettungsdienstsymposium

von Irene Kölbl, Berlin

In der Charité Mitte fand vom 18. bis 20. September 2003 das 5. Berliner Rettungsdienstsymposium statt. An zwei Tagen beschäftigte sich eine Vielzahl von Referenten mit den Themenbereichen Notfallmedizin und Technik beim Bahnunfall. Bei der abschließenden Übung konnten die Einsatzkräfte das zuvor Gehörte in die Praxis umsetzen.

Prof. Dr. Norbert P. Haas, der Leiter der Unfall- und Wiederherstellungschirurgie an der Charité, eröffnete das Symposium mit dem Hinweis, dass bei einem Bahnunfall verschiedene Fachbereiche zusammenarbeiten. Nicht nur Feuerwehrleute und THW-Helfer sollten im Umgang mit der Technik versiert sein, sondern auch Ärzte und Sanitäter, um ihren Handlungsspielraum abschätzen zu können.

Nachfolgend einige der behandelten Themen:

Primäre Therapie des Polytraumas

Bei Hochrasanztraumata, wie sie bei Verkehrs- oder Bahnunfällen auftreten, sind oft Schwerst- und Mehrfachverletzungen (Polytraumata) zu beobachten. Besonders häufig sind dabei Verletzungen des Schädels, des Gehirns und des Brustkorbs (Thorax). Wie wichtig eine schnelle, kompetente Behandlung solcher Verletzungen noch am Unfallort ist, veranschaulichte Dr. Gerrit Matthes, Mitarbeiter der Unfallforschung am Unfallkrankenhaus Berlin (UKB). Der Referent erläuterte das Konzept der initialen Schockbekämpfung („golden hour of trauma“). In diesem kritischen Zeitintervall unmittelbar nach

Verletzung muss die kompetente medizinische Versorgung eine ausreichende Schockbehandlung gewährleisten. Nur so ist das primäre Überleben des Patienten zu sichern. Im Anschluss ist der Verunfallte umgehend in eine geeignete Klinik zu bringen. Dort können z. B. ein Schädel-Hirntrauma, ein Thoraxtrauma oder andere schwerwiegende Verletzungen behandelt werden.

In welchem Umfang noch am Unfallort zu versorgen oder aber sofort ohne wesentliche Schocktherapie zu transportieren ist, bestimmte die nachfolgende Pro- und Kontra-Erörterung zur Wertigkeit des Volumenersatzes (Zufuhr von Volumenersatzlösungen zum Ausgleich des Flüssigkeitsverlustes). Einig waren sich Prof. Dr. Udo Kaisers, stellvertretender Direktor der Klinik für Anästhesiologie und operative Intensivmedizin der Charité, Campus Virchow-Klinikum, und Privatdozent Dr. Michael Aufmkolk, Essen, dass in städtischen Ballungsgebieten das nächstgelegene Traumazentrum schnell erreichbar ist. Dies gelte, so Kaisers, vor allem für perforierende (Stich-) Verletzungen des Rumpfes. Auf dem Land dagegen kann eine intensive präklinische Volumentherapie dazu beitragen, den Zustand des Patienten zu stabilisieren (Schädel-Hirntraumata, schwere Becken- und Extremitätenverletzungen). Ein möglicher Effekt der durch die Volumentherapie ermöglichten Blutdrucknormalisierung ist allerdings die Zunahme oder aber das Wiederauftreten einer Blutung. Auch die Transportzeiten können sich verlängern. Bei bestimmten Verletzungen,

wie Leber- bzw. Milzriss oder einer Aortenverletzung, lässt sich ein Blutverlust in der Bauchhöhle oder dem Brustraum präklinisch ohnehin kaum ausgleichen. Diese Patienten sind schnellstmöglich einem Chirurgen in einer Klinik zuzuführen.

Sichtung in der Katastrophe

Dr. Jörg Beneker, Leiter der Geschäftsstelle der Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften der Notärzte Deutschlands e.V. (BAND), UKB, zeigte auf, dass die Zahl der Katastrophen in den vergangenen Jahrzehnten enorm gestiegen ist. Schlagen 1975 erst zehn Schadensereignisse zu Buche, die technisches Versagen ausgelöst hatte, waren es 2000/2001 bereits 325. Dazu kamen zahlreiche Naturkatastrophen wie auch das Elbehochwasser.

Wie aber lässt sich die medizinische Versorgung im Katastrophenfall organisieren? Bei solchen Ereignissen entsprechen in der Regel die Behandlungserfordernisse für die Verletzten oder Erkrankten nicht den Behandlungsmöglichkeiten. Mit der Triage sollen „individualmedizinische Versorgungsstrukturen für eine Vielzahl Geschädigter möglichst lange aufrechterhalten bzw. möglichst schnell wiederhergestellt werden“. Gleiches gilt für den Massenansturm von Verletzten. Zur Entwicklung entsprechender Behandlungsstrategien ist bei diesem eventuell die individuelle Versorgung zurückzustellen.

Für die Sichtung haben sich europäische Notfall- und Katastrophenmediziner bei einer Konferenz in Bad Neuenahr

Ahrweiler im Jahr 2002 auf vier Kategorien und Behandlungs-konsequenzen geeinigt (Abb.1).

Die Einführung der Sichtungskategorie IV geht auf die international genutzten vier Sichtungsgruppen zurück. In ihr sind ausschließlich Patienten zu berücksichtigen, die aufgrund der Schwere ihrer Verletzung angesichts der Umstände - Katastrophenlage, Behandlungsmöglichkeiten - nicht überleben werden.

Eine Entscheidung über den Transport (hohe/niedrige Transportpriorität) erfolgt erst, wenn die Sichtung und die erste Therapie am Notfallort abgeschlossen sind. Eine vollständige Triage erfordert eine entsprechend wetter- und wasserfeste, stabile Dokumentation,

- die einfach zu erstellen ist,
- den Patienten eindeutig kennzeichnet,
- für die sich im Nachhinein weitere Daten vor Ort oder dezentral erfassen lassen, die mit anderen Systemen zu verknüpfen sind und
- die einen Datenabgleich und eine Patientenrecherche ermöglicht.

Der Mindestdatensatz umfasst demzufolge die Patientennummer, die Sichtungskategorie und eine Kurzdiagnose. Weitere Angaben über Therapie, Transportfahrzeug, Zielklinik und sonstige Besonderheiten sind für den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz obligat.

Vorstellbar ist eine am Patienten zu befestigende beschreibbare Tasche, in der sich Unterlagen wie Notarztprotokoll, Personalausweis und Patientenpass sammeln lassen.

Vorgehensweise bei Bahnunfällen

Nach dem Unglück von Eschede waren Behörden und Organisationen sehr daran interessiert, sich auszutauschen. Ein Wunsch, dem die Deutsche Bahn AG aufgeschlossen gegenüberstand. Für alle Anfragen stellte sie Informationen

und erforderliches Kartenmaterial zur Verfügung:

So unternahm die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) beispielsweise Versuche zum Eindringen in den ICE. Selbst Originalteile des zerschellten Zuges standen bereit, um Geräte wie Axt und Trennschleifer erproben zu können.



Das THW suchte die Zusammenarbeit, um an verspannten und zusammengedrückten Fahrzeugen verschiedenste Bergungstechnik anzuwenden. Wie nachfolgend ausgeführt bemühte sich die Bundesanstalt um die Prüfung der Zugausstattung, um sinnvolle Veränderungen anzulegen.

Die Berliner Feuerwehr hat im Stadtgebiet auch die Bahn und Tunnelanlagen zu „betreuen“. Zwischen August 2002 und August 2003 fanden in Berlin ungefähr 350 Einsätze - 200 Klein- und Mittelbrände, 110 technische Hilfeleistungen und 38 Fahrgastunfälle - im Bereich der Bahn statt. Angesichts der 120 Mio. Fernfahrgäste, der 380 Mio. S-Bahn- und 400 Mio. U-Bahn-Fahrgäste eine geringe Zahl. Die Vielgestaltigkeit der Lagen - dazu zählten „Feuer Bahn“, „S-Bahn gegen Baum“ oder „Zugunfall“, erfordert allerdings entsprechendes Wissen.

Für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Bahn und Feuerwehr sind laut LBD Broemme die im Folgenden genannten Punkte umzusetzen:

- bei der Planung und Entwicklung von unterirdi-

schen Anlagen und eingleisigen Röhren sind die Aspekte der Sicherheit von vornherein zu bedenken,

- die Zusammenarbeit im Einsatz ist zu planen und zu üben, selbst die Überprüfung von Telefonnummern ist ein kleiner, einfach zu erbringender Beitrag für das Gesamtwerk,

Prof. Dr. Norbert Haas, Leiter Unfall- und Wiederherstellungschirurgie an der Charité, Campus Virchow, bei der Eröffnung des Symposiums.

- um erfolgreich handeln zu können, sind fachliche und persönliche Beziehungen Voraussetzung und
- die Öffentlichkeitsarbeit muss aufeinander abgestimmt sein.

Notbremsung

Bei Tätigkeiten im Bahnbereich haben die Einsatzkräfte Verschiedenes zu berücksichtigen: Betätigt ein Fahrgast die Notbremse, aktiviert der Fahrer oder setzt automatisch eine Notbremsüberbrückung ein. Es ist also damit zu rechnen, dass die Bahn gegebenenfalls erst einmal weiterfährt.

Der Fahrzeugführer hat zumindest Verbandskasten, Feuerlöscher und Fluchthauben/Selbstretter bei sich. Bei akuter Bedrohung wird er sich Richtung Maschinenraum zurückziehen.

Einsatzmerkblätter

Hinweise zum Umgang mit den verschiedenen Fahrzeugtypen sind auf den Einsatzmerkblättern der DB AG zu finden. Diese zweiseitigen Übersichten fassen die besonderen Merk-

male eines Zuges, wie beispielsweise Zugang, Rettungs- und Versorgungsöffnungen, die Treibstofftanks oder die unter elektrischer Spannung stehenden Teile, zusammen.

Im Frühjahr 2004 sollen die Daten auch als CD-ROM-Update – die Erstausgabe ist 2000 erschienen – erhältlich sein. Um im Einsatzfall gerüstet zu sein, regten einige Anwesende jedoch an, zunächst mit den Merkblätter zu arbeiten. Auch Kontakte zu Mitarbeitern der Bahn oder dem zuständigen

ob Trennschleifer, Cutter oder Feuerwehrraxt zum Einsatz kamen, die THW-Helfer demonstrierten, dass die Züge mit jedem Werkzeug zu „überwinden“ waren: Sogar mit konventionellen Messern ließ sich der Doppelbalg aufschneiden. Bei ihren Versuchen stellten die Einsatzkräfte allerdings fest, dass sie für manche Aktionen Arbeitsbühnen benötigen. Beim Einsatz von Trennschleifern zum Zerschneiden von Glas entsteht zudem viel Glasstaub, der nicht nur die Ein-

Im organisatorischen Unterbau wirken die DB Station & Service AG und die DB Netz AG der das Notfallmanagement obliegt; sie stellt den Ansprechpartner der Bahn für Behörden bzw. Einsatzleiter.

Die Railion AG, die DB Reise & Touristik AG und die DB Regio AG sind Eisenbahn-Verkehrsunternehmen (EVU). Für ihren Bereich beraten und unterstützen sie den Notfallmanager bzw. organisieren Notdienste.

Werden Feuerwehren und andere Einsatzkräfte zu einem Bahnunfall gerufen, erreichen sie den zuständigen Notfallmanager über eine der sieben Notfallleitstellen. Über diese lassen sich erforderliche Streckensperrungen und Abschaltungen der Oberleitung beantragen und umsetzen. Nähere Angaben über die transportierte Ladung und Zufahrten kann sie ebenfalls liefern.

Notfallmanagement im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Auf dem Schienennetz der Bahn sind ungefähr 200 Firmen mit eigenen Fahrzeugen unterwegs. Teilweise sind auch bei diesen Notfallmanager beschäftigt. In anderen Fällen ist die Bahn durch Kooperationsvereinbarung für diese Aufgaben verantwortlich. In gleicher Funktion sind Mitarbeiter im Bereich des ÖPNV tätig.

Seit 2000 haben die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Vorkerkungen für den Katastrophenfall getroffen. Interessant in diesem Zusammenhang ist sicherlich die im Juli 2003 eingeweihte Übungsanlage, die sich im U-Bahnhof Jungfernheide befindet. Auf einer 350 m langen Strecke mit Stromschiene und Weiche sind ideale Übungsbedingungen für Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei und THW geboten: Hier können nicht nur Fahrgäste aus dem Tunnel evakuiert werden. In einer eingleisigen, 90 m langen Rauchkammer lässt sich auch ein wirklichkeitsnaher U-Bahnbrand realisieren.

Sichtungskategorie	Beschreibung	Konsequenz
I	Akute, vitale Bedrohung	Sofortbehandlung
II	Schwer verletzt/erkrankt	Aufgeschobene Behandlungsdringlichkeit
III	Leicht verletzt/erkrankt	Spätere (ambulante) Behandlung
IV	Ohne Überlebenschance	Betreuende (abwartende) Behandlung
	Tote	Kennzeichnung

Für die vier Sichtungsgruppen findet hierbei meist das so genannte Ampel-Schema Verwendung (je nach Grundfarbe des Dokumentationssystems):
 rot = Sichtungsgruppe I
 gelb = Sichtungsgruppe II
 grün = Sichtungsgruppe III
 grau oder blau oder schwarz = Sichtungsgruppe IV

Abb. 1: Sichtungskategorien und Behandlung.

Notfallmanager legten sie nahe. Der Austausch ermöglicht es, sich dem jeweiligen Bahnbereich und den dort verkehrenden Fahrzeugtypen zu nähern.

Änderung der Ausstattung

Die Notwendigkeit, sich mit Einsätzen im Bahnbereich zu beschäftigen, führte nicht nur das Unglück von Eschede vor Augen. Auch das wachsende Gefahrenpotential aus steigenden Fahrgastzahlen und sich verändernder Technik macht es erforderlich, die aktuellen Entwicklungen zu verfolgen.

Nach der Zugkatastrophe bestand ein berechtigtes Interesse daran, die Ausstattung der Hochgeschwindigkeitszüge zu überprüfen und, wenn nötig, zu modifizieren. In den Versuchsreihen wurden die verschiedenen Zugtypen, die Personenströme, die jeweiligen Besonderheiten und Geräte berücksichtigt. Das Eindringen erfolgte auf der Grundlage vorhandener Gerätschaften. Egal

satzkräfte und Helfer, sondern vor allem die Eingeschlossenen gefährdet. Die winzig kleinen Glasbestandteile setzen sich in offenen Wunden fest, verursachen schwere Infektionen, sind mikroskopisch aber nicht nachweisbar. Hier empfehlen sich Absprachen mit Notfall- und Katastrophenmedizinern über die Möglichkeiten der Vorgehensweise.

Trotz des Nachweises, dass die Einsatzkräfte sich mit jedem Gerät Zutritt in den Zug verschaffen können, sind inzwischen die Notausgangsfenster mit Griffen zum Entfernen der Dichtungsgummis versehen worden. Außerdem werden jetzt Scheiben mit einer Sollbruchstelle eingebaut.

Einsatz beim Bahnunfall

Die Deutsche Bahn AG ist Nachfolgerin der Bundesbahnen. Als Dachgesellschaft hat sie ihre Aufgaben an fünf eigenständige Aktiengesellschaften übergeben:

Einsatzbeispiel

An das Unglück in Eschede, das Beispiel aus der deutschen Einsatzpraxis schlechthin, erinnerte Dr. Jörg Stelzner. Damals, so der Chefarzt für Anästhesiologie, Rettungs- und Intensivmedizin/Ambulanz im Kreiskrankenhaus Großburgwedel, war das Eindringen in die Hochgeschwindigkeitszüge weder geübt noch bekannt. Die Waggon des verunglückten Zuges titulierte Leitender Branddirektor Dipl.-Chem. Claus Lange, BF Hannover, in jenen Tagen als „uneinnehmbare Festungen“. Nach den Ausführungen der Deutschen Bahn AG hat sich dies inzwischen geändert: Vorgegebene Sollbruchstellen ermöglichen den Zugang.

Am 3. Juni 1998 hatte Stelzner die Leitung des Einsatzabschnittes West in Eschede übernommen. Für den Einsatzabschnitt Ost zeichnete Dr. Ewald Hüls, Celle, verantwortlich, der als Leitender Notarzt bereits laufende Rettungsmaßnahmen zu ordnen versuchte. Das Geschehen vor Ort drehte sich beinahe ausschließlich um die Verletztenversorgung. Deshalb standen beide vor dem Problem, die insgesamt 1.889 Kräfte zu koordinieren. „Einsatzkräfte, die angerückt sind, die Sie nicht kennen, und die wollen und müssen Sie nun führen“, fasste Stelzner die Gegebenheiten zusammen.

Der „blinden“ Alarmierung der Rettungsleitstelle waren Feuerwehrleute, Angehörige der Rettungs- und Sanitätsdienste, Helfer des THW und Notfallseelsorger gefolgt. Dazu kamen Beamte des Bundesgrenzschutzes und der Polizei, die sich ihren Aufgaben widmeten. Das Chaos war perfekt: Nur mit Hilfe von Ordnungskräften konnten den ankommenden Kräften verschiedene Aufgabenbereiche zugewiesen werden: Auffallend allerdings, so der Arzt, dass nur die Bundeswehr als strukturierte Organisation auftrat, „mit der wir arbeiten konnten“.

Für die Verletztenversorgung war eine klassische Triage nicht erforderlich. Das große Kontingent an ärztlichem und Rettungsdienst-Personal konnte die Unfallopfer individualmedizinisch betreuen. Die Arbeit unter einem LNA war vielen offensichtlich nicht bekannt. Diesem wiederum bereitete die nicht erkennbare Funktion und Qualifikation bzw. die fehlende Kennzeichnung von Führungsstrukturen grundlegende Probleme.



Bekämpfung des Gefahrgutunfalls: Niederschlagung der Chlorgase. (Fotos: Stefan Wagner)

Nach Abschluss des Einsatzes standen die Schnell- oder Sonder-Einsatz-Gruppen (SEG) zur Diskussion, ging es um Qualitätsmanagement im Rettungsdienst, Luftrettung und gemeinsame Übungen. Welche Konsequenzen zeitigten die Überlegungen? „Bis heute“, entrüstete sich Stelzner, „ist eine Führungsstruktur im Rettungsdienst nicht umgesetzt. Diese aber ist Grundvoraussetzung für das Handling. Die Feuerwehren schließlich kämpfen nicht damit, dass es keine Führungsstrukturen gibt. Meist sind genügend Führungskräfte anwesend, die entsprechende Aufgaben ausüben können. Sie jedoch in den verschiedenen Führungsebenen ausfindig zu machen, ist die Schwierigkeit“.

Bahnübung

Als Abschluss des Symposiums fand am Samstag, 20. Sep-

tember 2003, eine Übung mit einem simulierten Bahnunfall statt. Am S-Bahnhof Kaulsdorf, waren zwei Fässer von einem Lkw heruntergefallen. Aus den defekten Behältnissen strömte Chlorgas aus.

Die Warnung vor der Schadstoffwolke ließ drei Züge - Nahverkehr, U- und S-Bahn - ihre Fahrt abrupt stoppen. Die Bremsvorgänge forderten zahlreiche Verletzte. Nachdem das Ausmaß des Unglücks bekannt war, wurde das Alarmie-

rungsstichwort von „Massenanfall von Verletzten (MANV) 3“, also weniger als 30 Betroffene, auf MANV 4 - mehr als 30 Verletzte - erhöht.

Im Vordergrund der Übung stand die Kommunikation zwischen dem Notfallmanager der Bahn, der Feuerwehr und den Hilfsorganisationen.

Geringe Resonanz

Die zweitägige Vortragsveranstaltung bediente mit einem breiten Spektrum an Themen sehr unterschiedliche Interessen. Alle Beiträge enthielten jeweils Aspekte, die die Arbeit von Feuerwehr, THW, Ärzten oder Rettungsdienst betrafen. Schade, dass es den Organisatoren nicht gelungen war, mehr Zuhörer für das vielseitige Programm mit ausgezeichneten Referenten anzusprechen.

Rettungshubschrauber aus dem Nachbarland

Impulse für die europäische Luftrettung

von Daniel Redmer

Der Nijmegeer Traumahelikopter „Lifeline 3“ kann seit dem 01. Oktober auch in Deutschland eingesetzt werden. Im Gegenzug kommt der Duisburger Rettungshubschrauber „Christoph 9“ im Nachbarland zum Einsatz.

Seit Oktober 2003 können im Grenzgebiet Rettungshubschrauber im Rahmen eines deutsch-niederländischen Eu-

erstmalig offiziell im Ausland eingesetzt werden und mit seinem eigenen medizinischen Team regulär Hilfe leisten. Die deutsch-niederländische Zusammenarbeit sorgt dafür, dass der Traumahelikopter im nördlichen Kreis Kleve Einsätze fliegt, während der Duisburger RTH im Gegenzug in der Region Midden-Limburg bei Venlo eingesetzt werden kann.

hierzu der Direktor der Euregio „Rhein-Waal“, Erich Schmitz, und Jürgen Büssow, der Düsseldorfer Regierungspräsident, in Nijmegen zusammen. Schmitz gegenüber der Presse: „Piloten und Einsatzkräfte müssen miteinander kommunizieren können. Dazu sind Geräte notwendig, und es wird noch an einem Wörterbuch mit (Fach-) Begriffen für eine schnelle Kommunikation gearbeitet.“ Nijmegen und Duisburg erwarten von der Vereinbarung, schneller effektive Hilfe leisten zu können. Bei einem Unglück in Kleve wird der Rettungshubschrauber nun nicht aus Duisburg, sondern aus dem wesentlich näheren Nijmegen kommen - umgekehrt beispielsweise in Venlo. Die Alarmierung erfolgt durch die jeweils zuständigen Rettungsleitstellen.

Der offizielle Start des Projektes wurde mit zahlreichen Gästen am 1. Oktober auf dem „Airport Niederrhein“ gefeiert. Zeitgleich schwebten dort der Traumahelikopter und ein Zivilschutz-Hubschrauber (ZSH) des Bundes ein. Bei dem deutschen ZSH handelte es sich um eine BO 105 CBS-5, die mit Piloten des BGS in der Luftrettung der Länder eingesetzt wird und für diese Veranstaltung bereitgestellt worden war. Sie war zuvor vom Standort der BGS-Fliegerstaffel West in Hangar bei Bonn gestartet und an der Station von „Christoph 9“, mit medizinischer Ausstattung versehen worden. Die Einsatzbereitschaft des RTH sollte zu keiner Zeit eingeschränkt werden.



Traumahelikopter „Lifeline 3“.

regio-Projektes grenzüberschreitend eingesetzt werden. Seitdem wird bei Notfällen der Hubschrauber alarmiert, der am schnellsten am Einsatzort ist; die Einsatzgebiete werden nicht länger durch die Staatsgrenzen beschränkt. Der Traumahelikopter aus Nijmegen und der Rettungshubschrauber aus Duisburg sind in die Alarmpläne des jeweiligen Nachbarlandes eingebunden.

Eine derartige bilaterale Kooperation beim Einsatz von Luftrettungsmitteln ist bisher einmalig. Ein niederländischer Rettungshubschrauber kann

Initiiert wurde dieses Projekt bereits vor gut vier Jahren, aber im Vorfeld mussten einige Hürden überwunden werden. So galt es beispielsweise, die unterschiedlichen Funksysteme kompatibel zu gestalten sowie die Kompetenzen der medizinischen Crew zu klären und abzustimmen. Ferner musste auch die Kostenerstattung gesichert werden: während in Deutschland die Kosten der Einsätze von den Krankenkassen übernommen werden, finanziert dies in den Niederlanden der Staat. Bereits Anfang September dieses Jahres kamen

AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-SAMARITER-BUND



DEUTSCHE LEBENS-RETTUNGS-GESELLSCHAFT



DEUTSCHER FEUERWEHR-VERBAND



DEUTSCHES ROTES KREUZ



JOHANNITER-UNFALL-HILFE



MALTESER-HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITS-GEMEINSCHAFTEN DER HELFER IN DEN REGIE-EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN DES KATASTROPHENSCHUTZES IN DER BUNDES-REPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (ARKAT)



TECHNISCHES HILFSWERK





Gemeinsames Engagement von ASB und THW für den Zivilschutz in Mauretanien

ASB unterstützt den Aufbau des Rettungsdienstes

Der islamische Staat Mauretanien ist eine präsidentiale Republik in Nordwestafrika. Das Land grenzt im Westen an den Atlantik und Westsahara, im Norden an Algerien, im Osten an Mali und im Süden an den

Senegal. Bei einer Bevölkerungsdichte von ca. 3,2 Mio Menschen je km², pro Arzt 289 Einwohner).

Das zu den ärmsten Ländern der Welt zählende Mauretanien erhält alle deutschen Leistungen der Entwicklungs-

Einheit ist in einem ehemaligen Feuerwehrhaus untergebracht, das in den 70-er Jahren mit Unterstützung der Feuerwehr München, finanziert mit Entwicklungshilfegeldern aus Deutschland, gebaut wurde. Dennoch ist der dortige Zivilschutz, der Rettungsdienst, Feuerwehr und Technische Hilfen umfasst, nur äußerst unzureichend ausgestattet. Es fehlt an Medikamenten, medizinischem Verbrauchsmaterial und den notwendigsten Geräten für den Rettungsdienst.

Aufgrund der traditionell guten Beziehung Mauretaniens zu Deutschland wurden über die deutsche Botschaft Kontakte zu deutschen Kooperationspartnern gesucht. Seit mehr als drei Jahren unterstützt das THW den Aufbau des örtlichen Zivilschutzes mit technischem Gerät und durch fachliche Ausbildung. Der ASB erklärte sich auf Anfrage des THW bereit, den Aufbau der medizinischen Komponente zu übernehmen.

Bei einem Besuch einer ASB/THW-Delegation im August 2003 konnten die ersten medizinischen Geräte und Verbrauchsmaterial wie z.B. Defibrillatoren und Medikamente sowie Spritzen und Verbandzeug im Wert von 10.000 Euro übergeben werden. Natürlich reichte die Hilfe nicht, um drei bis dahin absolut leere Rettungswagen auszustatten, die vom Zivilschutz aus Monaco zur Verfügung gestellt worden sind. Um den Zivilschutz weiter auszubauen, wurde vor Ort vereinbart, dass die Unterstützung durch den ASB fortgeführt werden soll.

Mauretanien hat etwa die dreifache Fläche Deutschlands. Der größte Teil ist jedoch Wüste.



Senegal. Bei einer Bevölkerungsdichte von ca. 3,2 Mio Menschen auf einer Landfläche von 1.025.520 km² ist es knapp dreimal größer als Deutschland. Ein Großteil des Landes ist Wüste, denn Mauretanien gehört zu den Sahara-Anrainern, und nur der südöstliche Teil und das Gebiet entlang des Senegal ist für Ackerbau geeignet. In der Küstenregion wird Fischfang betrieben. Die wirtschaftliche Lage ist schlecht, die Arbeitslosenquote liegt bei 20 %. Die medizinische Versorgung entspricht der Infrastruktur. Bei einer Bevölkerungsdichte von ca. drei Menschen je km² steht nur ein Arzt für 11.085 Einwohner zur Verfügung (Ver-

hilfe als Zuwendung. Die deutsch-mauretanischen Beziehungen werden als ausgezeichnet angesehen.

Vor einigen Jahren entschied man sich in der mauretanischen Regierung, einen Zivilschutz nach europäischem Muster einzurichten. Die „Direction Protection Civile“ (DPC) wurde ins Leben gerufen. Die Verwaltung untersteht direkt dem Innenminister und ist auch im Ministerium untergebracht.

Mit der Einrichtung dieser Zivilschutz-Einheit in der Hauptstadt Nouakchott wurde der erste Schritt unternommen. Die Ausrüstung dieser „Behörde“ ist allerdings auf sehr niedrigem Niveau. Die

Arbeiter-Samariter-Bund

Für zwei der Fahrzeuge steht rund um die Uhr je ein Team, bestehend aus einem Fahrer, einem Helfer und zwei ausge-

giert sich dafür, die im Rettungsdienst tätigen Krankenschwestern für ihre Arbeit spezifisch weiterzubilden.

ker bekannt geworden ist. Das Innenministerium reagiert bereits darauf, indem es für den Zivilschutz geeignete Gebäude und Bauflächen gesucht hat, beziehungsweise vorhandene bereit gestellt werden.

Die Zivilschutzeinheit Nouakchott hat inzwischen zahlreiche Verantwortliche aus den anderen Großstädten Mauretaniens aufmerksam gemacht. Einige sind auf die Delegation zugekommen, um sich über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Unterstützung der deutschen Partner zu erkundigen.

Kurz nach der Abreise der ASB/THW-Delegation hatte die Zivilschutz-Einheit bereits ihren ersten Einsatz außerhalb der Hauptstadt mitten in der Sahara: Fünf Tage lang bargen die Rettungsteams Menschen in der von von außergewöhnlichen Regenfällen überfluteten Wüstenstadt Atar und pumpten vollgelaufene Häuser leer.

Für den Arbeiter-Samariter-Bund hat die Arbeit in Mauretanien gerade erst begonnen. Noch in diesem Jahr will



Bereit für den nächsten Einsatz: RTW-Fahrer Mohammad Si vor der Wache in Nouakchott.

bildeten Krankenschwestern, bereit. Der Einsatzbereich umfasst die Hauptstadt Nouakchott mit knapp einer Million Einwohnern sowie die Umgebung der Stadt in einem Umkreis von ca. 60 Kilometern. Außerhalb der Stadt werden die Fahrzeuge hauptsächlich zu Verkehrsunfällen herbeigerufen, meist in Verbindung mit einem Fahrzeug zur technischen Rettung.

Die Aufgabe der Rettungsteams besteht zurzeit darin, die Patienten schnellstmöglich in das nächstgelegene Krankenhaus zu bringen, damit sie dort medizinisch versorgt werden können. Erste-Hilfe-Maßnahmen werden bereits von den Teams durchgeführt, für weitere Leistungen fehlt noch das qualifizierte Personal.

Die medizinische Ausbildung erfolgt durch einen kompetenten Facharzt aus dem größten Krankenhaus des Landes. Er hat zwei Jahre im Rettungsdienst in Frankreich gearbeitet und ist in der Klinik für Notfall- und Wiederbelebnungsmaßnahmen zuständig. Seine Mitarbeit im Zivilschutz ist rein ehrenamtlich. Er enga-

Insgesamt drei Rettungswagen will man in naher Zukunft in der Stadt mit RTW besetzen, ein Notarzt ist ebenfalls vorgesehen, und es wird nach weiteren geeigneten und



Frau Ba, Koordinatorin für internationale Angelegenheiten des DPC, mit den fünf Rettungsdienstlerinnen hinter einem der RTW. (Fotos: Harald Schottner)

engagierten Ärzten gesucht. Beim DPC geht man davon aus, dass die zurzeit durchschnittlichen fünf Einsätze pro Tag erheblich ansteigen werden, wenn der Rettungsdienst in der Bevölkerung stär-

der ASB weitere Ausrüstung für die Rettungswagen sowie einige Computer für die Zivilschutzverwaltung und Rettungswagen nach Nouakchott schicken.

Harald Schottner

ASB
Arbeiter-Samariter-Bund



DLRG feiert 90. Geburtstag

Erfolgsmodell Ehrenamt

Mit einem Festakt in der Wandelhalle der Stadt Bad Nenndorf hat die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft ihr 90-jähriges Bestehen gefeiert. Fast 300 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Sport sowie zahlreiche Vertreter ausländischer Wasserrettungsorganisationen waren am 17. Oktober in das Staatsbad gekommen, um den Lebensrettern zum Geburtstag zu gratulieren (s. auch Bericht ab S. 8). Ministerialdirektor Joachim Steig hielt in Vertretung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium Fritz Rudolf Körper die Festrede. In seiner Ansprache würdigte er die Verdienste der Helferinnen und Helfer der DLRG als „eine der wichtigsten Säulen der Ehrenamtlichkeit in Deutschland“. Vor diesem Hintergrund sei die Bundesregierung bemüht, die Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit zu verbessern.

In einem Telegramm hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder der DLRG seine Glückwünsche übermittelt. „Zugleich möchte ich ausdrücklich für das beispielhafte Wirken der DLRG danken. Seit über 90 Jahren wird hier ehrenamtlich Verantwortung übernommen, um am und im Wasser in Not geratenen Menschen zu helfen,“ heißt es im Telegramm weiter.

Kritik an Bäderschließungen und Ungleichbehandlung

In seiner Ansprache zeichnete DLRG-Präsident Dr. Klaus Wilkens wichtige Stationen der DLRG Geschichte und ihre Erfolge nach. Er hob hervor, dass es der DLRG in neun Jahrzehnten gemeinsam mit anderen Organisationen, Institutionen und vielen

selbstlosen Menschen gelungen sei, die Zahl der Ertrinkungsfälle in Deutschland seit Gründung der Organisation am 19. Oktober 1913 um nahezu 90 Prozent zu senken. Fortgesetzte Aufklärungsarbeit über die Gefahren im und am Wasser, eine qualifizierte Ausbildung im Schwimmen, Ret-



DLRG-Präsident Dr. Klaus Wilkens bei seiner Ansprache.

(Foto: DLRG)

tungsschwimmen und Tauchen sowie die Kompetenz in der Einsatzarbeit im Wasserrettungsdienst und Katastrophenschutz waren und sind die Säulen des Erfolges. Die DLRG sei mittlerweile zu einem Synonym für sichere Wasserfreizeit geworden, so Wilkens weiter.

Mit Blick auf aktuelle Entwicklungen kritisierte er die fortschreitende Bäderschließung und fehlende Standards für den Schwimmunterricht an Schulen. Auch die Ungleichbehandlung in der Absicherung von staatlichen und privaten Helfern im Katastrophenschutz ist nicht einzusehen, daher forderte der DLRG-Präsident nachhaltige Verbesserungen ein.

Zukünftig werde die DLRG ihre Kompetenz als leistungsstärkste Wasserrettungsorganisation in Deutschland und der Welt gegenüber den Partnern in der Politik, dem Sport, den Hilfsorganisationen und den anderen Verbänden klarer und mit dem nötigen Nachdruck vertreten. Die

„Marke DLRG“ wird sich nach den Zielvorstellungen ihres Präsidenten zukünftig noch eindeutiger und klarer positionieren. Dabei bleibe die humanitäre Organisation mit ihrem über 800.000 Mitgliedern und Förderern weiterhin ein verlässlicher Partner in dem Zusammenwirken von Staat, dem

Markt und den im Dritten Sektor zusammengeschlossenen Assoziationen.

Mit dem in der DLRG einvernehmlich definierten Ziel, die Ertrinkungszahlen bis zum Jahr 2020 erneut zu halbieren, habe sich die DLRG eine neue ehrgeizige Aufgabe gestellt. Dr. Wilkens rief die Politik und alle nationalen und internationalen Organisationen, Institutionen und Verbände auf, das „weltweite Problem Ertrinken“ gemeinsam anzugehen.

Im Rahmen der Festveranstaltung zeichnete die DLRG die Robert Bosch GmbH als ältestes Mitglied für 90-jährige Treue mit dem Mitgliedsehrenzeichen in Gold aus.

Als Zeitzeugen berichteten Erika Fastrich, Hans-Joachim Bartholdt, Harald Kracht und Jan Ph. Schmitz in einer Talkrunde anschaulich und interessant über die DLRG-Arbeit der letzten fünf Jahrzehnte.

Martin Janssen

Erfolge und Besorgnis beim Zivil- und Katastrophenschutz



Wie entwickelt sich der Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland? Bei Selbsthilfe, Digitalfunk und der Neukonzeption von Technik und Taktik ist Einiges im Fluss. Das Präsidium des Deutschen Feuerwehrverbandes hat analysiert und die wichtigsten Baustellen beschrieben. Die Feuerwehren werden künftig an der Selbsthilfeausbildung des Bundes beteiligt und diese auf örtlicher Ebene auch koordinieren, das sieht der DFV als großen Erfolg. Tief besorgt ist der Spitzenverband der Feuerwehren jedoch über die Stagnation beim Digitalfunk.

Feuerwehren bald in der Breitenausbildung des Bundes aktiv

„Dies ist ein großer Fortschritt für unsere Aufklärungsarbeit“, sagt DFV-Präsident Hans-Peter Kröger zu den Plänen des Bundes, künftig ein modulares Konzept bei der Breitenausbildung einzuführen, das medizinische Erstversorgung, Brandschutz, Rettungsmaßnahmen und grundpflegerische Hausbetreuung gleichermaßen berücksichtigt. Der DFV beteiligt sich intensiv mit der Zentralstelle für Zivilschutz und Vertretern der anderen Organisationen an diesen Planungen.

DFV-Vize Ralf Ackermann: „Die Katastrophen der jüngsten Vergangenheit haben uns gezeigt, dass die erste Hilfe um zeitgemäße Schulungsmaßnahmen ergänzt werden muss, damit Menschen Gefahren rechtzeitig erkennen und sich selbst und anderen auch bei Bränden und Naturereignissen richtig helfen können. Den Feuerwehren kommt dabei die wichtige Koordinierungsfunktion in Städten und Gemein-

den zu, sodass die erfolgreiche Arbeit der Brandschutzeherinnen und -zieher weiter aufgewertet wird.“ Das neue Modulsystem muss nach Auffassung des DFV rasch eingeführt werden. „Wir pochen

Regierungsfraktionen eine schnelle Ausschreibung noch in diesem Jahr abgelehnt. Das ist sehr bedauerlich.“

Strittiger Punkt bei der Digitalfunkneueinführung ist weiter die Kostenaufteilung zwischen



Das Präsidium des Deutschen Feuerwehrverbandes tagte bei Gloria in Wadersloh und informierte sich im Werk auch über die Herstellung von Feuerlöschern.

darauf, dass dieses Konzept dann auch schnell umgesetzt wird“, betont Vizepräsident Ackermann.

Tiefe Besorgnis über erneuten Rückschlag beim Digitalfunk

Mit großer Sorge hat das DFV-Präsidium die Entwicklung bei der Einführung des digitalen Sprech- und Datenfunks zur Kenntnis genommen. Vizepräsident Albrecht Broemme: „Das Modell einer Startergruppe von Bund und mehreren Ländern hat offenbar einen schweren Rückschlag erlitten. Auch der Deutsche Bundestag ist aus unserer Sicht nicht seiner Verantwortung gerecht geworden. Er hat mit der Mehrheit der

Bund und Ländern. Broemme: „Dies ist umso erstaunlicher, als dass die Ministerpräsidentenkonferenz am 26. Juni 2003 einen eindeutigen Beschluss gefasst hat, mit dem die endlose Diskussion um die Kostenaufteilung beendet werden sollte.“ Der DFV hat beschlossen, sich weiterhin für die rasche Einführung des Digitalfunks vorbehaltlos einzusetzen. Broemme: „Schließlich sind nur Trommeln älter als das derzeitige Analogsystem.“

Katastrophenschutzprogramme auf dem Prüfstand

Sehr aufmerksam beobachtet das DFV-Präsidium auch die Neukonzeption des Zivil-

Deutscher Feuerwehrverband



und Katastrophenschutzes. Vizepräsident Bernd Pawelke: „Hier stockt der weitere Fort-

praxistauglich ist. Dies gilt zum Beispiel bei der Wasserförderungskomponente.“ so

Gemeinsam mit Vizepräsident Albrecht Broemme (M.) traf DFV-Präsident Hans-Peter Kröger (l.) Bundeskanzler Gerhard Schröder in Berlin.



Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) die ersten Termine: Hans-Peter Kröger (50) hat in Berlin seine Arbeit an der Spitze der Feuerwehren aufgenommen.

Gut gelaunt und sehr herzlich gratulierte Kanzler Gerhard Schröder dem DFV-Präsidenten beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung noch einmal persönlich und wünschte ihm alles Gute für die vor ihm liegenden Aufgaben. Krögers Bitte an den Kanzler: „1,3 Millionen Feuerwehrangehörige fordern massiv die Unterstützung für ehrenamtliches Engagement ein!“

Mit Ministerialdirektor Joachim Steig, dem zuständigen Abteilungsleiter unter anderem für den Aufgabenbereich Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie das Technische Hilfswerk im Bundesministerium des Innern, erörterte Kröger eine ganze Reihe von Sachfragen. Die enge Kooperation in diesen Bereichen soll auch unter dem neuen Präsidenten fortgeführt werden. Steig: „Ich habe die feste Absicht, unsere Zusammenarbeit sehr effektiv und positiv zu gestalten.“ Dem DFV-Präsidenten sagte der Ministerialdirektor jede Unterstützung zu. so

gang an der Abstimmung zwischen Bund und Ländern über Risikopotenziale und die Vorhaltungen der Länder. Über die Facharbeit und in enger Verzahnung mit unseren Mitgliedsverbänden werden wir uns deshalb jetzt selbst einen Überblick verschaffen, welche Investitionsprogramme die Länder nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 eingeleitet haben. Nur so lässt sich feststellen, ob das neue Fahrzeugbeschaffungskonzept des Bundes umgesetzt werden kann.“

Der DFV hat eine Stellungnahme zu diesem so genannten Rechenbach-Papier des Innenministeriums erarbeitet. Pawelke: „Wir begrüßen, dass von der bisherigen Verteilung nach dem Gießkannenprinzip Abstand genommen wird. Voraussetzung sind jedoch zeitnah erstellte und einheitlich bewertete Risikoanalysen der Länder. Außerdem sind Ergänzungen notwendig, damit die neue Konzeption auch

Volle Unterstützung aus dem Innenministerium

Zum Bundeskanzleramt und zum Bundesministerium des Innern führten den neuen



Ministerialdirektor Joachim Steig im BMI und DFV-Präsident Hans-Peter Kröger vereinbarten eine enge Zusammenarbeit.

Auf in die weiße Pracht nach Hinterzarten!

Wie könnte Wintersport mehr Spaß bringen als unter Gleichgesinnten? Zum Beispiel in Hinterzarten: Vom 28. Januar bis zum 1. Februar finden in Hinterzarten im Hochschwarzwald die Deutschen Feuerwehr-Skimeisterschaften 2004 mit einem umfangreichen Rahmenprogramm statt.



Retter unter sich: Bei den Feuerwehr-Skimeisterschaften 2002 in Hinterzarten wurde auch ein Spafahren auf der berühmten Adlerschanze gefahren. (Fotos: Sönke Jacobs)

Erstmals können sich die besten Wintersportler der Feuerwehren nicht nur im Langlauf, sondern auch im Riesentorlauf messen. „Mit diesem alpinen Wettbewerb werden die Meisterschaften noch attraktiver“, betont Ralf Ackermann, Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes.

Der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg und die Gemeinde Hinterzarten sind die Partner des DFV und bürgen für die perfekte Organisation. Anmeldeschluss für Riesentorlauf, Langlauf und Nachtsprint ist der 15. Januar 2004. Startgebühr pro Lauf und Teilnehmer: zehn Euro (Jugendliche fünf Euro). Weitere Informationen zu den Deutschen Feuerwehr-Skimei-

sterschaften 2004 finden Sie im Internet unter www.feuerwehr-skimeisterschaften.de.

sö

Deutschland sicher vor Inferno wie in Kalifornien

Die dramatische Waldbrandlage in Kalifornien und der gefährliche Einsatz der

zung bei der Waldbrandbekämpfung. Derzeit könnten die Einsatzkräfte sich nur darauf beschränken, „einzelne Brandnester im Zaum zu halten“.

Besondere Gefahr gehe von Flugfeuern für die Einsatzkräfte aus. „Trotzdem wird von Anwohnern natürlich erwartet, dass die Feuerwehr ihr Möglichstes versucht, Gebäude zu retten“, sagte Broemme. Von den Waldbränden betroffen ist ein Gebiet von der Größe des Saarlandes. In der Vergangenheit habe es auch noch größere Brände in den USA gegeben.

Broemme: „Ein vergleichbares Großfeuer gab es in Deutschland noch nie. In diesem Umfang ist dies auch nicht möglich – das liegt an den Mischwaldbeständen, den anderen klimatischen Bedingungen sowie an unserem flächendeckenden Hilfeleistungssystem, durch das die meisten Brände im Entstehungsstadium erfolgreich bekämpft werden.“ In Kalifornien sind dagegen Feuerwalzen entstanden, die von heißen Wüstenwinden sogar bergab getrieben werden. Allerdings gehöre auch das Land Brandenburg zu den waldbrandgefährdetsten Regionen Europas, gleichauf mit Gebieten am Mittelmeer.

Risiken für Leib und Leben der Einsatzkräfte beruhe die Waldbrandbekämpfung auch in Deutschland auf jeden Fall – so wie der Dienst in der Feuerwehr generell. Broemme: „Die Lebensgefahr haben viele Feuerwehrleute schon erlebt. Auch ich habe schon dem Tod ins Auge gesehen.“

Albrecht Broemme leitet in Berlin die größte Feuerwehr Deutschlands. Er ist ein ausgewiesener Kenner der Feuerwehren in den Vereinigten Staaten. Als Referent und Teilnehmer ist er regelmäßig Gast bei Expertenkongressen in den USA und pflegt enge Kontakte zu Leitern zahlreicher großer US-Feuerwehren.

sö





Neue Wege im Katastrophenmanagement des Deutschen Roten Kreuzes

Mit der Etablierung der „Projektgruppe K-Management“ hat sich die Leitung des DRK-Präsidiums und des Generalsekretariates ein Instrument geschaffen, das team- und bereichsübergreifend ein optimales und koordiniertes Führen von nationalen und von großen internationalen Einsätzen ermöglicht.

Diese Organisationsform soll dazu beitragen, bestehende personelle und materielle Redundanzen künftig zu vermeiden.

Unter Nutzung der bestehenden Potenziale, von Erfahrungen, (insbesondere wäh-



Joachim Müller, Leiter der Projektgruppe K-Management. (Foto: DRK)

rend des Sommerhochwassers 2002), der bewussten Anwendung internationalen Know Hows auch auf die nationalen Bedingungen in Deutschland und der einheitlichen Ausrichtung und des Trainings der beteiligten Kräfte sollen Synergieeffekte geschaffen werden.

Zum Aufbau einer qualifizierten und effektiven Organisationsstruktur wurden dazu die relevanten Arbeitsbereiche

„Internationale Katastrophenhilfe“, „Beschaffung/Logistik und Zentrallager“ und „Nationale Vorhaltung/Hilfszug“ aus der bisherigen Struktur herausgelöst und zu der Projektgruppe „Katastrophenmanagement“ zusammengeführt.

Diese Projektgruppe stellt gleichzeitig als Kernteam die Tätigkeit der entsprechender Stabsstrukturen bei nationalen oder/und internationalen Einsätzen sicher.

Als Alarmspitze des DRK-Bundesverbandes gewährt diese Gruppe national und international die ständige Erreichbarkeit des DRK und ist grundsätzlich Ansprechpartner und erstes alarmierendes und koordinierendes Organ bei nationalen und internationalen Großschadenslagen bzw. Katastrophen und Konflikten. Sie dient dazu, im Bedarfsfall schnell, gezielt und verbindlich agieren zu können.

Ziele der Projektgruppe

Auf der Grundlage veränderter Bedingungen von bedarfsorientierteren Anforderungen und Prioritäten zur Vorhaltung und dem Einsatz der Kräfte und Mittel des DRK sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Optimierung der Führung der Kräfte und Mittel des DRK bei nationalen und internationalen Einsätzen durch Schaffung einer permanenten Organisationsstruktur im Generalsekretariat des DRK,
- Koordinierung von nationalen und internationalen Einsätzen in direkter Zusammenarbeit und Koordi-

nierung mit den beteiligten Teams des DRK-Generalsekretariates und den Strukturen der DRK-Landesverbände,

- Vorhaltung einer Stabsinfrastruktur (Lagezentrum) für nationale und internationale Schadenslagen,
- Vorhaltung und Training von Stabspersonal für Großlagen,
- Erstellung regelmäßiger Lageberichte über nationale und internationale Schadenslagen und damit verbundene Hilfsoperationen/Einsätze des DRK,
- Schaffung einer gemeinsamen Vorhaltung des Bundesverbandes für nationale und internationale Einsätze unter Erreichung weitestmöglicher Kompatibilität
- bedarfsorientierte Weiterentwicklung der technischen Hilfsstandards und Response-Kapazität des DRK-Bundesverbandes
- Erfassung der Response-Kapazität des Gesamtverbandes sowie
- Aufbau einer effektiven Lagerhaltung des DRK-Bundesverbandes

Die bei der Organisation der Hilfsoperationen nach dem Erdbeben in Algerien (Mai 2003) und den Überschwemmungen im Sudan (August 2003) gesammelten Erfahrungen bestätigen in der Praxis bereits die Notwendigkeit und Richtigkeit der getroffenen Entscheidung.

*Joachim Müller,
DRK-Generalsekretariat*

Die Messlatte hängt hoch

Nur die besten Rettunghundeteams bestehen die Prüfung



Alle 18 Monate müssen sich die Johanniter-Rettunghundeteams prüfen lassen. Die Anforderungen sind hoch; die Prüfungsordnung ist deutschlandweit die schwerste. Das sollte sie auch sein, denn schließlich geht es um die Rettung von Menschenleben.

In Wettkämpfen und Übungen messen sich die Rettunghundestaffeln der verschiedenen Organisationen. Dadurch steigern die teilnehmenden Teams nicht nur ihre Motivation an der ehrenamtlichen Ar-

aus Deutschland, Slowenien, Österreich und Italien zum Übungs-Wettkampf im schwäbischen Ludwigsburg. Drei Personen und drei Hunde bildeten je ein Team – damit ist schon der ausschlaggebende Faktor für den Sieg angedeutet: Ein Team ist dann erfolgreich, wenn die Menschen und Hunde gut miteinander kommunizieren.

Jedes Tier, das nach Verletzten sucht, hat Stärken und Schwächen. Deswegen müssen sich die Teams gut untereinan-

merksam genug sein, diesen Bedarf zu erkennen.

Mit genau dieser Hürde hatte das Team der Johanniter-Rettunghundestaffel Württemberg zu kämpfen, als es sich mit den anderen Rettern in Ludwigsburg vergleichen ließ. Doris Braun, Renate Schaal und Osman Ecevit mit ihren Hunden Aki, Oaka und Banja erreichten bei der Einsatzübung den ersten Platz. Damit hat das württembergische Team einen „Riesenerfolg“ gelandet, wie sie auf Ihrer Internetseite stolz verkünden (www.juh-rettungshund.de).

Zu den Kriterien für den Sieg gehörte nicht nur die Zeit, in der die Teams fündig wurden, sondern auch die Zahl der Personen, die gerettet wurden. Das Siegerteam entdeckte 17 von 22 versteckten Menschen. Zu dem Wettbewerb gehörten neun Übungen an zwei Tagen. Das Gelände erstreckte sich vom freien Feld bis hin zu einer Trümmerlandschaft. Besonders hier haben die slowenischen Gruppen einen großen Vorteil: Der slowenische Staat unterstützt die heimischen und halbstaatlichen Rettunghundestaffeln in einer Weise von der andere nur träumen. Hier werden Trümmerwüsten extra hergestellt, damit die Retter darin üben können. So verwundert es kaum, dass die drei slowenischen Teams die Plätze zwei bis vier belegten.

Die Ludwigsburger Übung forderte die Teams durch verschiedene Schwierigkeiten. Beispielsweise mussten die Teams in einem Betonwerk in den Silos nach Personen suchen. Zum Suchgelände gehörten auch zwei Häuser, die nur über Leitern erreichbar waren. Eine Sprossenleiter, die ein schwindelfreier Menschen gut erklimmen kann, zeigt sich für

Lautes Bellen:
Der Hund zeigt seinem Führer, dass unter den Trümmern ein Mensch liegt.



beit, sondern sie spornen sich auch gegenseitig an. Die Johanniter berichten von zwei Übungen, bei denen Teams ihrer Rettunghundestaffeln erfolgreich teilgenommen haben.

Auch Hunde sprechen nicht alle dieselbe Sprache

Im September 2003 trafen sich neun verschiedene Teams

der verstehen. Beispielsweise gibt es Hunde, die kaum anschlagen, wenn Sie eine vermisste Person wittern. Sie werden höchstens unruhig. Das muss jedem im Team bekannt sein, damit die Reaktion des Tieres richtig interpretiert wird. Jetzt ist es vielleicht sinnvoll, einen anderen Hund zu rufen, der dann den Verletzten genauer ortet und besser anzeigt, wo sich die Person befindet. Der Team-Kollege mit dem anderen Hund muss auf-



einen Hund als ein ernsthaftes Problem. Eine Übung fand auf einer Insel in einem See statt. Dafür stellte die DLRG ein Schnellboot bereit. Hunde aber sind für gewöhnlich keine Seebären und erleben die Fahrt in einem Schnellboot – je nach Charakter – eher kritisch. Trotzdem mussten die Hunde direkt nach der Landung volle Leistung bringen, denn schließlich warteten auf der Insel hilflose Menschen auf ihre Retter mit den kalten aber findigen Nasen.

Martin Wittschorek

Trotz verrauchter Luft mit gutem Riecher dabei

Rauch versperrt den Blick. Berge von Ziegeln, auseinander gebrochene Betonwände und verbogene Fensterrahmen türmen sich in die Höhe. Vor zwei Stunden hat es hier in der Druckerei eine Explosion gegeben. Marita Kammer-Dögnitz und Galgo Lukas, ein spanischer Windhund, von der Rettungshundestaffel Hessen-Mitte werden zur Hilfe gerufen. Die Hundeführerin erkundigt sich beim Einsatzleiter genau nach dem Vorfall: „Wie viele Menschen werden vermisst? Wo können sie sich aufgehoben haben? Gibt es Baupläne? Ist das Gebäude unterkellert? Gas, Wasser und Strom abgestellt? Sind andere Rettungskräfte vor Ort?“

Prüfling Marita testet die Windrichtung: Aus einer ihrer vielen Anzugtaschen holt sie eine Puderdose und wirft weißes Pulver in die Luft. Aus einer anderen Tasche zieht sie einen aufblasbaren Napf und eine Wasserflasche: Lukas muss seine Nase feucht halten. So kann er besser schnüffeln. Dann zeigt sie ihm, wo er anfangen soll, um die drei verschütteten Technikerinnen zu finden. Geruchsproben braucht ihr Windhund nicht. Er ist auf die Suche nach lebenden Men-

schen trainiert und kann Einsatzkräfte von einer hilfsbedürftigen Person unterscheiden. Seine besondere Gabe: Er kann die im menschlichen Schweiß enthaltene Buttersäure 100 Millionen Mal stärker aufnehmen als der Mensch. Die menschliche Haut erneuert sich ständig. So entsteht eine Art „Duftwolke“, wahrnehmbar nur für den Hund.

Zwanzig Minuten Zeit bekommt Lukas. Voller Einsatzdrang macht er sich oben auf dem Schuttberg an die Arbeit. 41 Rettungshundeteams von Johannitern, Maltesern und der Bundesarbeitsgemeinschaft Rettungshundeführender Vereinigungen haben sich zu der vom Ortverband Hannover-Wasserturm vorbereiteten 18.

de, diesmal erstmals beim THW in Hoja. Die Trümmerhügel sind von mehreren schmalen Betonröhren durchzogen. Die zu suchende Person kann ausgerüstet mit Taschenlampe und Trinkflasche hineinkriechen. Bevor die Suche losgeht, werden die Röhren verschlossen, mit großen Gymnastikbällen, die aufgepumpt und dann mit Geröll verdeckt werden.

Maritas Hund schlägt an: „Vermisste Person gefunden. Bitte um Bergung“, meldet die Hundeführerin daraufhin per Funk und schaut nach, ob sie Erste Hilfe leisten kann. Lukas findet auch die anderen verschütteten Frauen. Der Galgo erntet derweil viele gute Worte, Streicheleinheiten und eine



Dieser vierbeinige Prüfling hat im Wald eine vermisste Person entdeckt und schlägt laut an. (Fotos: JUH)

Zentralen Prüfung Ende Juli gemeldet. Weshalb die meisten Prüflinge Frauen sind, weiß keiner so genau. „Vielleicht haben sie mehr Fingerspitzengefühl“, vermutet Prüferin Britta Edinger. Prüfer Stefan Stroh hat in seiner Staffel die Erfahrung gemacht, dass viele Frauen mehr Geduld und Durchhaltevermögen beweisen. Sie seien disziplinierter und nicht so quengelig.

Getestet werden in Niedersachsen Gehorsam und Geschicklichkeit, die Suchfähigkeiten in einem Waldstück sowie auf einem Trümmergelän-

Leckerei: Wurststücke aus der Brotbüchse. Dann die Auswertung – und ein einziges Wort löst die Anspannung: „Bestanden.“ Bereits zum achten Mal heißt es das für die Johanniterin und ihren Gefährten.

Von den 41 in Hannover gemeldeten Teams schafften es dagegen nur 19. In 18 Monaten will die Johanniterin mit Lukas wieder dabei sein. Dann gilt wahrscheinlich die neue, vereinheitlichte Prüfungsordnung, gemeinsam ausgearbeitet von JUH, THW, DRK und ASB. Sie tritt im Januar 2004 in Kraft.

Regina Villavicencio

Zivil- und Katastrophenschutz aus Sicht einer Hilfsorganisation



Wie gestalten sich heute die Rahmenbedingungen in der Notfallvorsorge für die Hilfsorganisationen? Wie weit reichen noch staatliche Unterstützung, Würdigung und Förderung dieser gesellschaftlichen Leistungen der Hilfsorganisationen? Sind sie für die Politik noch ein ernstgenommener Partner? Benedikt Liefländer, Bereichsleiter Ehrenamtliche Dienste beim Malteser Hilfsdienst, zieht eine ernüchternde Bilanz und fragt: Will der Staat die Hilfsorganisationen noch?

Die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen aus nationaler wie auch aus europäischer Sicht treiben die Hilfsorganisationen in den kommerziellen Wettbewerb, obwohl sie vom Selbstverständnis, den Strukturen sowie den Handlungs- und Wirkungsweisen her „Non-Profit-Organisationen“ sind und hierüber ihre Effizienz erreichen.

Es fehlt heute sehr deutlich an der Berücksichtigung und Würdigung der Gesamtleistung der Hilfsorganisationen für die Gesellschaft, und zwar unter Einschluss der Gesamtheit ihrer Dienste sowie deren Synergien und auch Abhängigkeiten. Es wird heute nur die Einzelleistung/der Einzeldienst in den Blick genommen und in der Folge in den Wettbewerb gestellt. Damit wird den Hilfsorganisationen die entscheidende Basis entzogen, die darauf ausgerichtet ist, ideelle gemeinschaftsnotwendige Dienste im Kontext mit sonstigen Dienstleistungen durchzuführen und sie damit erst möglich zu machen. Beispiel: Nur wenn der Staat dafür sorgt, dass die Hilfsorganisationen eine realistische Chance haben, in der Notfallrettung

und im Krankentransport mitzuwirken, können auch genügend ausgebildete ehrenamtliche Helfer für den Katastrophenschutz gewonnen und zur Verfügung gestellt werden. Denn für deren Aus- und Weiterbildung im Sanitätsdienst muss auf die Strukturen im Rettungsdienst zurückgegriffen werden.

Der für die Gesellschaft gerade durch Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement erzeugte „Mehrwert“ bleibt jedoch zunehmend auf der Strecke, ist aber gerade in Zeiten zunehmender wirtschaftlicher Probleme zwingend erforderlich, um z.B. die Folgen von Einschnitten in unser Sozial- und Vorsorgesystem zumindest abzufedern.

Die unübersehbare Tendenz in der heutigen Strategie, sich auf staatliche Organisationen zu konzentrieren, wird sich als fataler Fehler erweisen, hängt diese Strategie doch wesentlich von den finanziellen Möglichkeiten ab. Der Handlungsspielraum reduziert sich hier jedoch dramatisch. Nur durch das Eigenengagement des Bürgers, initiiert und organisiert durch die Hilfsorganisationen, kann das notwendige Schutzniveau geschaffen und aufrechterhalten werden. Die Rahmenbedingungen für die Mitwirkung der Hilfsorganisationen in unserer Gesellschaft verschlechtern sich aber eklatant.

Es besteht eine gravierende steuerrechtliche Ungleichbehandlung zwischen Helfern in den Hilfsorganisationen und denen staatlicher Organisationen, indem die Zahlung von Aufwandsvergütungen aus öffentlichen Kassen abgabenfrei gestellt ist, während Zahlungen der Hilfsorganisationen als nebenberufliche Beschäftigung mit den daraus folgen-

den Konsequenzen gelten. Das Gleiche gilt für Auslandszulagen, die für Angehörige der Bundeswehr und des THW steuerfrei gestellt sind.

Nicht allorts sind die Helfer der Hilfsorganisationen, die gerade bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit Risiken ausgesetzt sind, im Krankheitsfall und bei einem Unfall ausreichend abgesichert. Die notwendige Freistellung von der Arbeit in ei-



Sorgt sich um die Zukunft: Benedikt Liefländer. (Foto: MHD)

nem Alarmfall ist für die Helfer der Hilfsorganisationen weitgehend nicht sichergestellt. Infolgedessen bleibt es dem Ehrenamtlichen selbst überlassen, hier zu verhandeln. In der heutigen arbeitssozialen Realität stellt dies einen unhaltbaren Zustand dar, ganz zu schweigen von der Anerkennung, insbesondere durch den Arbeitgeber, für geleistete Dienste am Gemeinwesen.

Noch immer fehlt eine Berücksichtigung des ehrenamtlichen Engagements im Rahmen anrechenbarer Rentenversicherungszeiten.

Gerade außerhalb der staatlichen Organisationen müssen die Helfer mit unzureichender und vor allem mit veralteter Ausstattung arbeiten („Einsatzfahrzeug älter als der Fahrer“).

Malteser Hilfsdienst



All diese Punkte machen deutlich, dass auch die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Mitwirkung in der Notfallvorsorge nicht motivationsfördernd sind.

Es fehlt nach wie vor an einer integrativen Struktur, in der die Hilfsorganisationen systematisch und unter Berücksichtigung des Gesamtspektrums ihrer Dienste und deren Synergien und Abhängigkeiten in die Gefahrenabwehr eingebunden sind.

Es fehlt seitens des Bundes besonders an einer dem Stand der Technik entsprechenden Ausstattung der Fachdienste, die von den Hilfsorganisationen übernommen werden. Von einer vertretbaren zeitnahen Ersatzbeschaffung ist die Praxis seit mindestens zehn Jahren weit entfernt.

Das seit Jahrzehnten bestehende, trotz wiederholter und deutlicher Interventionen der Hilfsorganisationen im Kern nicht verbesserte Finanzierungsverfahren insbesondere des Bundes für die Katastrophenschutzpotenziale ist inakzeptabel, es stellt mehr eine Last als eine Hilfe dar. Dies beruht gerade auf dem vom Bund geforderten und auf die Hilfsorganisationen verlagerten Verwaltungsverfahren, für das diese keine finanzielle Kompensation erhalten. Zunehmend müssen sich die Hilfsorganisationen die Frage stellen oder stellen lassen, ob hier der Einsatz von Eigenmitteln für eine staatliche Aufgabe angemessen und vertretbar ist.

Nach wie vor fehlt ein für die Hilfsorganisationen zustimmungsfähiges flächendeckendes Ausbildungskonzept für die Helfer in der Notfallvorsorge. Auch hier steht in den Sternen, wann endlich das insbesondere vom Bund betriebene „Sparten- und Kompetenzdenken“ zugunsten einer notwendigen integrativen Betrachtungsweise aufgegeben wird.

Der vorliegende Bericht des Bundesministeriums des Innern zur „Strategischen Neukonzeption der ergänzenden

technischen Ausstattung des Katastrophenschutzes im Zivilschutz“ baut gerade in den für die Hilfsorganisationen relevanten Aussagen auf Annahmen und subjektive Bewertungen sowie auf eine in der Breite nicht fassbare Mitwirkung der Länder. Zudem enthält die Konzeption auch keine quantitative Aussage zur Bedarfsfestlegung auf Bundesebene, womit sich – mangels zeitlicher Perspektive der Behebung dieses Mangels – die Problemspirale weiter dreht.

Letztlich stellt gerade angesichts der erhöhten Gefahr von Seuchen und Epidemien, aber auch von terroristischen Risiken die seit Mitte der 90er Jahre existierende Konzeptlosigkeit für die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung nicht nur einen untragbaren Zustand für die Hilfsorganisationen dar, sondern dieser Umstand ist auch selbst eine Gefahr. Auch nach dem 11. September 2001 werden die Hilfsorganisationen nicht als natürliche und vor allem effiziente Partner des Staates in dieser Frage behandelt, sie wurden und werden weiterhin großer Planunsicherheit ausgesetzt. Dies ist nicht länger akzeptabel.

Aber: Die Hilfsorganisationen sind ein unverzichtbarer Partner in der Notfallvorsorge

Es stellt sich in der gebotenen Klarheit die Frage, ob den verantwortlichen Politikern bewusst ist, welcher Wert – „Mehrwert“ – den Hilfsorganisationen als Gliedern/Institutionen des so genannten Dritten Sektors in der Gesellschaft und gerade in der heutigen wirtschaftlichen und arbeitssozialen Situation zukommt.

Die Hilfsorganisationen sind als Non-Profit-Organisation aufgrund ihres jeweiligen geistig-ideellen Selbstverständnisses und vor allem aufgrund ihres breit gefächerten Dienstportfolios in unserer Gesellschaft verwurzelt, und zwar deutlich stärker als die staatlichen Organisationen. Dadurch haben sie einen besonderen Einfluss auf die Bürger.

Die Tatsache, dass die Hilfsorganisationen den Bürger wirklich, d.h. inhaltlich und substanzial erreichen können, ist für den Staat gerade in der Notfallvorsorge ein Wert von großer Bedeutung, den er für die Gesellschaft nutzbar machen muss. Der Bürger muss persönlich und im System erreicht werden, da großflächige Risiken gerade heute wieder eine besondere Rolle spielen (z.B. Seuchen und Epidemien wie SARS).

Der Bürger erfährt insbesondere über die Hilfsorganisationen eine eigene Betroffenheit in Bezug auf bestehende Risiken, die ansonsten leicht verdrängt oder aus diversen Gründen nicht zur Kenntnis genommen werden, mit der Folge, dass er keine Konsequenzen für das eigene Handeln mit Blick auf eine Vorsorge zieht.

Die Hilfsorganisationen sind eine der wenigen Werte bildenden Kräfte in unserer Gesellschaft und geben dem Subsidiaritätsprinzip – eine Errungenschaft moderner Demokratien und wesentliches Element der katholischen Soziallehre – Gestalt.

Nicht zuletzt wirken die Hilfsorganisationen damit der Versichertenmentalität in Teilen unserer Gesellschaft – „dafür haben wir ja die Feuerwehr, den Rettungsdienst, die Bundeswehr, die Polizei,...“ – in Fragen zur Vorsorge und Bewältigung von Notsituationen entgegen.

Fazit: Staat und Gesellschaft sind in der Gefahr, die Hilfsorganisationen als Partner in der Notfallvorsorge zu verlieren. Es muss gehandelt werden. Denn über die Gestaltung positiver Rahmenbedingungen für die Hilfsorganisationen kann der Staat einen „Mehrwert“ für die Gesellschaft erzeugen, der seinen Einsatz faktisch und ideell weit übersteigt. Eine institutionelle Förderung der Hilfsorganisationen für ihre Mitwirkung in der Notfallvorsorge ist deshalb dringend zu fordern.



Interessengemeinschaft für historischen Luft- und Katastrophenschutz und ARKAT kooperieren

Die Wurzeln des heutigen Zivil- und Katastrophenschutzes gehen im Wesentlichen zurück auf den 1955 begonnenen Aufbau des Luftschutzhilfsdienstes (LSHD), dessen Ein-



Historisches Plakat mit Sirensignalen.

heiten und Einrichtungen Vorläufer der heute noch bestehenden Regieeinheiten und -einrichtungen waren. Seinerzeit ausschließlich durch den Bund finanziert, wurden diese nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) vom 9. Juli 1968 in das gemeinsame Hilfeleistungssystem von Bund und Ländern eingeordnet. Die heutigen in Regie der örtlichen Katastrophenschutzbehörden getragenen und auch finanzierten Hilfeleistungspotenziale haben in diesen Einheiten und Einrichtungen also ihren eigentlichen Ursprung.

Die Aufarbeitung der wechselvollen Geschichte und Entwicklung des Hilfeleistungssystems in Deutschland ist jetzt Gegenstand eines Projektes der 1999 gegründeten Interessengemeinschaft (IG) für historischen Luft- und Katastrophenschutz (s. **Bevölkerungsschutz** 3/2003, S. 33). Goedeke Klinge, Sozialhistoriker und Geschäftsführer der IG und Olaf Braasch wollen die Ergebnisse dieser Arbeit durch Herausga-

be eines Buches dokumentieren. „Ohne die Kenntnis der Herkunft gibt es keine Zukunft“, resümierte bereits Friedrich Schiller 1789 in seiner berühmt gewordenen Rede vor Jenaer Studenten. In diesem Sinne fühlen sich auch die beiden Initiatoren dieses Buchprojektes der Historiografie des Schutzes der Bevölkerung in besonderer Weise verpflichtet. Die Arbeitsgemeinschaften des Katastrophenschutzes unterstützen deshalb die IG bei ihren umfangreichen Recherchen zur Erforschung und Dokumentation des Katastrophenschutzes im 20. Jahrhundert, die zu einem nicht geringen Teil eben auch die Geschichte der Regieeinheiten und -einrichtungen berühren.

tenzial in Frage zu stellen. Eine Arbeitsgruppe hat inzwischen damit begonnen, die bei der ARKAT vorliegenden Archivalien zu sichten und den Forschern zur Verfügung zu stellen. So mutet es nach über 30 Jahren eher paradox an, wenn manch nicht so geschichtsfester Akteur auf Bundes- oder Landesebene seine Distanz zu diesen eng an die örtlichen Katastrophenschutzbehörden gebundenen organisationsfreien Helferinnen und Helfern weiterhin zu pflegen scheint. Zumal die kreisfreien Städte und Landkreise deren Mitwirkung tragen und überwiegend finanzieren.

Mit ihren umfangreichen Arbeiten zur Darstellung des Wandels der verschiedenen Hilfeleistungssysteme seit dem



Die Aufarbeitung der wechselvollen Geschichte des Hilfeleistungssystems in Deutschland ist Anliegen der IG für historischen Luft- und Katastrophenschutz. (Fotos: Elbracht/Stein)

In der Geschichte der Regieeinheiten und -einrichtungen hat es seit den 70er Jahren nicht an Versuchen gefehlt, dieses überwiegend im gemeinde- und verwaltungsnahen Verantwortungsbereich angesiedelte Hilfeleistungspotenzial

beginnenden 20. Jahrhundert will die Interessengemeinschaft auch dem Eindruck entgegenwirken, daß es sich bei ihren Aktivitäten um einen reinen Oldtimer-Club handele. Klaus-Dieter Kühn



Mit „worst-case“ - Szenarios auf den Einsatz vorbereitet

Der Lehrgang Einsatzgrundlagen Ausland an der THW-Bundesschule in Neuhausen ist Pflicht

Ein Erdbeben in einem fernen Land, die Hauptstadt liegt in Trümmern. 6,8 zeigt die

Richterskala – Chaos. Tausende Menschen sind verschüttet. Unzählige sind obdachlos, irren umher auf der Suche nach Freunden, Verwandten, Nach-

barn. Erdbebenspezialisten zahlreicher internationaler Hilfsorganisationen brechen auf, um humanitäre Soforthilfe zu leisten, Menschen zu retten. Mit Hubschraubern und Linienmaschinen werden die Einsatzkräfte und ihre Gerät-

fen fest und schikanieren sie. „Ein ‚worst-case‘-Szenario“, erklärt der Leiter der Ausbildungsabteilung Ausland an der THW-Bundesschule in Neuhausen auf den Fildern, Claus Höllein. „Wir haben die Erfahrungen vieler Auslandseinsätze der vergangenen Jahre in einen Topf geworfen, mit ein paar Extras gewürzt und dann dieses Übungskapitel daraus gemacht.“

Das Übungskapitel Einreise ist fester Bestandteil des Lehrgangs „Einsatzgrundlagen Ausland“, der zehn Mal im Jahr an der THW Bundesschule in Neuhausen stattfindet. In dem einwöchigen Kurs werden die ehrenamtlichen Helfer des Technischen Hilfswerks intensiv auf Auslandseinsätze vorbereitet. Neben der praktischen Ausbildung im Rahmen einer 24-Stunden Übung, stehen auch theoretische Inhalte, wie beispielsweise die Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen sowie internationale Organisations- und Führungsstrukturen auf dem Lehrplan.

Schikane, lautet die Devise bei den Zollformalitäten. Immer wieder werden die Helfer angeschrien, erniedrigt, mit Waffen bedroht und provoziert. „Auf diese Weise wird in den Lehrgangsteilnehmern Stress aufgebaut. Und im Idealfall vergessen sie, dass es eine Übung ist“, erklärt Höllein. Die gesamte Ausrüstung wird untersucht, dass technische Gerät sorgfältig inspiziert. „What is that?“, der Zöllner deutet auf die Satcom. „You have to pay for it.“ Irritiert blickt der THW-Helfer seinen Gegenüber an. „We have already paid for it, we need the satcom for telecommunication“, erwidert er fassungslos. „Wer mit dem THW ins Ausland will, muss mindestens eine



Schon bei den Zollformalitäten sollte der Helfer auf Schikanen gefasst sein.



schaften eingeflogen. Doch anstatt direkt an den Schauplatz der Katastrophe vorge lassen zu werden, halten Zollbeamte die Helfer am Flugha-

fen fest und schikanieren sie. „Ein ‚worst-case‘-Szenario“, erklärt der Leiter der Ausbildungsabteilung Ausland an der THW-Bundesschule in Neuhausen auf den Fildern, Claus Höllein. „Wir haben die Erfahrungen vieler Auslandseinsätze der vergangenen Jahre in einen Topf geworfen, mit ein paar Extras gewürzt und dann dieses Übungskapitel daraus gemacht.“

Technisches Hilfswerk

Fremdsprache beherrschen“, betont Höllein, dass der Auslandslehrgang zu großen Teilen in Englisch gehalten wird. Die Schwierigkeiten mit der Satcom seien keineswegs aus der Luft gegriffen. „Die Behörden sind manchmal ganz schön erfinderisch, wenn es um ihre so genannten Betriebskosten geht.“

Aufgeregte Frauen, deren Haus eingestürzt ist, Journalisten auf der Jagd nach den aktuellsten Meldungen, revoltierende Studenten, unfreundliche Soldaten. Auch nachdem alle Einreiseformalitäten abgeschlossen sind, wird weiter Druck auf die Psyche ausgeübt. So müssen die THW-Helfer während der Übung weitere Aufgaben bewältigen, die mit dem Einsatz an sich eigentlich nichts zu tun haben. „Solche Einlagen haben das Ziel, die soziale und interkulturelle Kompetenz im Einsatz zu üben. Es müssen Situationen gemeistert werden, die den Rettern unabhängig von den Rettungsmaßnahmen die Arbeit erschweren können“, sagt der Ausbildungsleiter. Der Übungseinsatz selbst fordert den THW-Helfern ebenfalls alles ab. Angefangen bei der Führung des Teams und der Koordination der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Und immer wieder werden über die Regie neue Probleme eingespielt.

Die 24-Stunden Übung neigt sich langsam dem Ende zu. Den THW-Helfern wird mitgeteilt, dass sie zu einem anderen Einsatzort gebracht werden. Längst hat die Fiktion von ihnen Besitz ergriffen. Schnell wird alles auf die bereit stehenden Fahrzeuge verladen, das im theoretischen Teil des Lehrgangs gelernte schon fast routiniert umgesetzt. Kaum hat die Fahrt begonnen, ist sie auch schon beendet. „Move, move! Get out of the car“. Ein offenbar sehr erregter Mann hat die Fahrertür des THW-Fahrzeugs aufgerissen und den Fahrer unsanft auf die Straße gezerrt. Eine

weitere Krisensituation, die von der Lehrgangsteilnehmern bewältigt werden muss. „Bei der Vorbereitung auf einen möglichen humanitären Einsatz ist es wichtig, auch einen solchen „worst case“ zu

Neuhausen hat sich mittlerweile auch international herumgesprochen und gehört seit einigen Jahren zur Grundausbildung des „emergency response teams“ des Flüchtlingshilfswerks der Vereinen Nationen



Der THW-Auslandslehrgang gehört seit einigen Jahren zur Grundausbildung des „emergency response teams“ des Flüchtlingshilfswerks der Vereinen Nationen (UNHCR).
(Fotos: THW)



üben“, betont der Ausbildungsleiter. „We don't want your help, we need money“, der Mann brüllt. Jetzt ist es an dem THW-Helfer, seinen Gesprächspartner davon zu überzeugen, dass Geld vielleicht seine wirtschaftliche Situation verbessern, aber nicht die Überlebenschancen der Opfer unter den Trümmern erhöhen wird, auf Englisch versteht sich.

Der THW-Auslandslehrgang an der Bundesschule in

nen (UNHCR). „Natürlich wurden die Inhalte auf die Bedürfnisse der UN zugeschnitten und der Lehrgang selbst ein bisschen modifiziert“, sagt Höllein. So wurde zum Beispiel die praktische Ausbildung um Unterrichtseinheiten wie Autofahren in unwegsamem Gelände oder die Betreuung von Flüchtlingen erweitert.

Bedrohung durch Terror und Katastrophen

Am 1./2. Oktober 2003 fand der 2. Internationale Kongress „Moderne Gefahrenabwehrsysteme“ in Hamburg statt. Themenschwerpunkte waren die Geiselnahme in einem Moskauer Theater, Gefahren durch biologische und chemische Stoffe, der Umgang der Krankenhäuser mit Krisensituationen und die maritime Sicherheit.

Die Moskauer Referenten informierten über das Ministerium für Zivilverteidigung (EMERCON), das auch Naturkatastrophen bearbeitet und für das Notfallmanagement zuständig ist. Letzteres war in die Arbeit rund um das und im Theater eingebunden. Die Abläufe vor Ort, z. B. Fehler in der medizinischen Versorgung, kamen nur auf beharrliches Nachfragen zur Sprache.

Warum dem EMERCON nach der Erstürmung nur eine sehr kurze Reaktionszeit zur Verfügung gestanden haben sollte, war nicht nachvollziehbar: Die Geiselnahme dauerte drei Tage. Eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienst und Katastrophenschutz scheint nicht stattgefunden zu haben.

Zahlreiche unterschiedliche Kampfstoffe (Agenzien) können biologische Gefahrenlagen verursachen. Häufig sind diese erst Tage oder Wochen nach dem ursprünglichen Ereignis wahrnehmbar. Die Gefahr, die von eingesetzten Stoffen und Einsatzmitteln ausgeht, ist sehr unterschiedlich. Durch Kontamination und Infektionen von Personen, die nichts mit dem Initialereignis zu tun haben, kann sich der Schadenprozess selbständig ausweiten. Folgemaßnahmen, wie beispielsweise Quarantäne oder Zwangsimpfungen, betreffen auch zunächst Unbeteiligte.

Chemische Stoffe, wie beispielsweise Senfgas, Arsenwas-

serstoff, Cyanide und Sarin, haben eine militärische Vergangenheit. Inzwischen hat jedoch das Risiko der Nutzung durch Terroristen zugenommen. Demzufolge ist es unumgänglich, dass Krankenhauspersonal, Feuerwehren und Rettungsdienst Grundlegendes über die Agenzien und ihre Wirkungen wissen.

In der Regel müssen Krankenhäuser mit einer Vielzahl von Verletzten rechnen, gleichgültig, welche Ursache eine Schadenslage hat. Der Katastrophenschutz bzw. die Notfallplanungen in deutschen Krankenhäusern stecken teilweise noch in den Kinderschuhen.

Die Brandursachenermittlung auf der „Scandinavian Star“ (1990) und die Auswertung anderer Unfälle auf See haben dazu beigetragen, detaillierte Sicherheitsanforderungen vorzugeben. Angesichts immer schnellerer, immer größerer Schiffe und Fähren lassen sich auch bei veränderter präventiver Technik Risiken menschlichen und technischen Versagens nicht ausschließen: „Das große Unglück“, so der Referent, „steht uns noch bevor“.

Oberbranddirektor Dieter Farrenkopf, BF Hamburg, wies darauf hin, dass nach dem ersten Kongress 2002 die Reformierung des Katastrophenschutzes gefordert wurde. Nach den Auswirkungen des Elbehochwassers sei der Katastrophenschutz nun so zu reformieren, „dass es an der Basis ankommt“. Notwendig seien folgende Maßnahmen:

- Verbesserung externer und interner Prozessabläufe sowie Schutz eigener Einrichtungen und Anlagen für die Handlungsfähigkeit im Katastrophenfall,
- Ausstattung des verfügbaren Personals mit entsprechenden Fahrzeugen und Geräten,
- sachgerechte Versorgung/Betreuung einer größeren Anzahl von betroffenen Personen im Katastrophenfall,
- Bekämpfung besonderer Gefahren durch zusätzliche technisch optimal ausgestat-

tete Spezialeinsatzgruppen (Task Forces)

- effektive und effiziente Krankenhausversorgung
- Leistungssteigerung der Aus- und Fortbildungsstätten (Ausstattung mit Personal, Material und Fahrzeugen).

Neuer Zivilschutz-Hubschrauber

Der Bestand an Zivilschutz-Hubschraubern, die als RTH mit Piloten des Bundesgrenzschutzes in der Luftrettung der Länder eingesetzt werden, ist wieder komplett: Als Ersatz für die im letzten Jahr durch das Elbe-Hochwasser beschädigte Maschine lieferte die Firma Eurocopter eine BO 105 CBS-5 aus, die ihre erste Verwendung als „Christoph 8“ in Lünen fand. Aufgrund der technischen Ausstattung des Hubschraubers wird er vorrangig an den Luftrettungsstationen Christoph 3 (Köln), Christoph 8 und Christoph 9 (Duisburg) eingesetzt, für deren Flugbetrieb die BGS-Fliegerstaffel West in St. Augustin-Hangelar verantwortlich ist.

Fachkundenachweis „Rettungsdienst“

Die Akademie für Ärztliche Fortbildung in Rheinland-Pfalz bietet vom 7. bis 14. März 2004 in Mainz einen 80-stündigen Kompaktkurs „Rettungsdienst“ an. Damit sind die theoretischen Voraussetzungen zum Erwerb des Fachkundenachweises „Rettungsdienst“ sowie zum Erwerb der Zusatzbezeichnung Notfallmedizin erfüllt.

Die Kursgebühr beträgt Euro 420,-, bei Zahlungseingang bis 23. Januar 2004 nur Euro 380,-.

Einsatzbereit

Der größte und modernste deutsche Seenotkreuzer, die HERMANN MARWEDE, wurde von der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) am 9. September offiziell in Dienst gestellt.

Nach der zweijährigen Planungsphase, 24 Monaten Bauzeit und 60 Tagen erfolgreicher Erprobung haben jetzt Alltag und Bordroutine auf der DGzRS-Station Helgoland begonnen. Einsätze für Berufs- und Freizeitschiffahrt werden nun neben Kontrollfahrten die Arbeit der Rettungsmänner an Bord des Seenotkreuzers prägen.

Mit der HERMANN MARWEDE stellt sich die DGzRS rechtzeitig auf neue Herausforderungen ein. Nach Prognosen der Klimaforscher muss zukünftig in unseren Breitengraden mit extremeren Großwetterlagen gerechnet werden, die See wird rauer.

ZfZ bietet Gemeinden Unterstützung an

Die Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung ist das Ziel der Broschüre „Für den Notfall vorgesorgt“. Die hier vorgestellte Auflage enthält Hinweise zur privaten Notfallvorsorge und dem richtigen Verhalten in Notsituationen. Notruf, Hausapotheke, Vorratshaltung und Dokumentensicherung werden ebenso vorgestellt wie Maßnahmen zum Brandschutz oder Verhaltenshinweise bei ABC-Gefahren. Die neue Auflage ist nun um einen Teil erweitert, der die empfohlenen Schutzmaßnahmen vor, während und nach einem Hochwasser aufzeigt.

Wer sich schnell mit dem Inhalt vertraut machen will,

kann die neue Informationsschrift auch als Download (2,25 MB) im Internet finden: <http://www.bzs.bund.de/bzsinfo/broschur/notfallvorsorge.pdf>

Mit der Broschüre unterstützt die Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) wie bisher auch Städte und Gemeinden, die ihre Bürger über richtiges Verhalten in Notsituationen informieren wollen. In der Vergan-

zendes Begleitschreiben bietet dabei die Gelegenheit, auf die regionalen Hilfsorganisationen und ihr Ausbildungsangebot hinzuweisen oder das am Ort vorhandene Hilfeleistungssystem vorzustellen. Erfahrungsgemäß fördert dies auch die Akzeptanz beim Empfänger.

Gemeinden, die diese Möglichkeit nutzen wollen, sollten sich direkt mit der ZfZ in Verbindung setzen, um Stückzahl



genheit hat es sich dabei bewährt, die Verteilung mit kommunalen Aussendungen zu koppeln. So kann die Broschüre z.B. mit der Zusendung der Steuerkarten, der Verteilung eines Amtsblattes o.ä. verknüpft oder in den Rathäusern oder anderen Dienststellen mit Publikumsverkehr zur Auslage gebracht werden. Ein ergän-

und Liefermodalitäten zu klären.

So erreichen Sie die ZfZ:
Bundesverwaltungsamt
-Zentralstelle für Zivilschutz-
Deutschherrenstraße 93-95
53177 Bonn
Fax: 01888 358 5824
Email: info.zfz@bva.bund.de

Für Sie gelesen

Kalender der Zivilschutz-Hubschrauber 2004

Hrsg.: Förderverein der
Luftrettungsstation
„Christoph 7“
Kassel e.V.

Lang ersehnt - und nun erhältlich: der neue Jahres-/ Wochenkalender der Zivilschutz-Hubschrauber des Bundesministeriums des Innern, die in der Luftrettung der Länder ein-

in dieser Form einmalig sein dürften.

In einem Grußwort würdigt Bundesinnenminister Otto Schily den herausragenden Einsatz der Besatzungen der Zivilschutz-Hubschrauber in mehr als dreißig Jahren Luftrettung in Deutschland.

Die Organisatoren danken allen beteiligten Stationen und Fotografen für ihre Mitarbeit und hoffen auf großes Interesse.



Den Fotografen sind eindrucksvolle Bilder gelungen.

gesetzt sind. 13 der insgesamt 16 Stationen (s. unten) haben sich mit Fotos beteiligt.

Der Kalender zeigt Aufnahmen der Hubschrauber an der Küste, der Alpenregion, vom Rhein bis ins Elbsandsteingebirge.

Entstanden ist ein wunderschöner Wochenkalender mit 55 Blättern unter der graphischen Gestaltung der TANDEM Agentur aus Lippstadt.

Die Idee, einen Kalender zusammenzustellen, kam von den Mitarbeitern der Luftrettungsstation „Christoph 7“, die bereits vor 2 Jahren einen Kalender erstellt hatten, der in kleiner Auflage als Monatskalender intern vertrieben wurde.

Nachdem das Zusammenführen der schönsten Bilddokumente über eineinhalb Jahre dauerte, ist ein Kalender gelungen, der Bilddokumente der „orangenen“ Hubschrauberstationen enthält, die wohl

Beteiligte Stationen:

Christoph 2, Frankfurt/M.
Christoph 3, Köln
Christoph 4, Hannover
Christoph 7, Kassel
Christoph 9, Duisburg
Christoph 12, Eutin
Christoph 13, Bielefeld
Christoph 17, Kempten
Christoph 14, Traunstein
Christoph 35, Brandenburg
Christoph 36, Magdeburg
Christoph 37, Nordhausen
Christoph 38, Dresden

Kontakt:

Förderverein der Luftrettungsstation „Christoph 7“
Kassel e.V.
Hansteinstr. 29
34121 Kassel
www.christoph7-kassel.de

KOPF- NUSS

So wird's gemacht:

Das Lösungswort ergibt sich - in richtiger Reihenfolge - aus den Buchstaben in den farbigen Feldern. Schreiben Sie die Lösung auf eine Postkarte und senden Sie diese bis zum 30.06.2002 (Poststempel) an:

Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivilschutz
- Preisrätsel -
Deutschherrenstraße 93-95
53177 Bonn

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, das Lösungswort per Fax: (01888-3585824) oder e-mail: (redaktion.zfz@bva.bund.de) zuzusenden

Unter allen richtigen Lösungen werden folgende Preise ausgelost:

1. ein Autofeuerlöscher
2. eine Löschdecke
3. ein Rauchmelder
- 4.-10. je ein Infopaket

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitarbeiter des BVA und deren Angehörige dürfen nicht teilnehmen.

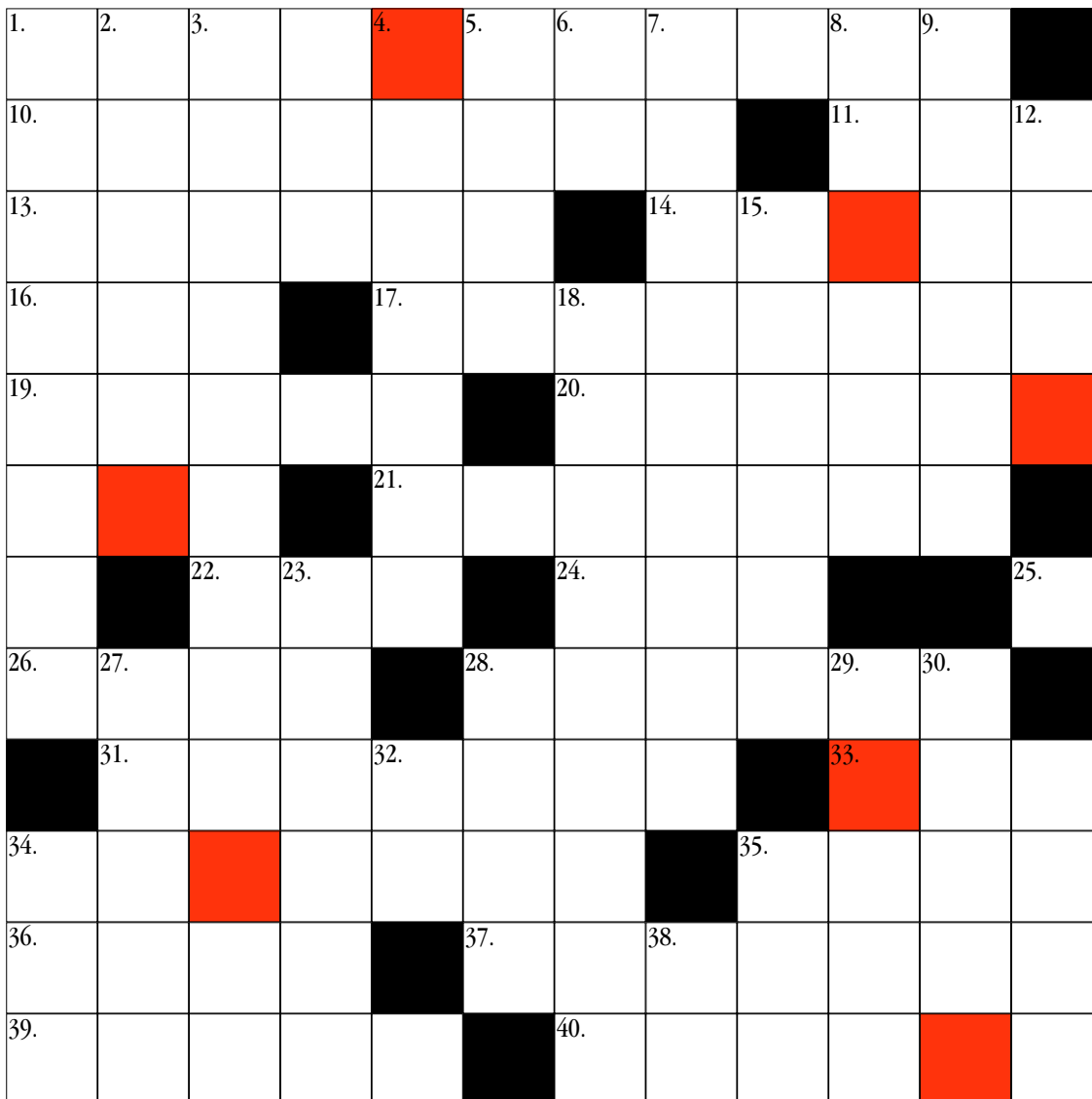
Die Lösung des Rätsels aus Heft 3/2003 lautete:

FESTAKT

Die Gewinner werden per Post benachrichtigt

FÜR SIE GELESEN

Kopfnuss



KOPFNUSS

WAAGERECHT:

- 1 Hauptproblem der dritten Welt
- 10 Zu seiner Aufwertung wurde ein Jahr nach ihm benannt
- 11 Und her gerissen
- 13 Stadt im Norden, die so heißt
- 14 Stadt, mit G wäre sie ihr eigener Kanton
- 16 Traum der Generation Golf
- 17 Er brach das Licht
- 19 Naher Verwandter von uns im Dunkeln
- 20 In diesem Maß schmiedete Archilochos von Pares
- 21 Unterwegs, um Kaltes vom Italiener zu holen
- 22 Mit ü und a kommt die Feuerwehr
- 24 So nennt Mademoiselle das Kleidungsstück, das sie von Harald möchte
- 25 Das sagt der, der A sagt
- 26 Auch er kann helfen - wenn er nur will
- 28 Schwedische Sciencefiction auf der Bühne
- 31 Beifahrer im NEF
- 33 Onkels Mutter in gerader Linie
- 34 Lässt Obst zu Mumien werden
- 35 Wenn Radikale auf N treffen
- 36 Mit dieser Vorsilbe wird logie zu einem Wertesystem
- 37 Häufiges Einsatzziel des THW
- 39 Studentenfutterquelle
- 40 Hierauf steht der Zähler

SENKRECHT:

- 1 Angel des Sonnentau
- 2 Da gehört der Koloss hin
- 3 Die bringen mich aber sehr durcheinander
- 4 Nähöstlicher Bundestag
- 5 Neben Wo interessiert auch dieses
- 6 So beginnt oft die Antwort auf 5 senkrecht
- 7 Nach oben strebender Stein
- 12 Manchmal auch Peanuts
- 15 Bei Lissabon
- 18 Fe-Schutzeinrichtung
- 23 Medicus byzantinus
- 27 Elektronens Ankerplatz
- 28 Singt der Tenor in der Mailänder Scala
- 29 Mancher heißt so, Bohlen fabriziert es
- 30 Reagieren ausgesprochen basisch
- 32 Die Vorgänger waren ursprünglich in Les Baux beheimatet
- 38 Gibt's an einer Sonthofener Schule neben dem ABC



Öffentliche Übungen und Vorführungen sind geeignete Mittel, die Bevölkerung über Leistungs- und Ausrüstungsstand im Zivil- und Katastrophenschutz zu informieren und das Problembewusstsein zu vertiefen. Aus Anlass ihres 50. Jubiläums hat die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz der Öffentlichkeit ihre Tore geöffnet und mit einer gelungenen Mischung aus ernster Übung (Titelbild) und unterhaltsamer Darbietung (oben) eine erfreuliche Resonanz erzielt. Einen Bericht über die Veranstaltung können Sie ab Seite 14 lesen.

(Titelfoto: Uta Elbracht / Foto oben: Stein)